



# Ländlicher Raum

*Agrarsoziale Gesellschaft e.V.*

[www.asg-goe.de](http://www.asg-goe.de)

## ASG-Frühjahrstagung 2003 Exkursion zur Walhalla



# Erscheint in Kürze

## Landwirtschaft und ländliche Entwicklung unter neuen Rahmenbedingungen

- EU-Osterweiterung
- Arbeitsmarkt
- Strukturpolitik

Vorträge der ASG-Frühjahrstagung vom 21. bis 24. Mai 2003

- **Eröffnung**  
StS. a.D. Dr. Hans-Hermann BENTRUP, Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
- **Grußwort**  
Hans SCHAIDINGER, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg
- **Begrüßungsvortrag**  
**Bayerns Politik für den ländlichen Raum und die Zukunft der Landwirtschaft**  
Josef MILLER, Bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, München
- **Festvortrag**  
**Gerechtigkeit zwischen den Generationen? – Gerechtigkeit innerhalb derselben Generation!**  
Prof. Dr. Friedhelm HENGSBACH SJ, Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt/Main
- **Reform der EU-Strukturpolitik im Zeichen der Osterweiterung**  
Dr. Willi SCHULZ-GREVE, Struktur- und Agrarpolitik der EU, Auswärtiges Amt, Berlin
- **Arbeitsmärkte in den MOE-Ländern – Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den deutschen Arbeitsmarkt**  
Elmar HÖNEKOPP, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), Nürnberg
- **Zur wirtschaftlichen Entwicklung im deutsch-tschechischen Grenzraum – Herausforderung und Perspektiven**  
Prof. Dr. Drs. h.c. Jörg MAIER, Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung
- **Ländliche Entwicklung in Tschechien am Beispiel der Region Pilsen**  
Stanislav RAMPAS, stellv. Regionspräsident der Region Pilsen
- **Zwischen Konkurrenzangst und Zukunftschance – die Landwirtschaft vor der Osterweiterung**
  - **Aus Sicht der tschechischen Landwirte**  
Václav HLAVÁČEK, Präsident der Agrarkammer der Tschechischen Republik
  - **Aus Sicht der deutschen Landwirte**  
*Walther PITTROFF, Bayerischer Bauernverband Oberpfalz, Regensburg*

# Inhalt

<b>ASG</b>	<b>2 ASG-Frühjahrstagung in Regensburg</b>
	<b>16 Einladung zur Frühjahrstagung nach Chemnitz 2004</b>
	<b>16 Der Ländliche Raum jetzt auch als pdf-Datei im Internet</b>
	<b>17 ASG-Positionspapier: „Politik für ländliche Räume steht auf dem Spiel“</b>
<b>Landwirtschaft</b>	<b>18 Diskussionsbeitrag der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland: Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft</b>
	<b>19 Kommentar zum Diskussionsbeitrag der Kirchen von Hermann Kroll-Schlüter</b>
	<b>20 Zum Artikel „Chancen der nachhaltigen Landwirtschaft weltweit nutzen“ in Ländlicher Raum 02/2003</b>
	<b>21 Evangelisches Bauernwerk zu WTO-Verhandlungen: Zukunftssicherung der heimischen Landwirtschaft</b>
	<b>22 Entwicklung der Betriebs- und Arbeitskräftestrukturen in der Landwirtschaft 1991 bis 2001</b>
	<b>26 QS in der kritischen Phase?</b>
	<b>29 Das Beste kommt vom Berg</b>
	<b>31 Basel II: Keine generelle Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die Landwirtschaft</b>
	<b>32 Modellprojekt des dlV: Neue Medien für LandFrauen</b>
	<b>34 Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen: Altersrenten steigen maßvoll</b>
<b>Gartenbau</b>	<b>35 Die Sparten des Gartenbaus</b>
	<b>36 Auszeichnung der „Gärtnerei des Jahres 2003“ in Niedersachsen und Bremen</b>
<b>Ländlicher Raum</b>	<b>38 ASG-Erhebung zu Grundschulstandorten im ländlichen Raum: Große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland</b>
	<b>45 Ökologische Siedlungsentwicklung aktiv gestalten – das Beispiel Offensen</b>
	<b>50 Kräuter für regionales Wachstum</b>
	<b>52 Informationen zum feldmäßigen Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen</b>
<b>Termine</b>	<b>53 Dorferneuerungswettbewerb Rheinland-Pfalz: Jugendpreis 2003</b>
	<b>54 Tag des offenen Denkmals/Tag des offenen Bauernhauses</b>
	<b>54 Tag der Regionen</b>
<b>Personalien</b>	<b>54 Franz Sauter 75 Jahre</b>
	<b>54 Albrecht Löblein als Vorsitzender des Deutschen Bundesverbandes der Landwirte im Nebenberuf bestätigt</b>
<b>Für Sie gelesen</b>	<b>55 Regionale Vermarktung in Nordrhein-Westfalen</b>
	<b>56 Vision Lebensqualität</b>

## ASG-Frühjahrstagung

### Landwirtschaft und ländliche Entwicklung unter neuen Rahmenbedingungen

- **EU-Osterweiterung**
- **Arbeitsmarkt**
- **Strukturpolitik**

#### **EU-Osterweiterung und WTO-Verhandlungen beeinflussen Wettbewerbssituation in der Landwirtschaft**

Nach Ansicht von Dr. BENTRUP werden mit der EU-Osterweiterung neue Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume geschaffen. Außerdem sei damit zu rechnen, dass die WTO-Verhandlungen zu mehr Liberalisierung auf den Agrarmärkten führen werden. Allerdings seien WTO-Lösungen für den Weltagrarmarkt noch nicht in Sicht, denn das Modalitätenpapier des Vorsitzenden des WTO-Agrarausschusses, Steward HARBINSON, vom 12. Februar 2003 und der EU-Verhandlungsvorschlag vom 27. Januar 2003 lägen weit auseinander. Deshalb bedürfe es bis zur nächsten WTO-Ministerratssitzung im September 2003 in Cancun einer großen Kraftanstrengung, um eine tragfähige Lösung zu finden: tragfähig für exportorientierte Entwicklungsländer ohne Preis-, Sozial- und Umwelt-Dumping, aber auch für Europa mit dem Ziel einer nachhaltigen und ländliche Räume sichernden gemeinsamen Agrarpolitik. Die Auseinandersetzung um den Irak hätte Bentrup zu Folge die Verschie-

bung der Kräfteverhältnisse in der Welt sichtbar gemacht, was nicht spurlos an den WTO-Agrarverhandlungen vorbeigehen werde.

In der nationalen Agrarpolitik gäbe es – bei aller regionalen und politischen Differenziertheit – eine durchaus erfreuliche Übereinstimmung hinsichtlich der

- Erhöhung der Lebensmittelsicherheit,
- Stärkung des aktiven Umwelt- und Naturschutzes in der landwirtschaftlichen Produktion,
- Ausweitung des Tierschutzes und
- Unterstützung der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

Festzustellen seien aber auch eine Reihe von Fehlentwicklungen. Die Agrarpolitik komme deshalb nicht umhin, Antworten auf diese sichtbar gewordenen Mängel, vor allem im Bereich der tierischen Produktion, zu finden. Sie sei es den Verbrauchern und den Landwirten schuldig, das verloren gegangene Vertrauen in die umweltverträgliche und tiergerechte Produktion dauerhaft zurückzugewinnen.



Fotos: M. Brusch

Dr. Hans-Hermann BENTRUP, Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.



## Bayerns Politik für den ländlichen Raum und die Zukunft der Landwirtschaft

Angesichts der bevorstehenden Weichenstellungen auf EU- und WTO-Ebene bezeichnete Staatsminister MILLER einen breiten Agrardialog und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der Agrarpolitik für eine nachhaltige, multifunktionale Landwirtschaft als notwendig.

Im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung betonte Miller, dass die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Osterweiterung insgesamt unbestritten seien. Er wies jedoch auf die besondere Herausforderung für die ländlichen Räume entlang der Grenzen zu den Beitrittsländern hin. Die Bayerische Staatsregierung nehme die Herausforderung sehr ernst und unterstütze die Grenzregionen mit dem „Ertüchtigungsprogramm Ostbayern“ (100 Mio. Euro). Damit würde den Unternehmen Ostbayerns ermöglicht, ihre künftige zentrale Lage als Chance für neue Märkte in Ost- und Südosteuropa optimal zu nutzen.

In Bezug auf die Freizügigkeit von Arbeitskräften beharre Bayern auf einer Übergangsregelung, da in den Sonderkulturbetrieben ein erheblicher Bedarf an Saison-Arbeitskräften bestehe. Dagegen seien in den grenznahen Regionen das Handwerk und die kleinen Unternehmen vor der Konkurrenz durch Niedriglohn-Firmen zu schützen.

Miller zeigte sich besorgt darüber, dass für die Zeit von 2007 bis 2013 eine Ausgabenobergrenze für die Marktstützung und die Direktzahlungen festgelegt worden sei, die für die bisherigen EU-Mitgliedsstaaten Kürzungen der Direktzahlungen bedeute. Er for-



Staatsminister Josef Miller, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, München

dere daher schon seit langem die Möglichkeit zur nationalen Kofinanzierung der Direktzahlungen und bedauere, dass die Bundesregierung es versäumt habe, das Thema Kofinanzierung der Direktzahlungen erfolgreich in die Verhandlungen einzubringen.

Um die Land- und Ernährungswirtschaft sowie den ländlichen Raum in Bayern im Wettbewerb zu stärken und weiter zu entwickeln, habe die Bayerische Staatsregierung ein hochdotiertes und umfassendes Maßnahmenpaket entwickelt. Ein Bestreben sei immer gewesen, möglichst viele unternehmerisch tätige, bäuerliche Familienbetriebe zu erhalten. Benachteiligte Gebiete und die Berggebiete (61 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche Bayerns) würden seit 25 Jahren mit einer Ausgleichszulage gestärkt. Des Weiteren würden einzelbetriebliche Investitionen gefördert sowie besonders artgerechte Tierhaltung unterstützt. Das Qualitäts- und Herkunftsprogramm „Geprüfte Qualität“ liege mit seinen Leistungsinhalten weit über den gesetzlichen Auflagen. In diesem Zu-

sammenhang forderte Miller mit Blick auf die Beitrittskandidaten, dass die heutigen hohen Standards in den Bereichen Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz ab dem Tag des Beitritts erfüllt werden müssten. Bayern habe seit 1994 zahlreiche innovative Projekte im Rahmen des Ziel 5b-Programms und des LEADER-Programms initiiert und mit europäischen Strukturfondsmitteln und bayerischen Landesmitteln gefördert. Für die Entwicklung der ländlichen Räume stünden bis 2006 rund 58 Mio. Euro aus EU-Mitteln und nationale Gelder in gleicher Höhe zur Verfügung.

Die Landwirtschaft werde auch morgen, weit über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinaus, für den ländlichen Raum eine besonders prägende Funktion haben, fasste Miller zusammen. Dies gelte nicht nur für die Gestaltung der Kulturlandschaft, sondern auch für die Pflege kultureller Traditionen. Deshalb werde sich Bayern auch künftig für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und einen attraktiven ländlichen Raum engagieren.

## FESTVORTRAG



Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ., Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt am Main

Professor HENGSBACH leitete den Festvortrag mit dem Hinweis auf den brüchig gewordenen politischen Generationenvertrag ein. Die nachwachsende Generation habe den Eindruck, ohne einen Systemwechsel in der Alterssicherung schleichend enteignet zu werden. Die Politik, sowohl die konservativ-liberale als auch die rot-grüne, reagiere darauf, indem sie den Abbau der Staatsverschuldung zum Ziel Nr. 1 der Wirtschaftspolitik erkläre. So solle vermieden werden, den zukünftigen Generationen ein Übermaß an Schulden zu hinterlassen. Eine rigorose Sparpolitik solle den ernsthaften Umkehrwillen des Staates, der lange Zeit über seine Verhältnisse gelebt habe, bekräftigen. Mit einem Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch die Senkung der Ausgaben und Lohnnebenkosten solle die Voraussetzung dafür geschaffen werden, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Eine weitere politische Reaktion sei, die Leistungsansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung zu mindern und den Anteil der privaten Vorsorge zu erhöhen.

## Gerechtigkeit zwischen den Generationen? Gerechtigkeit innerhalb derselben Generation!

### Vererbung sowohl von Schulden als auch von Vermögen

Seiner Ansicht nach könnte jedoch weder die staatliche Entschuldung noch der Wechsel von der umlagefinanzierten zur kapitalgedeckten Finanzierung der Alterssicherung mit dem Argument der Gerechtigkeit zwischen den Generationen betrieben werden. Denn vererbt würden sowohl Schulden als auch Vermögen; öffentliche Schuldnerpositionen entsprächen privaten Gläubigerpositionen. Dies bedeute, dass die Übertragung einzelwirtschaftlicher Denkmuster auf die gesamtwirtschaftliche Ebene zu Fehlschlüssen führe. Zudem müssten unabhängig von der Finanzierungsform (Umlage oder Kapitaldeckung) die realen Transferleistungen an die noch nicht erwerbstätige bzw. an die nicht mehr erwerbstätige Generation von der erwerbstätigen Generation erarbeitet werden.

Auch die sog. Generationenbilanz, der zu Folge zukünftige Generationen unerträglich belastet würden und die die Gerechtigkeit zwischen den Generationen verletze, taue nicht als Beleg für die Blindheit der bisherigen Finanzpolitik. Denn der Vergleich des Barwerts aller Zahlungsströme einzelner Altersklassen an den Staat während ihres Lebens und des Barwerts aller Transfers, die der Staat solchen Altersklassen zuwendet, gründe auf einer Anzahl unrealistischer Annahmen, die den Aussagewert der Analyse, dass die Belastungen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen unfair verteilt seien, ganz erheblich einschränkten.

### Gerechtigkeit innerhalb derselben Generation

Die Verletzung der Gerechtigkeit zwischen den Generationen ver-

körpere sich in der Ungerechtigkeit, die innerhalb derselben Generation offenkundig werde. Der „Überarbeit“ der Erwerbstätigen, der Nötigung zu bezahlten Überstunden und der Selbstaussbeutung durch unbezahlte Mehrarbeit stehe die Masse der aus dem Erwerbsleben ausgegrenzten Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger gegenüber. Innerhalb der Betriebe werde die Polarisierung zwischen qualifizierten, angemessen entlohnenden Wissensarbeitern und gering qualifizierten, niedrig entlohnenden Beschäftigten größer. Die Ungleichheit der Lebenschancen von Männern und Frauen verschärfe sich in der politischen Debatte erneut, indem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in erster Linie als Problem der Frauen und nicht auch der Männer definiert werde. Der gesellschaftliche Riss zwischen West- und Ostdeutschen sowie die relative Benachteiligung von Haushalten mit Kindern gegenüber Haushalten ohne Kinder hinsichtlich der Lebensentwürfe, Einkommen, Wohnraumversorgung, Vermögensbildung und Alterssicherung seien ebenfalls keine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen, sondern innerhalb derselben Generation.

Hengsbach wies darauf hin, dass der Hauptschlüssel, wenngleich nicht der einzige Schlüssel zur Gerechtigkeit innerhalb derselben Generation, die Beteiligung an der Erwerbsarbeit sei. Deren Ende sei nicht in Sicht, solange noch unzählige private Bedürfnisse unbefriedigt und dringende öffentliche Aufgaben unerledigt seien. Als Beispiele nannte er den ökologischen Umbau der Wirtschaft, u. a. in den EU-Beitrittsländern, Investitionen in ein umweltverträgliches Verkehrs- und Energiesystem sowie in eine ökologisch orientierte Landwirtschaft.

Die zukünftige Erwerbsarbeit werde vor allem „Arbeit am Menschen“ sein. Personennahe Dienstleistungen im Gesundheits-, Bildungs- und sonstigen Kulturbereich würden die schon bekannten Wirtschaftskreisläufe erweitern und zusätzliche öffentliche und private Arbeitsplätze erschließen.

### **Drei Säulen der gesellschaftlich nützlichen Arbeit**

Gesellschaftlich nützliche Arbeit sei nicht nur die herkömmliche, markt- und geldwirtschaftlich organisierte Erwerbsarbeit, sondern auch die private Haus- und Kinderarbeit, die geschlechtsneutral und fair auf Männer und Frauen zu verteilen sei, sowie das zivilgesellschaftliche Engagement. Diese drei Formen seien als gleichwertig anzuerkennen und

vergleichbar sozial abzusichern – durch eine Kombination aus Arbeits-, Kapital- und Transfereinkommen.

Die gesellschaftliche Solidarität, die bisher vorwiegend auf der Erwerbsarbeit, der lebenslangen Bindung einer Frau an ihren erwerbstätigen Mann und auf dem Normalfall eines Haushalts mit zwei Kindern gegründet habe, sollte erweitert werden: Allen Bürgerinnen und Bürgern, die ihren Lebensmittelpunkt innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes eingerichtet hätten, stehe das Recht auf einen Mindestanteil am Volkseinkommen und Volksvermögen zu, der ihnen ermögliche, sich an den Prozessen der Meinungsbildung und Entscheidung in einer demokratischen Gesellschaft zu beteiligen. Darüber hinaus sichere ihnen die Beteiligung an der gesellschaftlich

nützlichen Arbeit einen angemessenen Lebensstandard.

Die Finanzierung dieser erweiterten Solidarität dürfe nicht allein den Schultern der abhängig Beschäftigten aufgeladen werden. Nicht allein die Löhne, sondern alle Einkommens- und Vermögensarten seien gemäß der Leistungsfähigkeit der Wirtschaftssubjekte beitragspflichtig. Die progressive direkte Besteuerung mit einem Familiensplitting an Stelle des Ehegattensplittings sei solidarischer als die Mehrwertsteuer oder andere indirekte Steuern, die die Haushalte mit Kindern überdurchschnittlich belasteten. Die öffentlichen Leistungsansprüche im Risikofall müssten nicht beitragsorientiert sein; sie könnten gedeckelt und mit privaten Ansprüchen kombiniert werden.

### **Reform der EU-Strukturpolitik im Zeichen der Osterweiterung**

Dr. SCHULZ-GREVE stellte in seinem Vortrag dar, dass die Wohlstandsunterschiede zwischen den EU-Regionen infolge der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsstaaten im Jahr 2004 deutlich wachsen werden. Das Pro-Kopf-Einkommen der Beitrittsländer werde im Durchschnitt nur 45 % des EU15-Niveaus erreichen. Und dies, obwohl großzügige Vorbeitritts-hilfen und die im Beitrittsvertrag vereinbarten Hilfen der EU-Strukturpolitik bis 2006 bereits zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Beitrittsländern beigetragen hätten.

Die anstehende Erweiterung sei darüber hinaus Anlass, über die Ausgestaltung der Strukturhilfen in der zukünftigen Förderperiode ab 2007 zu diskutieren. Im Januar 2003 habe die Europäische Kommission ihren „zweiten Zwischenbericht über den wirtschaft-

Dr. Willi Schulz-Greve, Struktur- und Agrarpolitik der EU, Auswärtiges Amt, Berlin

lichen und sozialen Zusammenhalt“ vorgelegt, der die regionale Entwicklung dokumentiere und den Diskussionsstand über die Reform der Strukturpolitik zusammenfasse. Schulz-Greve wies darauf hin, dass die zukünftige finanzielle Ausstattung der Strukturhilfen und die Frage, ob und wie der „statistische Effekt“ der Erweiterung berücksichtigt werden solle, bisher besonders umstritten seien. Konkrete Vorschläge für die Strukturpolitik nach 2006 seien aber erst Ende 2003 zusammen mit dem dritten Kohäsionsbericht zu erwarten. Schulz-Greve unterteilte die EU-Mitgliedsstaaten anhand der bisher geführten Debatte ganz grob in drei Interessengruppen: die bisherigen Nettoempfänger der Strukturpolitik, die Nettozahler und die Beitrittsländer als zukünftige Nettoempfänger.



Die Bundesregierung habe sich schon frühzeitig Ende letzten Jahres auf wichtige Eckpunkte für die zukünftige Strukturpolitik geeinigt. Aus deutscher Sicht sollten die finanziellen Obergrenzen für die EU-Mittel auch weiterhin nicht vollständig ausgeschöpft werden. Die verfügbaren Strukturmittel sollten auf die bedürftigsten Regionen der erweiterten EU konzentriert werden. Schulz-Greve folgerte daraus die Notwendigkeit, in der nächsten Förderperiode die Mittel für die heutigen Mitgliedsstaaten zugunsten der Beitrittsländer zu verringern. Eine weitere Konzentration erfordere aus deutscher Sicht auch eine strikte Beschränkung der EU-



Förderung außerhalb der prioritären Ziel 1-Gebiete. Hier werde es darum gehen, gezielt Programme zu fördern, die einen europäischen Mehrwert aufwiesen, wie z. B. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

In Deutschland seien die Bundesländer für die Regionalpolitik

zuständig. Gleichwohl gebe es aufgrund der ganz unterschiedlichen Interessenlagen der Bundesländer bisher noch keine gemeinsame Position zur Zukunft der Strukturfonds. Schulz-Greve betonte, dass auch hier der „statistische Effekt“ der Erweiterung eine besondere Rolle spiele, da in Ostdeutschland einige Regionen in

der nächsten Förderperiode ihren Ziel 1-Status verlieren würden. Die ostdeutschen Ziel 1-Länder hätten ihre Position dazu dem zuständigen EU-Kommissar Michel BARNIER vor kurzem erläutert.

## DISKUSSION

Hermann Kroll-Schlüter, stellv. Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.



### Nationale Mittel für Landwirtschaft höher als EU-Mittel

Hermann KROLL-SCHLÜTER, der die Diskussionen im Anschluss an die Vorträge leitete, wies darauf hin, dass es kaum eine Berufsgruppe und einen Lebensbereich gebe, in dem so viel Geld verteilt würde wie in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum. Diese erhielten nicht nur 50 % der EU-Haushaltsmittel, sondern auch Mittel aus den Strukturfonds. Er bezweifelte, dass dies im Hinblick auf die Zukunft Europas richtig sei.

Neben dem EU-Budget für Landwirtschaft und ländliche Räume gebe es noch die nationalen Ausgaben, die wesentlich höher als das EU-Budget lägen, betonte Schulz-Greve. Gleichwohl sei richtig, dass die Landwirtschaft nach wie vor eine große Rolle im EU-Budget spiele. Seiner Ansicht nach werde sich diese Rolle nicht auf Dauer halten lassen. Es werde verstärkt Diskussionen darüber geben, ob es noch gerechtfertigt

sei, so viel Geld für die Landwirtschaft auszugeben. Insbesondere die Vertreter der Städte seien bestrebt, einen größeren Teil der Strukturfonds für die Städtebauförderung oder die Industriegebiete zu bekommen.

Dass der Anteil der Agrarausgaben am EU-Budget auch deshalb so hoch sei, weil es sich beim Agrarbereich um das einzige fast vollständig vergemeinschaftete Politikfeld handle, darauf wies Rupert HUBER, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, hin. Er forderte, darüber nachzudenken, wie die integrierte ländliche Entwicklung nach 2006 aussehen könne und wo das Potenzial zur Entwicklung der ländlichen Räume liege.

Christian HAMMEL, Forchtenberg, gab zu bedenken, dass von den Förderungen im Agrarbereich die gesamte Region und die Bevölkerung profitiere. Es werde ein falsches Bild vermittelt, wenn davon gesprochen werde, dass alles ausschließlich der Landwirtschaft zu Gute komme. Diese Sichtweise bringe die Landwirtschaft in Misskredit.

### Uneinigkeit der Bundesländer schwächt deutsche Position in der EU

Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland die Bundesländer für die Strukturpolitik zuständig seien, sprach sich Karl GROENEN, Bundesverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger,

für eine Sprachregelung aus, die zum einen den Interessen der Bundesländer gerecht werde und zum anderen das Gewicht Deutschlands innerhalb der erweiterten EU zum Ausdruck bringe.

Zu diesem Aspekt ergänzte Schulz-Greve, dass der Bundesfinanzminister so lange eigene Vorstellungen umsetze, wie sich die Bundesländer mit ihren unterschiedlichen Interessen nicht einigten. Deutschland befinde sich derzeit in einer sehr defensiven Rolle und habe große Vorbehalte hinsichtlich der Finanzierung. Trotz Sparmaßnahmen müsse aber darüber nachgedacht werden, wie das zur Verfügung stehende Geld genutzt werden solle. Hier könnte sich Deutschland gerade auch im Hinblick auf den ländlichen Raum stärker einbringen.

Während Kroll-Schlüter bedauerte, dass sich der Föderalismus in diesem Zusammenhang als große Schwäche erweise, habe er sich Schulz-Greve zu Folge im Vergleich zu anderen, zentralistisch organisierten Mitgliedsstaaten in der Regionalentwicklung als Stärke erwiesen.

### Ländliche Entwicklung nach 2006 durch Generaldirektion Regionalpolitik?

Zur ländlichen Entwicklung ergänzte Schulz-Greve, dass in den Ziel 1-Gebieten die Förderung ländlicher Gebiete in die Gesamtprogramme integriert sei. Die Frage sei, was außerhalb der Haupt-



fördergebiete getan werden können. Hierzu gebe es noch keine konkreten Konzepte.

Dr. BÜHNER wies auf die Gefahr hin, dass die ländliche Entwicklungspolitik nach 2006 der Generaldirektion Regionalpolitik zugeschrieben und die Mittel aus der 2. Säule in die Strukturfonds geleitet werden könnten. Das hieße, dass die Mittel aus der derzeitigen Förderung der ländlichen Entwicklung abgezogen werden würden. Das Ziel müsse Bühners Ansicht nach jedoch eine eigenständige 2. Säule sein, von der dann auch die Ziel 1-Gebiete profitieren könnten. Eine Führungs- und Koordinierungsrolle für den Bereich der 2. Säule setze voraus, dass hier genügend Mittel zur Verteilung stünden.

Schulz-Greve bestätigte die Bestrebungen der Generaldirektion Regionalpolitik, die Verantwortung für die 2. Säule zu übernehmen.

## Arbeitsmärkte in den MOE-Ländern – Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den deutschen Arbeitsmarkt

Anfang der 90er Jahre sei mit den Europaabkommen die Grundlage für die wirtschaftliche Integration und die Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten geschaffen worden, so Elmar HÖNEKOPP. Unterstützungen durch die EU im Rahmen des Programmes PHARE und bilateraler Aktivitäten in den mittel- und osteuropäischen Staaten hätten den Integrationsprozess erfolgreich vorangetrieben. In wirtschaftlicher Hinsicht sei die Integration bereits Realität und werde sich seiner Einschätzung nach durch die Erweiterung der Europäischen Union nicht mehr wesentlich verändern.

Der Austausch von Arbeitskräften sei bisher von diesem Prozess

Er sehe allerdings die Gefahr, dass die Bereiche Städtebauförderung und Förderung der Gebiete in Umstellung in der Generaldirektion Regionalpolitik so stark seien, dass der ländliche Raum viel an Gewicht verliere.

## Planwirtschaftliches Geldverteilungsinstrument einschränken

In Zusammenhang mit der Strukturfondsdiskussion erläuterte Schulz-Greve zwei Alternativen. Eine sei, das planwirtschaftliche Geldverteilungsinstrument so weit wie möglich zu reduzieren. Für die deutschen Bundesländer und für die ländlichen Gebiete bedeute dies, dass sie zukünftig weniger Fördermittel aus Brüssel erhalten würden und sich stärker um nationale Mittel oder Länderfinanzierungen bemühen müssten. Möglicherweise würde so mehr Geld in Deutschland bleiben. Die-

Dr. Theodor Bühner,  
Bundesministerium für  
Verbraucherschutz, Ernährung und  
Landwirtschaft, Bonn



se Alternative werde vor allem von den Nettozahlern vorgezogen.

Eine andere Alternative sei, das Fördersystem weiter zu entwickeln, zu vereinfachen und innerhalb der Planungsvorgaben zu verbessern. Die Frage sei, wie viel Geld zur Verfügung stehe und wie es in der nächsten Runde aufgeteilt werden solle. Im Moment würde nicht über die Mittelkürzung, sondern um die Höhe der Aufstockung diskutiert.

Elmar Hönekopp, Institut für  
Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

ausgenommen gewesen. Erst mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU werde die Arbeitnehmerfreizügigkeit schrittweise auf die Beitrittsländer ausgedehnt. Es sei eine Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren vereinbart worden, während derer die Freizügigkeit eingeschränkt werden könne. Hönekopp ging davon aus, dass ein Teil der heutigen EU-Mitgliedsländer (voraussichtlich u. a. Deutschland und Österreich) diese Möglichkeit in Anspruch nehmen werde.

Bereits heute habe die wirtschaftliche Integration spürbare Arbeitsmarkteffekte. Hönekopp wies darauf hin, dass durch die Ausweitung des Außenhandels z. B. eine Verstärkung des Trends



der Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften und eine tendenziell verringerte Nachfrage nach geringer qualifizierten Arbeitskräften entstanden sei. Beschäftigung von MOE-Angehörigen fände bisher überwiegend in Deutschland und Österreich (80 % aller in der EU beschäftigten MOE-Arbeitskräfte) statt. Die stark zunehmende Beschäftigung von Saisonarbeitern in der Landwirtschaft habe sich auf die Arbeitsmarktsituation auch für Inländer in diesem Sektor eher positiv ausgewirkt. Hönekopp wies darauf hin, dass die Zuwanderung

gut ausgebildeter Arbeitkräfte in Deutschland einen durchaus positiven Effekt hätte. Es sei jedoch davon auszugehen, dass nach der 7-jährigen Übergangszeit die Volkswirtschaften in den Beitrittsländern so gewachsen sein werden, dass sie selbst ihre qualifizierten Arbeitkräfte benötigen. Die aktuelle Arbeitsmarktsituation zeige schon jetzt in diese Richtung. Wanderungsdruck werde daher eher von den niedrig qualifizierten Arbeitkräften ausgehen, bei denen die Arbeitslosenquote in den Beitrittsländern ähnlich hoch sei wie in Deutschland. Die Hoffnung, dass mit der Osterweiterung das Problem des Mangels an qualifizierten Arbeitkräften in Deutschland behoben werden könne, werde nicht erfüllt werden, prognostizierte Hönekopp.

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung sei in den verschiedenen Beitrittsländern sehr unterschiedlich verlaufen. Fast durchgängig hätten die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den letzten Jahren weit über denen Deutschlands und der EU gelegen. Insofern hätten sich die Einkommensunterschiede schon deutlich reduziert, wenn sie auch immer noch beträchtlich seien, so Hönekopp. Die Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten seien sehr differenziert zu betrachten: einzelne Länder (insbesondere Polen) hätten hier derzeit mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, z. T. aus demographischen Gründen oder als Folge von Strukturanpassungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen (Landwirtschaft, Bergbau, Schwerindus-

trie). Andere Länder, wie Ungarn und Slowenien, wiesen insgesamt ein recht positives Erscheinungsbild auf. Für die kommenden Jahre sei nach Einschätzung Hönekopps noch von signifikanten Wanderungsanreizen auszugehen.

Besondere Probleme könnten sich in den Grenzregionen zu den Beitrittsstaaten ergeben, z. B. dort, wo eine hohe Bevölkerungsdichte und eine ungünstige Arbeitsmarktlage bestehe, wie z. B. im Grenzgebiet Böhmen-Sachsen. In anderen Regionen könnten zusätzliche Arbeitnehmer benötigt werden, um mögliche Engpässe auszugleichen, wie z. B. in den mittleren und südlichen Regionen des bayerisch-tschechischen Grenzgebiets.

## DISKUSSION

Dr. Ursula Zimmermann,  
Erfurt



### Regelung für Arbeitkräfte aus Beitrittsländern erforderlich

Auf den Hinweis von Dr. Karl GROSS, dass Osteuropäer/-innen in Privathaushalten illegal arbeiten, machte Hönekopp deutlich, dass es seit Februar 2002 eine Regelung gegeben habe, die es Arbeitkräften aus bestimmten Beitrittsländern ermögliche, im Bereich der Pflege legal in Deutschland zu arbeiten. Etwa 1 550 Personen hätten davon Gebrauch gemacht. Diese Regelung sei jetzt ausgelaufen, weil sie an das Zuwanderungsgesetz geknüpft gewesen und dieses aufgehoben worden sei. Die Situation werde sich jedoch verbessern, wenn die Regelung der Arbeitskräftefreizügigkeit gelte.

### Auch in neuen Bundesländern fehlen Arbeitkräfte für saisontypische Arbeiten

Für die Pendlerbewegungen zwischen osteuropäischen Staaten

und den angrenzenden neuen Bundesländern interessierte sich Dr. ZIMMERMANN. Hierzu erläuterte Hönekopp, dass die Situation in Ostdeutschland der in Westdeutschland gleiche. Auch dort seien kaum inländische Arbeitkräfte zu finden, die saisontypische Tätigkeiten in der Landwirtschaft übernehmen würden.

### Schaffung von Arbeits- plätzen für geringer qualifizierte Arbeitkräfte notwendig

KOCH bezweifelte, dass sich die Nettozuwanderung von Arbeitkräften nach 2004, also nach dem Beitritt, wesentlich gegenüber den Vergleichsjahren nach der Wende ändern bzw. erhöhen werde. Er äußerte die Vermutung, dass die Ängste, die manchmal geschürt würden, nicht berechtigt seien. Auch eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft, in der die Einschätzungen verschiedener Forschungsinstitute zur Zuwanderung ausge-

Helmut Koch,  
Dienst auf  
dem Lande  
der Evangelischen Kirche



wertet wurden, sei zu diesem Ergebnis gekommen.

Dem stimmte Hönekopp zu. Falls 2004 die Arbeitskräftefreizügigkeit kommen würde – allerdings voraussichtlich zunächst nicht in Deutschland und Österreich – ,dann würde sich die Zuwanderung voraussichtlich in einer relativ geringen Größenordnung bewegen.

Dr. HAIMERL geht davon aus, dass die Arbeitskräftefreizügigkeit vor allem geringer qualifizierte Arbeitskräfte nach Deutschland bringen würde.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen für schlechter qualifizierte Personen sei eine zentrale Aufgabe, bestätigte Hönekopp. Eine wesentliche Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Lohnnebenkosten. Es müsse einiges getan werden, auch über die Vorkehrungen der Agenda 2010 hinaus.

Hieran knüpfte Marianne DEML an und gab zu bedenken, dass für aktuelle Einschätzungen der konjunkturellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zum gegenwär-

tigen Zeitpunkt nicht mehr von einem Wachstum von 1,4 % ausgegangen werden könne. Die neuesten Zahlen deuteten auf ein Wachstum von weniger als 0,5 % hin, so dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt noch verschärfen werde.

### Schwächung der 2. Säule in Polen

Weiterhin sprach Koch an, dass es in Kopenhagen einen Kompromiss der Regierungschefs gegeben habe, die besondere landwirtschaftliche Struktur Polens mit einer hohen Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft in der Form zu berücksichtigen, dass Mittel aus der 2. Säule für die Landwirtschaft aufgewendet werden dürften. Er befürchte, dass dadurch die 2. Säule geschwächt werde. Angesichts der Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft stünden dann in der 2. Säule nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung, um neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

Hönekopp konkretisierte, dass die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft Polens zzt. einen Anteil von 19 % an allen Erwerbstätigen in

Dr. Johann Haimerl,  
Bayerisches  
Staatsminister  
für  
Landwirtschaft  
und  
Forsten



Marianne Deml,  
MdL



Polen ausmachten, im Vergleich zu unter 2 % in Westdeutschland und 5 % im EU-Schnitt. Dieser hohe Anteil könne nicht gehalten werden. Daher komme es darauf an, alternative Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Regionen zu schaffen.

### Zur wirtschaftlichen Entwicklung im deutsch-tschechischen Grenzraum – Herausforderungen und Perspektiven

Das bayerisch-böhmische Grenzgebiet sei diesseits und jenseits der Grenze dünn besiedelt, infrastrukturell im jeweiligen Landesvergleich partiell benachteiligt und waise Professor MAIER zu Folge auf beiden Seiten der Grenze eine vergleichbare Wirtschaftsstruktur auf. Diese sei jeweils gekennzeichnet durch hohe Anteile in traditionellen Branchen des produzierenden Gewerbes und eine deutlich schwächere Wirtschaftsdynamik als in den Landesdurchschnitten Bayerns und der Tsche-

Prof. Dr. Drs. h. c. Jörg Maier,  
Universität Bayreuth, Lehrstuhl  
für Wirtschaftsgeographie und  
Regionalplanung

chischen Republik. Obwohl sich die Lagebeziehungen der bayerischen und böhmischen Grenzregionen in wenigen Jahren grundlegend verändern und von einer Randlage ins Zentrum eines erweiterten Europas rücken würden, bestehe für die Grenzräume dennoch die Gefahr, von der sich abzeichnenden Entwicklung „übersprungen“ zu werden.

Maier geht davon aus, dass die Verdichtungsräume Europas mit ihren hohen Anteilen an Dienstleistungen, innovativen Wirtschaftszweigen und großen Humanres-



ourcen den größten Vorteil aus der EU-Osterweiterung ziehen werden. Die ländlichen, z. T. agrarisch strukturierten Räume in Bayern werden sich seiner Ansicht nach längerfristig durch die steigende Produktivität in der Tschechischen Republik einem zunehmenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt sehen. Auf tschechischer



Seite habe neben dem Kraj Pilsen/Plzen der Kraj Karlsbad/Karlovy Vary die günstigste Entwicklung zu erwarten. Die alte Reichsstadt Eger/Cheb werde sich als wichtigstes Zentrum im unmittelbaren Grenzbereich etablieren.

Für die einzelnen Wirtschaftssektoren würden sich durch die EU-Osterweiterung folgende Herausforderungen ergeben: Die Industrie der Grenzregionen bekomme eine historische Chance, ihre Investitions- und Absatzmöglichkeiten zu steigern. Auch den Handelsunternehmen würden in den Grenzregionen gute Chancen attestiert, sich aufgrund ihrer günstigen Lage zunehmend als Verbindungsglied zwischen den Produzenten aus der EU und den Abnehmern in den Beitrittsländern zu profilieren. Das Handwerk erwarte durch die EU-Osterweiterung große Probleme, die z. T. auch auf

Vorurteilen beruhten. Für den Bereich Tourismus erwartet Maier durch die Erweiterung keine Veränderungen grundsätzlicher Natur, da bereits seit 1990 die Möglichkeit bestehe, über die Grenze zu reisen.

In Reaktion auf diese Herausforderungen bedürfe es im bayerischen Grenzraum einer integrativen und querschnittsorientierten Entwicklungsplanung mit konkreten Zielen, Instrumenten und Projekten, wie sie bereits seit mehreren Jahrzehnten in Bayern praktiziert werde. Es sei zu erwarten, dass den regionalen Entwicklungskonzepten oder dem Regionalmanagement künftig eine größere Bedeutung zukommen werde, weil mit diesem Instrument schneller und flexibler auf die oftmals sehr dynamischen Entwicklungen reagiert werden könne.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei festzustellen, dass die zahlreichen Initiativen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit z. T. noch etwas unverbunden nebeneinander stünden oder von mehreren Institutionen gleichzeitig verfolgt würden. Erfolge im Hinblick auf die anstehenden Probleme, z. B. im Verkehrsbereich, seien noch selten. Gründe hierfür lägen in der Sprachbarriere, den Unsicherheiten durch die Verwaltungsreform in der Tschechischen Republik sowie in den geringen finanziellen Spielräumen auf tschechischer Seite. Hinzu komme, dass ein Bewusstsein für die gemeinsamen Probleme noch kaum vorhanden sei. Maier bezeichnete die grenzüberschreitende Zusammenarbeit deshalb als „beginnende Vernetzung“. Eine gemeinsame Plattform fehle bislang.



Stanislav Rampas, stellv. Regionspräsident der Region Pilsen, und Dolmetscherin

## Ländliche Entwicklung in Tschechien am Beispiel der Region Pilsen

Die heutige Region Pilsen, die 2001 im Rahmen einer Staatsverwaltungsreform entstanden sei, habe eine Fläche von 7 500 km<sup>2</sup>, 550 000 Einwohner und einen ausgeprägt ländlichen Charakter, stellte Stanislav RAMPAS zu Beginn heraus. Die Arbeitslosenquote in der Region liege derzeit zwischen 7 und 8 %.

Eine wichtige Rolle spielten die traditionelle Bierbrauerei, das Bauwesen und die Holzverarbeitung. In den Grenzgebieten hätten sich zudem Betriebe der Optikbranche, der Elektrotechnik sowie Zulieferfirmen für die Automobilindustrie angesiedelt, berichtete Rampas. Im bedeutendsten Entwicklungsgebiet Borská pole am Rande von

Pilsen hätten rund 5 000 Menschen eine neue Beschäftigung gefunden.

Die Region Pilsen, die im Hinblick auf ihre ökonomische Effektivität hinter Prag an zweiter Stelle der Tschechischen Republik stehe, habe ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 68 % des EU-



Durchschnitts. Der Durchschnittslohn liege bei 550 Euro, Unternehmen seien kapitalschwach und verschuldet, Darlehen teuer.

Der Beschäftigungsgrad der Land- und Forstwirtschaft sei um die Hälfte auf 7 % aller Beschäftigten gesunken. Die Landwirtschaft trage knapp 4 % zum BIP bei. Selbstständige Bauern, von denen es über 5 000 in der Region gebe, bewirtschafteten im Durchschnitt rund 30 ha, juristische Personen (Genossenschaften) bewirtschafteten oftmals über 1 000 ha, so Rampas. Finanziell gefördert werde vor allem der nicht produzierende Sektor, z. B. die Bereiche Umweltschutz und Produktqualitätsförderung.

Ein Problem sei die Zersplitterung der ländlichen Besiedelung, die mit einer schwach ausgeprägten Verkehrs-Infrastruktur einhergehe. In einem Entwicklungsprogramm der Region Pilsen seien Schritte zur Verbesserung der demographischen und sozialen Situation sowie zur Schaffung der Voraussetzungen für einen erfolgreichen EU-Beitritt vorgesehen. Es gebe außerdem ein nationales Programm der ländlichen Erneuerung. Rampas forderte im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum EU-Beitritt, die Bemühungen zum Ausbau der Infrastruktur zu verstärken. Dies sei besonders wichtig, da die Region durch den Transitverkehr stark

beansprucht werde. Es sei außerdem notwendig, den LKW-Verkehr stärker auf die Schiene zu verlegen. Rampas betonte, dass die Region Pilsen daher zusammen mit der Regierung der Oberpfalz eine grundlegende Modernisierung der Zugverbindungen zwischen Pilsen und Regensburg sowie München unterstütze.

Darüber hinaus arbeite die Region mit dem EU-Programm SAPARD und sei in der Vorbereitungsphase für die Teilnahme am LEADER-Programm. Eingehende Erfahrungen mit EU-Programmen hätte die Region im Zusammenhang mit den Programmen PHARE und INTERREG gemacht, mit denen vor allem im Grenzraum zahlreiche Projekte ermöglicht worden seien.

Rampas merkte gleichwohl an, dass der EU-Beitritt insbesondere bei der Kapitalabsicherung sowohl der Gemeinden als auch von Unternehmen Probleme mit sich bringen könnte. Beschränkte Mittel für die Vorbereitung von Projekten und ihre Kofinanzierung könnten die Inanspruchnahme von Förderungen einschränken. Rampas erwartete vor allem Probleme bei der Bewältigung von administrativ anspruchsvollen EU-Verfahren, bei steigendem Kostenaufwand für die Arbeitskräfte, bei ökologischen Anforderungen an die Wirtschaft und bei der Kofinanzierung von Projekten.

Die Region könne bereits an eine laufende Kooperation zwischen Gemeinden und Unternehmen anknüpfen sowie auf die gleichberechtigte Zusammenarbeit der Euregios Sumava/Bayerischer Wald und Egrensis. Auch im Rahmen der bestehenden Kooperation zwischen der Region Pilsen und den Regierungen der Oberpfalz und Niederbayerns hätte eine gemeinsame Arbeitsgruppe viele Projekte vorbereitet, einschließlich eines gemeinsamen Informationssystems für Landwirte.

Die Landwirte erwarteten den EU-Beitritt mit Unsicherheit und sähen ihn als Herausforderung an, berichtete Rampas. Eine gemeinsame Agrarpolitik werde langfristig Preisstabilität und ein für Investitionen geeignetes Umfeld garantieren, Interventionsaufkauf zu höheren Preisen, einen einfacheren Zugang zum gemeinsamen Markt sowie höhere Realeinkommen um ca. 50 % ermöglichen.

Der EU-Beitritt werde gleichzeitig den Wettbewerb zwischen den Regionen verschärfen. Zum entscheidenden Faktor werde das Regionalmarketing, sah Rampas voraus. Er sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, die historisch begründeten Unterschiede, den Vorsprung und die Erfahrungen, die die Region Pilsen in der informellen Zusammenarbeit in den letzten Jahren gesammelt habe, zu nutzen.

## DISKUSSION

### Junge tschechische Generation optimistisch

Helmut Koch berichtete von Erfahrungen mit gut ausgebildeten jungen Tschechen, die große Hoffnungen mit dem EU-Beitritt verbänden. Rampas bestätigte die Beobachtung Kochs, wies jedoch darauf hin, dass es sich hierbei um den gebildeten Teil der jungen

Generation handele, der auch gute Fremdsprachenkenntnisse habe. Bei der mittleren Generation schätze er etwa die Hälfte als eher konservativ und weder auf die schnellen Entwicklungen der Informationsgesellschaft noch fremdsprachlich vorbereitet ein. Die größten Befürchtungen hinsichtlich des EU-Beitritts lägen seiner Ansicht nach bei der älteren Be-

völkerung, bei den Rentnern und denjenigen, die kurz vor der Rente stünden.

### Vertrauen ist wichtigster Faktor für Betriebsansiedelung

Kroll-Schlüter wies darauf hin, dass es einen Zusammenhang zwischen dem kulturellen Ange-

bot einer Region und der Chance auf Investitionen gebe.

Bei einer Betriebsansiedelung achteten größere Unternehmen darauf, welche Infrastruktur und welche Imagefaktoren vorhanden seien, erklärte Maier. Für kleinere Handwerksunternehmen sei dagegen wichtiger, dass sie Partner fänden, zu denen sie Vertrauen haben und mit denen sie gut zusammen arbeiten könnten. Bei Untersuchungen zu diesem Thema in der tschechischen Republik oder in Polen habe die Vertrauensfrage immer im Vordergrund gestanden: das Vertrauen in den Staat, in die Sicherheit, in den Besitz, in die Rechtsprechung.

Ohne Zweifel spiele auch das Image eines Raumes eine wichtige Rolle, wie das Beispiel der Firma Rodenstock in Klattau/Tschechien zeige. Klattau sei ein attraktives Städtchen, das Rodenstock sicher eher gewählt habe als „irgendeinen ländlichen Raum“. Was die Frage nach der ländlichen oder landwirtschaftlichen Kultur angehe, seien hier ganz andere Strukturen als in Deutschland vor zu finden. In Tschechien begegne man in erster Linie Betriebsgrößen um die 1 000 bis 5 000 ha, d. h. großen industriellen Komplexen, die keine ländliche Kultur widerspiegeln. Sie hätten auch kein ländliches Umfeld mit attraktiven Dörfern. Wenn Unternehmen hierhin gingen, stünden andere Ziele im Vordergrund. Beispielsweise habe sich die Firma Siemens in einem Ort, der zwischen der Grenze und Pilsen liege, angesiedelt. Dieser attraktive und historisch interessante Ort sei einmal Mittelzentrum, Schulzentrum und Militärstandort gewesen. Siemens habe den Ort jedoch nicht deshalb gewählt, sondern weil er von der Grenze aus in einer halben Stunde erreichbar sei. Die Tschechische Republik habe die Zusicherung getroffen,

dass die LKWs der Firma Siemens ohne Verzögerungen die Grenze passieren dürften. Dies sei Voraussetzung für Siemens als Zulieferer für BMW in Regensburg gewesen, denn die „just in time“-Produktion erlaube keine 24 Stunden Wartezeit an der Grenze. Die gesamte Unternehmensleitung wohne in Bayern, fahre jedoch täglich zur Arbeit nach Tschechien.

Wenn es um eine Ansiedelung in Prag, Pilsen und anderen Standorten gehe, spiele die Kultur nach Ansicht von Maier sicher eine größere Rolle, wobei zunächst einmal definiert werden müsse, was Kultur sei. Sie habe jedenfalls eine eher geringe Bedeutung im Vergleich zum Faktor Vertrauen.

### **Vereinfachung des Grenzverkehrs**

Johann BIENER, Bayerische Jungbauernschaft, interessierte, ob es vorgesehen sei, dass die EU-Beitrittsländer Tschechische Republik, Polen usw. auch dem Schengener Abkommen beitreten, damit die Wartezeiten an den Grenzen nicht nur für LKWs wegfielen, sondern auch für den privaten Personenverkehr.

Professor Maier erläuterte, dass der Beitritt zum Schengener Abkommen ein Ziel sei, für dessen Erreichen große Anstrengungen unternommen würden. Das Problem sei die Kontrolle an den tschechischen Außengrenzen, wofür Personal und Geld fehlten. Der PKW-Verkehr sei seiner Ansicht nach kein Problem. Da er in Pilsen an der Universität lehre, fahre er zzt. mehrmals wöchentlich ohne Schwierigkeiten über die Grenze. Problematisch seien besondere Veranstaltungen, Busreisen oder Feiertage, an denen viele Tagesurlauber die Grenzen überqueren wollten.

Unabhängig vom Schengener Abkommen gebe es Schwierigkeiten mit der Abfertigung der LKWs. Beispielsweise kämen bulgarische LKW-Fahrer mit 30 t Gemüse, für welches sie noch keinen Käufer hätten, an die Grenze. Da sie den Zoll nicht bezahlen könnten, verkauften sie ihre Ware per Telefon von der Grenze aus an die großen Supermarktketten. Erst wenn diese den Zoll bezahlten, könnten die LKWs die Grenze passieren. Da dieses Problem noch länger bestehen werde, gäbe es Überlegungen, an allen großen Grenzübergängen eine Art Freihandelszone zu schaffen, in der die Ware zwischengelagert und nach Bedarf der Handelsketten ausgelöst werde. Hiervon halte er sehr viel, im Gegensatz zu dem Vorschlag, Wirtschaftszonen einzurichten. Die bayerische Staatsregierung sei jedoch noch nicht entschieden, welche Lösung sie umsetzen werde.

Rampas ergänzte diese Ausführungen, indem er darauf hinwies, dass die Verkehrslage u. a. mit dem ehemaligen „Eisernen Vorhang“ zusammen hänge. Da es nur wenige Grenzübergänge gegeben habe, gäbe es keine vertikale Verkehrsstruktur.

### **Währungsumstellung unproblematisch**

Die Währungsumstellung Tschechiens auf den Euro bezeichneten sowohl Maier als auch Rampas als eher unbedeutend, da sowohl die EU als auch Tschechien diese Notwendigkeit sähen. Lt. Rampas habe die tschechische Regierung optimistisch den Termin 2009 angekündigt. Nach Ansicht von Maier gäbe es in der tschechischen Republik eine Reihe größerer Probleme als die Umstellung auf den Euro. Zu nennen sei das Gerichtswesen. Zzt. würden beispielsweise bis zum Beginn von Handelsprozessen zwei bis drei Jahre vergehen.



Vaclav Hlavacek, Präsident der Agrarkammer der Tschechischen Republik, Prag, und Dolmetscherin

## Zwischen Konkurrenzangst und Zukunftschance – die Landwirtschaft vor der Osterweiterung

### Aus Sicht der tschechischen Landwirte

Anfang der 90er Jahre habe es große strukturelle Veränderungen in der tschechischen Landwirtschaft gegeben, erläuterte Vaclav HLAVACEK. Im Zuge von Privatisierung und Transformation seien landwirtschaftliche Betriebe und Verarbeitungsbetriebe an die ursprünglichen Besitzer zurück gegeben worden. Die Folge sei ein Anstieg der Arbeitsproduktivität sowie der Erträge gewesen. Die Milchproduktion habe sich z. B. mehr als verdoppelt und erreiche heute EU-Niveau. Gleichzeitig habe diese rasante Entwicklung eine Senkung der landwirtschaftlichen Produktion erzwungen, die von einem Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft begleitet worden sei. Während vor etwa zehn Jahren noch 520 000 Personen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, seien es zzt. nur noch 140 000 Menschen. Das habe zu Verschuldung und einem Sinken der Durchschnittslöhne um 30 % geführt. Begleitet werde dieser Prozess vom Prestigeverlust des Landwirtsberufs in der Gesellschaft. Immer weniger junge Menschen seien bereit, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Für notwendige Investitionen in die landwirt-

schaftliche Produktion mangle es an Kapital. Schlechte klimatische Bedingungen im Jahr 1997 und die Überschwemmungen 2002 hätten die Situation für die Landwirtschaft weiter verschärft. Tschechische Landwirte hätten Verluste von 7 Mrd. Kronen (223,86 Mio. Euro) erlitten.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der tschechischen Nahrungsmittel- und Verarbeitungsindustrie auf den EU-Beitritt betonte Hlavacek, dass die tschechischen Produkte in vollem Ausmaß EU-Standards entsprächen. Probleme ergäben sich noch durch Überschüsse im Bereich der Milchverarbeitung, in der Verarbeitung des roten und weißen Fleisches sowie in der Produktion von Futtermitteln. Es sei damit zu rechnen, dass die Verarbeitungskapazität gesenkt werde und Verarbeitungsbetriebe geschlossen werden müssten. Problematisch sei auch die Zahlungsfrist für gelieferte Produkte, die sich nach dem rapiden Aufkommen der Supermärkte auf dem tschechischen Markt auf 180 Tage verlängert habe. Die niedrigen Preise der Supermärkte seien für die Konsumenten positiv, gingen jedoch auf Kosten der Landwirte. Hinzu komme, dass die Qualität der Nahrungsmittel in den Super-

märkten schlechter sei und diese oftmals gar keine natürlichen landwirtschaftlichen Rohstoffe enthielten, beklagte Hlavacek. Durch Überschüsse komme es zu weiteren Preissenkungen für landwirtschaftliche Produkte und somit zu niedrigeren Einkommen für die Landwirte. Auf der anderen Seite seien die Konsumenten nicht bereit, für bessere Qualität höhere Preise zu zahlen.

Die tschechischen Landwirte hätten sich mit der Gründung von Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Umsetzung von Projekten gut auf den EU-Beitritt vorbereitet, so Hlavacek. Sie fühlten sich angesichts der Direktzahlungen in Höhe von 25 % der Summe, die die jetzigen EU-Mitgliedsstaaten erhielten, jedoch ungerecht behandelt und befürchteten, nicht konkurrenzfähig sein zu können.

Zusammenfassend betonte Hlavacek, dass der EU-Beitritt für Tschechien eine große Herausforderung sei. Er bedeute eine Mitverantwortung für die zukünftige Entwicklung Europas und sei eine Aufforderung, die Umwelt zu schonen und damit einen Beitrag für die nächsten Generationen zu leisten.

## DISKUSSION

### Verstärkte Landflucht in Tschechien

Auf den Hinweis von Wolf ROSSBERG, dass er in Tschechien und auch in Polen viele landwirtschaftliche Flächen brach liegen gesehen habe, erklärte Hlavacek, dass die ehemaligen Bewirtschafter sich gegen eine weitere Bewirtschaftung zu den jetzigen Bedingungen entschieden hätten. Sie hätten dem Leben auf dem Lande den Rücken zugekehrt, um dorthin zu gehen, wo sicherere und vor allem höhere Einkommen zu erzielen seien. Die Zukunft dieser Flächen werde wesentlich von der zukünftigen Agrarpolitik, d. h. von der gesellschaftlichen Nachfrage, abhängen. In der Tschechischen Republik sei der Viehbestand so weit reduziert worden, dass nicht mehr das gesamte Gras verfüttert werden könne. Aus diesem Grund würden vermehrt Flächen stillgelegt.

### Zuckerproduktion in ausländischer Hand

Zur Organisation der Zuckerindustrie in Tschechien erläuterte

Hlavacek, dass die Anbaufläche für Zuckerrüben von ursprünglich 190 000 ha auf 82 000 ha gesunken sei. Die Zuckerproduktion werde von drei Gesellschaften aus Deutschland, Österreich und Frankreich bestimmt. Sie sei gefährdet, weil bis jetzt keine Zuckerungsverordnungsverordnung akzeptiert worden sei.

### Direktzahlungen und Produktionskürzungen bleiben umstritten

Dass Tschechien ab 2004 nur 25 % der Prämien der EU 15 erhalte, bewertete Hlavacek als Ungerechtigkeit. Aus tschechischer Sicht handele es sich um ein prinzipielles Problem, denn die 25 % bezögen sich schon auf die reduzierte Produktion. Hinzu kämen noch weitere Produktionskürzungen. Als Beispiel führte er die Zuckerproduktion an. Zzt. würden in der Tschechischen Republik zwischen 560 000 t und 580 000 t Zucker produziert. Zukünftig dürften die tschechischen Landwirte jedoch nur etwa 450 000 t produ-

zieren. Diese Menge beinhalte schon eine Reserve, werde aber nicht für den tschechischen Markt genügen. Sie würden sich fragen, warum sie ihre Produktion so stark reduzieren müssten. Tschechien hätte die Produktion schon um 30 % gesenkt und von dieser reduzierten Menge sollten noch weitere 20 % reduziert werden. In derselben Zeit hätten die EU-Länder ihre Zuckerproduktion auf 121 % gesteigert.

Tschechien sei immer ein typisches zuckerexportierendes Land gewesen. Für den Export hätten sie eine Quote von 3 500 t bekommen. Zwar müssten sie nicht unbedingt exportieren, aber sie zum Zuckerimport zu zwingen, wenn die Produktionspotenziale eigentlich vorhanden wären, das sei unverständlich. Hlavacek warnte die EU davor, dieselben Fehler zu machen wie die Tschechen Anfang der 90er Jahre, als sie ihren Markt zu sehr geöffnet hätten. Wenn erst einmal 30 bis 40 % des Marktes vom Ausland gedeckt würden, sei die Entwicklung nicht mehr rückgängig zu machen.

### Zwischen Konkurrenzangst und Zukunftschance – die Landwirtschaft vor der Osterweiterung

#### Aus Sicht der deutschen Landwirte

Walther PITTROFF wies darauf hin, dass die Diskussion über die Osterweiterung häufig unter dem Aspekt des hohen Produktionspotenzials in den Beitrittsländern geführt werde: Während sich die Anbaufläche der Europäischen Union um 40 % vermehre, kämen

Direktor Walther Pittroff,  
Bayerischer Bauernverband  
Oberpfalz, Regensburg

nur etwa 20 % potenzielle Verbraucher/-innen hinzu. Die einheimischen Erzeuger befürchteten deshalb besonders bei Ackerfrüchten einen Mengen- und Preisdruck. Für die Landwirte in den Grenzregionen zu den neuen EU-Mitgliedsstaaten ergebe sich außerdem aufgrund des Fördergefälles eine schwierige Situation. Dort bestehe die Gefahr, dass Investitio-



nen und Produktionsstätten vom Westen in den Osten wanderten, was mit dem Verlust von Arbeitsplätzen einher gehen würde.

Für das Kernstück der Landwirtschaft im Regierungsbezirk Ober-



pfalz, die Milch, sah Pittroff sowohl in der Qualität des Rohproduktes als auch in der Verarbeitung und Vermarktung einen großen Vorsprung gegenüber den Beitrittsländern. Dies gelte für annähernd alle Produkte, die verarbeitet und veredelt würden. Den Beitrittsländern fehle es vor allem an Kapital zur Modernisierung veralteter Anlagen. Mit der Öffnung der Grenzen wachse der Konkurrenzdruck auf die verarbeitende Industrie in den MOE-Staaten. Die Einkommen der Bewohner in den Beitrittsländern würden insgesamt steigen, prognostizierte Pittroff. Dadurch könnten hochwertige Lebensmittel aus dem Westen stärker nachgefragt werden als bisher. Diese Entwicklung sei eine Chan-

ce für die Landwirtschaft und die verarbeitenden Betriebe in Deutschland.

Pittroff zufolge drängten die deutschen Bauern darauf, dass nur solche Produkte auf den EU-Binnenmarkt gelangten, die nach EU-einheitlichen Standards erzeugt worden seien. Hausgemachte Wettbewerbsverzerrungen in Form von zusätzlichen nationalen Verordnungen und Auflagen müssten unterbleiben.

Abgesehen von der Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen durch Politik und Verwaltung seien die landwirtschaftlichen Unternehmen gehalten, ihre Betriebe ständig weiter zu entwi-

ckeln. Betriebsanalyse, Kostensenkung, Erzeugung hochwertiger Qualitätsprodukte und gutes Marketing seien Voraussetzungen für ein Bestehen der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland, betonte Pittroff. Neue Perspektiven sah er auf dem Markt für nachwachsende Rohstoffe. Seiner Einschätzung nach seien die Vorschläge der EU-Kommission im Rahmen des Midterm-Review und die bevorstehenden WTO-Verhandlungen viel gefährlicher für die bäuerlichen Landwirtschaftsbetriebe als die Osterweiterung. Pittroff wies darauf hin, dass auch die oberpfälzer Landwirte grundsätzlich eine positive Einstellung gegenüber der EU-Osterweiterung hätten.

## DISKUSSION

Zu der Bemerkung, ob er Betriebe mit 700 ha nicht zu den bäuerlichen Betrieben zähle, vertrat Pittroff die Ansicht, dass die Größe allein nicht als Kriterium ausreiche. Im allgemeinen werde davon ausgegangen, dass die Betriebsleiter bäuerlicher Betriebe mit einer zusätzlichen Arbeitskraft und/oder einem Lehrling zusammen ihren Betrieb bewirtschafteten. Es gäbe auch in der Oberpfalz reine Ackerbaubetriebe, die mehrere 100 ha bewirtschafteten und in bäuerlicher Regie geführt würden. Der Unterschied zu den Beitrittsländern sei jedoch, dass dort Betriebe mit durchschnittlich 700 ha von einer Vielzahl von Arbeitskräften bewirtschaftet würde, bei denen die Bindung an die Unternehmerfamilie nicht gegeben sei.

### Erste Kontakte zwischen tschechischen und deutschen Bauernverbänden

Wolf Roßberg interessierte sich dafür, inwieweit der Bayerische Bauernverband Kontakt zu den

Bauernverbänden oder zu einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben in Tschechien habe. Pittroff räumte ein, dass erste Kontakte erst vor drei Monaten auf Vermittlung der Regierung der Oberpfalz geknüpft worden seien. Ende Mai würde jedoch eine Delegation nach Pilsen reisen und dort erste Gespräche mit der Agrarkammer der Region Pilsen aufnehmen, um das Versäumte möglichst schnell nachzuholen. Kroll-Schlüter ergänzte, dass es sich bei der Kontaktaufnahme um einen sensiblen Bereich handele. Zu klären sei, wer von Seiten des Deutschen Bauernverbandes im Hinblick auf eine Kontaktaufnahme in Frage komme. Dies sollte seiner Ansicht nach vorher gründlich im kleineren Kreis besprochen werden.

Dr. Schulz-Greve ergänzte in Bezug auf das von Pittroff angesprochene Programm zur Förderung der Grenzregionen in Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung, dass das Programm inzwischen auf 265 Mio. aufgestockt worden sei.

Die Bundesregierung habe sich zusammen mit dem Europäischen Parlament dafür stark gemacht. Zu dem Fördergefälle zwischen aneinandergrenzenden Ländern erläuterte Schulz-Greve, dass nach Öffnung der innerdeutschen Grenze auch hier schon Ziel 1-Regionen an Ziel 2-Gebiete angengrenzt hätten und die Betroffenen mehr oder weniger gelernt hätten, damit umzugehen. Seine Brüsseler Kollegen verwiesen regelmäßig auf die Möglichkeit, die Fördergelder aus dem Ziel 2-Programm im Rahmen der Subsidiarität auf die besonderen Probleme der Grenzregionen auszurichten und nicht auf das ganze Land zu verteilen.

### Subventionen für Dorferneuerung und Verbraucher

Pittroff erläuterte das grundsätzliche Problem mit der Ziel 2-Förderung in der Nachfolge der sog. 5b-Förderung, dass die 5b-Förderung wesentlich stärker auf die

Landwirtschaft zugeschnitten gewesen sei. Außerdem sei die Gebietskulisse der Ziel 2-Förderung im Vergleich zur 5b-Förderung in Bayern deutlich kleiner geworden. Dies bedeute, dass viel Geld von der Landwirtschaft weg in andere Kanäle laufe. Probleme habe er auch mit der Dorferneuerung, in die oft Mittel fließen würden, die im Namen der Landwirtschaft beantragt würden, von denen aber andere profitierten. Manchmal fahre man durch wunderbare Ortschaften und habe das Gefühl, dass die landwirtschaftlichen Betriebe nur noch Fassaden seien. Ein ernsthaftes Anliegen sei ihm deshalb, das Geld direkt bei den produzierenden landwirt-

schaftlichen Betrieben ankommen zu lassen.

Christian Hammel merkte an, ob die Subventionspolitik nicht besser unter dem Gesichtspunkt „Hilfe zur Selbsthilfe“ funktionieren würde. Durch die Subventionen sei vieles kaputt gemacht worden, weil es Geld gegeben habe. Dadurch sei viel Eigeninitiative auf der Strecke geblieben.

Hermann Kroll-Schlüter ergänzte diesen Diskussionsbeitrag mit dem Hinweis, dass letztlich die Verbraucher subventioniert würden. Die Bauern in Europa könnten nicht gewinnbringend zu den Preisen, die sie für ihre Produkte

bekämen, produzieren, schon gar nicht im Sinne einer multifunktionalen Landwirtschaft. Die Preise für Agrarprodukte seien gesenkt worden, weil man sich am Weltmarktniveau orientiert habe. Dies sei seiner Ansicht nach der erste grundlegende Fehler gewesen. Anschließend habe man versucht, einen Ausgleich zu schaffen. Nun sei es an der Zeit, bestimmte Dinge zu verändern. Es müsse doch allen Verantwortlichen zu denken geben, dass bis auf einige wenige Ausnahmen, wie z. B. Neuseeland, die Landwirtschaft auf der ganzen Welt subventioniert werde. Diese Situation müsse einmal grundsätzlich in Frage gestellt werden.

12.-15. Mai 2004

Einladung nach

Frühjahrstagung  
2004

## Einladung nach Chemnitz

Anlässlich der Eröffnungsfeier der Frühjahrstagung überbrachte Norbert Eichkorn, Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, die Einladung zur Frühjahrstagung nach Chemnitz vom 12. bis 15. Mai 2004.

Sachsen

**Der „Ländliche Raum“ kann auch als pdf-Datei von der Homepage der ASG [www.asg-goe.de](http://www.asg-goe.de) herunter geladen werden.**

ASG-Positionspapier:

## Politik für ländliche Räume steht auf dem Spiel

**Im Rahmen der ASG-Frühjahrstagung vom 21. bis 24. Mai in Regensburg wurde u. a. intensiv über die zukünftige EU-Strukturpolitik diskutiert. Aufgrund der Bedeutung dieses Themas für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume hat der Vorstand der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. im Anschluss an diese Tagung ein Positionspapier verabschiedet.**

*Zurzeit werden die Karten für die großen Politikbereiche der Gemeinschaft – Agrarpolitik und Strukturfonds – neu gemischt. In der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stehen dabei beide Säulen zur Diskussion – die Markt- und Preispolitik (1. Säule) sowie die Politik der ländlichen Entwicklung (2. Säule).*

*Für die Markt- und Preispolitik gibt es durch den Europäischen Rat in Brüssel klare finanzielle Vorgaben. Neben der Frage zukünftiger Agrarreformen (1. Säule) spitzt sich die Diskussion zunehmend auf die Frage zu, wie die Politik der ländlichen Entwicklung im Rahmen der GAP (2. Säule) inhaltlich und finanziell nach 2006 ausgestaltet werden soll. Hat die 2. Säule der GAP als eigenständige Politik zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in der neuen Förderperiode nach 2006 überhaupt noch eine Chance oder wird sie von den Strukturfonds vereinnahmt? Die Diskussion in den großen europäischen Institutionen (Kommission, Ausschuss der Regionen etc.) läuft derzeit in Richtung auf eine Vereinnahmung.*

### Worum geht es?

*Es geht allein für Deutschland um rd. 1,2 Mrd. € EU-Fördermittel, die über die 2. Säule jährlich in die Landwirtschaft und die ländlichen Räume fließen. Davon entfallen rd. 750 Mio. € auf die neuen Bundesländer. Diese Mittel werden über zwei unterschiedliche Programme (Ziel 1-Programme und Entwicklungspläne) mit unterschiedlichen Abwicklungsmodalitäten zur Umsetzung der 2. Säule verwendet. Eine eigenständige flexible Politik für ländliche Räume ist nicht zu verwirklichen. Der Verwaltungsaufwand ist unverträglich hoch. In den alten Bundesländern treten diese Probleme nicht in diesem Maß auf. Hier wird die 2. Säule über ein Programm (Entwicklungspläne) umgesetzt.*

*Mit dem Hinweis auf Verwaltungsvereinfachung wird derzeit auf europäischer Ebene gezielt der Vorschlag zur Schaffung eines Monofonds für die Ziel 1-Förderung in die Diskussion gebracht. Im Ergebnis ist daran gedacht, weite Bereiche der ländlichen Entwicklung und dementsprechend der klassischen Agrarstrukturmaßnahmen über den Regionalfonds (Monofonds) zu fördern. Es geht damit um die Vereinnahmung weiterer Teile der Agrarpolitik und eine entsprechende finanzielle Verstärkung des Regionalfonds aus Mitteln des EAGFL nach 2006. Die 2. Säule der Agrarpolitik würde dadurch zu einem rudimentären Politikbereich degradiert. Die notwendige Flankierung der Agrarreform und des agrarstrukturellen Wandels wäre immer weniger möglich. Die Bereitschaft und die Möglichkeiten, integrierte Entwicklungskonzepte zu verwirklichen, würden abnehmen. Auf Synergieeffekte würde im Ergebnis verzichtet, denn die lassen sich nur im partnerschaftlichen Dialog und Zusammenspiel der verschiedenen Politikbereiche realisieren. Die Landwirtschaft und der ländliche Raum hätten das Nachsehen.*

*Der Vorstand der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG) spricht sich deshalb dafür aus, die 2. Säule in der neuen Förderperiode inhaltlich und finanziell mit originären Haushaltsmitteln zu stärken. Die 2. Säule muss in die Lage versetzt werden, einen eigenständigen Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume zu leisten – innerhalb und außerhalb der Ziel 1-Förderung.*

*Die ASG fordert mehr Subsidiarität in der Förderung. Das heißt: Die Gemeinschaft muss den Regionen genügend Spielraum lassen, ihre Entwicklungsschwerpunkte zu definieren und durch Kombination der verschiedenen Politikbereiche Programme eigenverantwortlich umzusetzen (integrierte Ansätze sind nur auf der regionalen Ebene zu realisieren und nicht durch starre Vorgaben der Gemeinschaft).*

*Die ASG spricht sich gegen eine durch einen Monofonds dominierte Politik im Bereich der Strukturfonds aus. Denn die vielschichtigen Probleme der ländlichen Räume lassen sich nur durch ein gleichgewichtiges Zusammenspiel aller wichtigen Politikbereiche lösen. Der Agrarpolitik und insbesondere der 2. Säule wird hierbei eine große Bedeutung beigemessen.*

## Landwirtschaft

*Diskussionsbeitrag der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Lage der Landwirtschaft:*

### Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft

**In ihrem gemeinsamen Text zur „Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft“ beziehen sich die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland auf das Prinzip der Nachhaltigkeit als ethische Leitperspektive für eine zukünftige Landwirtschaft. Der Text, der sich als Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft versteht, will dazu beitragen, einen offenen Dialog über notwendige Reformen, tragende Werte und künftige Chancen der Landwirtschaft anzustoßen.**

#### Kirchen fördern Dialog

Zur Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft könnten die Kirchen durch das Angebot von Dialogforen zwischen Landwirten, Verbrauchern, Futtermittelherstellern, Lebensmittelverarbeitern und -händlern, Tier- und Naturschützern, Vertretern von Politik sowie Agrar- und Ernährungswissenschaftlern wesentlich beitragen. Die Kirchen engagieren sich darüber hinaus weltweit durch ihre Entwicklungsdienste und Hilfswerke für die Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklungsprojekte.

#### Krise in der Landwirtschaft als gesamtgesellschaftliche Herausforderung

In dem Papier, das eine ökumenische Arbeitsgruppe erarbeitet hat, erkennen die Kirchen zunächst eine weltweite Krise der Landwirtschaft. Auf der einen Seite gebe es große Erfolge in der Produktivitätssteigerung, auf der anderen Seite bestünden ungleiche Verteilung, Preisdumping, Betriebsaufgaben und ökologische Probleme fort. Die Landwirtschaft befinde sich in einer Zerreißprobe zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen.

Sie müsse außerdem die Interessen der Entwicklungsländer

stärker berücksichtigen. Während auf den Weltmärkten ein Überschuss an Nahrungsmitteln herrsche, drängten subventionierte Überschussprodukte aus den USA und der EU die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zurück. Wirksame Armutsbekämpfung sei ohne tiefgreifende Reformen der globalen Agrarpolitik nicht möglich, stellen die Kirchenvertreter fest. Ihrer Ansicht nach sei die anhaltende Krise in der Landwirtschaft eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Durch neue Orientierungen und Kooperationen zwischen den unterschiedlichen Politikfeldern und Berufsgruppen sowie durch eine verhaltensrelevante Bewusstseinsveränderung bei den Verbrauchern/-innen könne die Krise bewältigt werden.

#### Rahmenbedingungen der Landwirtschaft brauchen Reformen

In einer nachhaltigen Landwirtschaft sollten ökologische, ökonomische und soziale Belange integriert werden, fordern die Kirchenvertreter. Sie rufen zu politischen Reformen der europäischen Rahmenbedingungen auf, die ihrer Ansicht nach zentrale Bedeutung auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft haben. Es seien verbindliche und global abgestimmte Rahmenbedingungen für

Anbauverfahren, Bewirtschaftungsformen und Tierhaltung notwendig. Z. B. sollten die notwendigen Umschichtungen der EU-Mittel aus dem Bereich der produktionsbezogenen Stützung in direkte Einkommenshilfen mit volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologisch sinnvollen Leistungen verknüpft werden. Viele Vorschläge der EU-Kommission zur Halbzeitbewertung böten gute Ansatzpunkte und Chancen für notwendige Reformen. Diese hätten jedoch finanzielle Folgen, die nicht allen Beteiligten Bestandswahrung ermöglichen würden.

#### Multifunktionale Landwirtschaft fördern

Die Landwirtschaft in Deutschland könne als multifunktionale Landwirtschaft neue Perspektiven gewinnen. Dem Ansatz der Nachhaltigkeit entspreche eine individuell an die jeweiligen Standorte und Möglichkeiten angepasste Kombination unterschiedlicher Einkommenssegmente: neben der Erzeugung von Nahrungsmitteln würden z. B. Anbau und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe, Energiegewinnung aus Biomasse, Anbau von Arznei- und Gewürzpflanzen, Naturschutz und Landschaftspflege, Direktvermarktung von Lebensmitteln oder Angebote von Ferien auf dem Bau-



ernhof zu den Tätigkeitsfeldern der Landwirtschaft gehören. Eine solche Öffnung der Landwirtschaft müsse jedoch von der Gesellschaft finanziell honoriert werden. Die Landwirtschaft habe einen großen externen Nutzen, der die ethische Basis schaffe für die Förderung einer multifunktional auf diesen Gemeinwohlnutzen ausgerichteten Landwirtschaft. Deshalb seien die in der Landwirtschaft tätigen Menschen auf solidarische Unterstützung angewiesen.

### Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Um die jeweiligen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Standortgegebenheiten nutzen zu können, müssten lokale und regi-

onale Wirtschaftskreisläufe subsidiär gestärkt und die Vielfalt der Landschaften kreativ genutzt werden. In einigen Regionen hätten sich kirchliche Bildungseinrichtungen und Verbände intensiv am Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen beteiligt, weil sie darin gute Chancen für eine nachhaltige Landwirtschaft und ein neues Identitätsbewusstsein der ländlichen Räume sähen.

### Bewusstseinswandel von Verbrauchern/-innen

Neben politischen und institutionellen Reformen seien auch neue Wege in der praktischen Lebensgestaltung jedes einzelnen gefragt. Die Nachfrage nach qualitativ vielseitiger und mehr pflanz-

licher Nahrung könne eine Synergie zwischen Gesundheitsvorsorge und nachhaltiger Landwirtschaft bewirken. Im Vorwort betonen Kardinal Karl LEHMANN, Vorsitzender der Bischofskonferenz, sowie Manfred KOCK, EKD-Ratsvorsitzender, dass die Förderung einer neuen Kultur und Ethik der Ernährung ein Grundanliegen ihrer Schrift sei. Ein Bewusstseinswandel im Umgang mit Tieren und Nahrungsmitteln schaffe die notwendige Basis für eine nachhaltige Landwirtschaft und sei ein Zeugnis für gelebten Schöpfungsglauben, heißt es im gemeinsamen Text der Kirchen.

Der vollständige Text ist unter [www.dbk.de](http://www.dbk.de) (Schriften) oder unter [www.ekd.de](http://www.ekd.de) (Texte) erhältlich.

## Kommentar

Hermann Kroll-Schlüter

*Der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben in den vergangenen Jahrzehnten die Entwicklung der Landwirtschaft mit ihren Stellungnahmen stets begleitet, waren besorgt über die Entwicklungen und haben Vorschläge zur Verbesserung gemacht.*

*Ihre Erkenntnis heute: Die Landwirtschaft in Deutschland, Europa und weltweit befinde sich in einem tiefen Umbruch. Die weltweite Krise der Landwirtschaft sei ein Kernproblem globaler Gerechtigkeit. Einerseits herrsche auf den Weltmärkten ein Überschuss an Nahrungsmitteln, andererseits sei es nicht gelungen, dass Problem der Welternährung zu bewältigen. Die anhaltende Krise der Landwirtschaft sei nicht nur ein sektorales Problem, so folgern sie weiter, sondern Ausdruck einer umfassenden Krise im Verhältnis zur Natur und in der Gestaltung des Globalisierungsprozesses.*

*Die beiden christlichen Kirchen*

*wollen mit dem hier vorgelegten Text dazu beitragen, „ethische Orientierungen auf der Grundlage des Leitbilds der Nachhaltigkeit zu bieten und einen offenen Dialog über notwendige Reformen tragende Werte und künftige Chancen der Landwirtschaft anstoßen.“*

*Es muss ausdrücklich betont werden: Es handelt sich hier um eine Diskussionsgrundlage, die auch zur Diskussion und zum Dialog führen sollte. Diese Grundlage ist zu umfangreich, als dass sie mit einem einzigen Seitenhieb abgetan oder auf eine einzige spektakuläre Aussage reduziert werden könnte. Es geht um einen Diskussionsprozess, um eine Dialogstruktur, die die Sachgerechtigkeit preist, das Wissen vermehrt, die Zusammenhänge erhellt und unpopuläre Maßnahmen ermöglicht.*

*Ebenso wichtig ist auch, die richtigen Fragen zu stellen. Und dazu bietet dieser Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft wichtige Hinweise. Denn so schreiben Kardinal Karl Lehmann und der*

*EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock: „Die europäische Agrarpolitik steht vor schwerwiegenden Entscheidungen. Dieser Text soll zur Verständigung zwischen den unterschiedlichen Perspektiven und Interessen beitragen.“ Die Herausforderung könne nur gemeinsam von Verbrauchern, Politikern, Verbänden, Futtermittelindustrie, Agrarchemie und Agrarforschung bewältigt werden.*

*Auf denn. Und so früh wie möglich die richtigen Fragen stellen. Z. B., warum wird fast auf der ganzen Welt die Landwirtschaft subventioniert? Warum geht es eigentlich nicht ohne so umfassende und manchmal ärgerliche Subventionen?*

*Wer wird eigentlich subventioniert – die Verbraucher oder die Landwirtschaft? Kann man sich über die niedrigen Nahrungsmittelpreise wundern, wenn seit Jahrzehnten eine Politik betrieben wird, die genau dies zum Ziel hat? Wird hinreichend die Tatsache gewürdigt, dass die Europäische Union der offenste Markt für Agrar-*

produkte ist und dass dieser Markt mehr Nahrungsgüter und Rohstoffe aus den Entwicklungsländern aufnimmt als die Märkte der USA, Kanadas, Australiens, Neuseelands und Japans zusammen? Soll es eine Fortsetzung dieser Agrarpolitik jeweils von Reform zu Reform geben oder muss es zu ihr eine Alternative geben? Eine solche ist angedeutet in den Ziffern 76 und 77, wo es heißt: „Wettbewerb und Markt sind in freiheitlichen Systemen ohne Alternative. Sie bedürfen aber einer politischen Rahmenordnung, deren Leitziel es ist, dass möglichst alle Kosten in den Preisen enthalten sind, auch und vor allem die des nachhaltigen Ressourcenschut-

zes. Die Qualität der natürlichen Ressourcen ist ein knapper werdendes Gut, das durch entsprechende Preise und Steuern in der Systemlogik der Marktwirtschaft zur Geltung gebracht werden muss. Deshalb entspricht dem Leitbild der Nachhaltigkeit auf der ordnungspolitischen Ebene eine an ökologischen und sozialen Kriterien orientierte Marktwirtschaft. Diese verbindet die Dynamik des Marktes mit sozialer Fairness und wirksamen Mitteln zum Schutz der Umwelt... Zum System einer an ökologischen und sozialen Kriterien orientierten Marktwirtschaft gehören verlässliche Rahmenbedingungen, die dem einzelnen Landwirt bei wesentlichen Ent-

scheidungen, etwa bei einer Hofübernahme, für Investitionen und Stallbauten, Maschinen usw. langfristig berechenbare Grundlagen geben...“.

Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft, das kann schon als Botschaft verstanden werden. Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft – das ist eine Herausforderung, um sich erneut auf den Weg zu machen – wofür, das ist klar. Wohin, dafür werden verschiedene Vorschläge gemacht. Nicht nur verschiedene, sondern auch vielfältige Vorschläge gemacht. Sie aber bedürfen der gründlichen Erörterung. Eine Chance. ■

Zum Artikel

## „Chancen der nachhaltigen Landwirtschaft weltweit nutzen“ in Ländlicher Raum 02/2003

Wissenschaftliche Dokumentationen zeigen endlich, dass angepasste, ökologisch nachhaltige Landnutzungssysteme in den Tropen den Leistungsvergleich (Protein- und Kohlehydraterzeugung/Fläche) mit der konventionellen Landwirtschaft nicht zu scheuen brauchen. Bei diversifizierter Nutzung (Feld-Wald-Mischkulturen statt Monokulturfelder) im Vergleich zu konventioneller Nutzung ist oft sogar ein vielfacher Output an Protein bzw. Kohlehydraten pro Fläche möglich und dies ohne Inkaufnahme von Bodendegradation.

Aber das simple Zahlenspiel, dass es in den „naturräumlich leistungsfähigeren“ Gebieten der Erde weniger und in den „für die Produktion von Höchstertträgen weniger geeigneten“ Gebieten zu viele Menschen gäbe, war schon immer keine hinreichende Erklärung für die Ursachen des Hungerproblems. In Entwicklungsländern wird nicht einfach zu wenig für die Bevölkerung produziert – es wird

vor allem auf zu vielen Flächen gar nicht für die einheimische Bevölkerung produziert, sondern für Konsumenten in den Industrieländern.

Die Verteilungsgerechtigkeit, die bei der Nord-Süd-Diskussion bisher meist nur zur Sprache kommt, wenn es um das Ozonloch, die Luftverschmutzung oder den Energieverbrauch geht, fällt in der konventionellen Nahrungsmittel- und Tragfähigkeitsdebatte so gut wie immer unter den Tisch. Die Bodennutzung wird meist nicht unter diesem Aspekt betrachtet. Doch mit dem Rohstoff Boden verhält es sich wie mit anderen Rohstoffen auch: Zur Ernährung nutzen ihn vor allem wir Menschen in den Industrienationen und wir nutzen auch hier mehr als uns zu steht. Wenn auf 8 Mio. ha in Entwicklungsländern bei gleichzeitiger Unterversorgung der Bevölkerung Soja als Futter für 40 Mio. Schweine in Europa produziert wird, ebensogut aber mit Schwarzbohnen oder Mais in

nachhaltigem Anbau Protein oder Eiweiß für 35-45 Mio. Menschen vor Ort produziert werden könnte, dann ist das Problem der Ernährung eine Frage des Lebensstils bzw. der Essgewohnheiten, die wir uns hier leisten und nicht eine Frage zu geringer Bodenfruchtbarkeit oder Erträge in den Entwicklungsländern.

Die Kaufkraft und Nachfrage für Nahrungsmittel im Norden ist so mächtig, und der europäische oder nordamerikanische Markt so attraktiv, dass inzwischen z. T. auch dem ökologischen Landbau die Gefahr droht, dem Wohlstandskolonialismus zu verfallen. Eine Palette argentinischer Öko-Spargel hat beispielsweise (von der Transportfrage einmal abgesehen) in Europa solange nichts zu suchen, wie sich argentinische Kleinbauern mangels Bodenbesitz nicht selbst mit dem auf ihrem Boden Gewachsenen versorgen können. Dadurch kommt es zur Landflucht und Bildung von Elendsvierteln in den städtischen Regionen, wo die

„Menschenmasse“ mit billigen Massenlebensmitteln „gefüttert“ werden muss. Ein Festhalten an der (kolonial verwurzelten) Exportorientierung von Entwicklungsländern beinhaltet eine Bodennutzung, die dem Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung vor Ort nicht zu Gute kommt. Während Exportwirtschaft eher rationalisierte Großflächenproduktion fördert, so werden durch die Produktion für nationale und regionale Märkte in der Regel eher Kleinbauern mit kombinierter Subsistenzwirtschaft

und weiterverarbeitende mittlere Betriebe gefördert (dies wird in einem Projekt der Bio-Fach in Brasilien jetzt angestrebt, Link: [www.biofach-brazil.com](http://www.biofach-brazil.com)). Für eine ökologisch nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln und ihre gleichmäßige Verfügbarkeit kommen wir daher auf die Dauer nicht um die Änderung von Besitzverhältnissen und den Verzicht auf übermäßige Fremdfächennutzung im Nord-Süd-Verhältnis herum. Gerade wenn die Sicherung der Ernährung der Menschheit vor

allem ein wirtschafts- und sozialpolitisches Problem ist, muss mit dem „WIE wird produziert?“ auch immer die Frage verknüpft sein: „FÜR WEN?“.

Mit freundlichen Grüßen aus Mainz

Dr. Andrea Beste  
Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur  
Seminare, Analysen, Beratung  
[www.gesunde-erde.net](http://www.gesunde-erde.net)

*Evangelisches Bauernwerk zu WTO-Verhandlungen:*

## Zukunftssicherung der heimischen Landwirtschaft

**A**ngesichts der agrarpolitischen Herausforderungen der anstehenden Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) und der Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik hat sich der Arbeitskreis Agrarpolitik im Evangelischen Bauernwerk in Württemberg zur aktuellen Diskussion mit einer Stellungnahme zur „Zukunftssicherung unserer Landwirtschaft“ zu Wort gemeldet. Darin wird die grundsätzliche gesellschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft für die Lebensqualität betont, da Werte existenzieller, wirtschaftlicher, ökologischer und sozio-kultureller Art durch die Landwirtschaft hervorgebracht würden. Zugleich macht das Bauernwerk deutlich, dass alle Gesellschaftsmitglieder quasi „von der Landwirtschaft Betroffene“ seien, weswegen Diskussionen über die gesellschaftlichen Zielerwartungen auch konkret mit der Landwirtschaft getroffen und ehrlich geführt werden müssten. Dabei dürften jedoch polarisierende Begriffe und Bilder wie „bäuerlich versus industriell“, „Familienbetrieb versus Agrarfabrik“ oder „konventionell versus ökologisch“ nicht den Blick darauf verstellen, ob die heimische Landwirtschaft grundsätzlich noch gewollt sei und ob man sich Nachhaltigkeit auch finanziell leisten könne und wolle.

Ausdrücklich wird in der Stellungnahme ein Plädoyer für soziale Nachhaltigkeit vorgenommen, da in der aktuellen Debatte eine ökologische oder ökonomische Sichtweise dominiere. Auch die Menschen in der Landwirtschaft hätten einen Anspruch auf sozial gerechte bzw. sozial verträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen. Ansonsten drohten sie innerhalb des Spannungsfeldes ökonomischer Konkurrenzfähigkeit und ökologischer Standardsetzungen zunehmend unter körperlicher und zeitlicher Arbeitsbelastung und finanzieller Mehrbelastung mit allen persönlichen, familiären und gesundheitlichen Begleiterscheinungen zerrieben zu werden.

Um dem landwirtschaftlichen Nachwuchs eine Chance zu geben, sei eine neue Form solider Agrarpolitik erforderlich, welche die gesellschaftliche Solidarität mit der Landwirtschaft demonstriere, die Solidarität innerhalb der Landwirtschaft fördere und Solidarität mit der Landwirtschaft im internationalen Kontext im Auge behalte. Solch eine neue Form solider Agrarpolitik müsse nicht nur verlässlich und berechenbar, sondern auch nachvollziehbar und transparent sein. Konkret sei der Weg dazu die Umgestaltung des aktuellen Förderprämiensystems in-

nerhalb der Agrarpolitik. Dazu schlägt das Evangelische Bauernwerk ein neues, zweistufiges Prämiensystem vor: eine zweiteilige Grundprämie sowie eine Sonderprämie.

Die Grundprämie sei für das gesellschaftliche Ziel flächendeckender Landbewirtschaftung als eine von der Produktion entkoppelte Prämie einheitlich für Acker- und Grünland zu gewähren. Diese sollte jedoch in der Auszahlung stufenlos in fließender Degression ausgestaltet sein. Zugleich sollte die flächenbezogene Grundprämie durch eine arbeitsplatzbezogene Grundprämie, gemessen an sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräften, ergänzt werden. Die Sonderprämie solle nach einem Leistungskatalog vergütet werden, nach dem die Landwirte bestimmte gesellschaftliche Erwartungen durch ihre Bewirtschaftungsweise erfüllten.

- Dr. Clemens Dirscherl -

Die Stellungnahme ist zu beziehen beim

Evangelischen Bauernwerk in Württemberg e.V.

Tel.: 07942/107-0

Fax: 07942/107-77 oder bei

[C.Dirscherl@ebw.imosnet.de](mailto:C.Dirscherl@ebw.imosnet.de)

# Entwicklung der Betriebs- und Arbeitskräftestrukturen in der Landwirtschaft 1991 bis 2001

Dr. Günter Nause\*

Über die Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands gibt regelmäßig die repräsentative Arbeitskräfteerhebung innerhalb der Agrarstrukturerhebung Auskunft. Agrarstrukturerhebungen sind die wichtigsten und inhaltlich umfassendsten Informationsquellen zur Beobachtung und Beurteilung der mittel- und langfristigen Veränderungen der Produktionskapazitäten und -strukturen sowie der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe zwischen den in 8- bis 12-jährigen Abständen stattfindenden umfangreicheren Landwirtschaftszählungen (zuletzt 1999).

Bei der als Mehrzweckstichprobe angelegten Agrarstrukturerhebung erhält jeder fünfte Betrieb einen Fragebogen, der auch die Erfassung der Arbeitskräfte einschließt. Die Erhebungseinheiten sind nach dem Agrarstatistikgesetz landwirtschaftliche Betriebe. Dabei handelt es sich um Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit Spezialkulturen bzw. Tierbeständen, wenn festgelegte Mindestgrenzen erreicht werden. Aufgrund der Berücksichtigung von Betrieben ab 1 ha LF bis zum Jahr 1997 sind die Angaben vor und nach

dieser Änderung nur eingeschränkt vergleichbar.

Um den unterschiedlichen Rechtsformen der landwirtschaftlichen Betriebe gerecht zu werden, erfolgt die Darstellung der Ergebnisse für Einzelunternehmen (Familienbetriebe) sowie für die Rechtsformen Personengesellschaften (z. B. BGB-Gesellschaft, OHG) und juristische Personen (z. B. GmbH, AG). Die Rechtsform der Personengesellschaft, welche sich Mitte der 90er Jahre in den neuen Ländern verstärkt herausbildete, wird seit 1997 gesondert als Betriebsgruppe ausgewiesen.

## Ergebnisse für Deutschland

Im Jahr 2001 wurden in Deutschland 436 100 landwirtschaftliche Betriebe aller Rechtsformen gezählt, die eine Fläche von 17,0 Mio. ha LF bewirtschafteten. Diese Betriebe verfügten über insgesamt 1,32 Mio. Beschäftigte. Davon waren 860 100 Familienarbeitskräfte, 188 700 ständig und 274 000 nicht ständig (Saisonarbeiter/-innen) mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte. Der betriebliche Arbeitseinsatz belief sich nach Umrechnung der Arbeitszeit aller Beschäftigten in Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E) auf 561 400 AK-E, wobei eine AK-E die Maßeinheit einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft darstellt. Je 100 ha betrug die betriebliche Arbeitsleistung 3,3 AK-E. Darüber hinaus waren erhebliche regionale Unterschiede erkennbar.

## 96 % der Familien-AK arbeiten im früheren Bundesgebiet

Für das frühere Bundesgebiet kann eine Dominanz der Familienbetriebe, die im Jahr 2001 eine durchschnittliche Betriebsgröße von 26,7 ha LF hatten, und der Familienarbeitskräfte festgestellt



Foto: M. Busch

Ca. 800 000 Familien-AK sind in den Einzelunternehmen im früheren Bundesgebiet beschäftigt.

\* Dr. Günter Nause, Statistisches Bundesamt Bonn, Quelle: Wirtschaft und Statistik 4/2003



**Tabelle 1: Ausgewählte Ergebnisse zur Beschäftigung in den landwirtschaftlichen Betrieben**

Ergebnisse der repräsentativen Agrarstrukturerhebungen

Gegenstand der Nachweisung (LF = Landwirtschaftlich genutzte Fläche)	Einheit	1991	1995	1999	2001
<b>Deutschland</b>					
Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt					
Betriebe .....	1 000	642,7	566,9	461,9	436,1
LF insgesamt .....	1 000 ha LF	17 036,7	17 157,0	17 119,2	16 977,5
LF je Betrieb .....	ha	26,5	30,3	37,1	38,9
Familienarbeitskräfte .....	1 000	1 370,4	1 147,1	940,8	860,1
Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	403,7	178,1	195,9	188,7
Nicht ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	104,6	84,6	300,3	274,0
Betriebliche Arbeitsleistung insgesamt .....	1 000 AK-E	1 018,3	698,4	612,3	561,4
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	6,0	4,1	3,6	3,3
Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen					
Betriebe .....	1 000	635,8	561,4	440,1	413,4
LF .....	1 000 ha LF	12 107,1	13 883,5	11 936,8	11 766,4
LF je Betrieb .....	ha	19,0	24,7	27,1	28,5
Familienarbeitskräfte .....	1 000	1 370,4	1 147,1	940,8	860,1
Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	75,2	87,7	54,6	50,9
Nicht ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	94,5	78,3	242,8	213,8
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	714,8	609,4	478,5	431,7
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	5,9	4,4	4,0	3,7
Betriebe der Rechtsform Personengesellschaften					
Betriebe .....	1 000	X	X	16,8	17,5
LF .....	1 000 ha LF	X	X	2 091,9	2 152,6
LF je Betrieb .....	ha	X	X	124,7	123,2
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	X	X	66,4	68,0
Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	X	X	38,6	41,8
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	X	X	60,4	61,4
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	X	X	2,9	2,9
Betriebe der Rechtsform juristische Personen					
Betriebe .....	1 000	6,9	5,5	5,1	5,2
LF .....	1 000 ha LF	4 929,6	3 273,4	3 090,5	3 058,5
LF je Betrieb .....	ha	710,3	590,3	607,9	583,8
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	328,5	90,5	74,9	69,7
Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	10,0	6,3	18,9	18,5
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	303,6	89,0	73,5	68,3
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	6,2	2,7	2,4	2,2
<b>Früheres Bundesgebiet</b>					
Landwirtschaftliche Betriebe zusammen					
Betriebe .....	1 000	621,0	535,9	432,5	406,8
LF zusammen .....	1 000 ha LF	11 754,4	11 637,6	11 530,3	11 393,9
LF je Betrieb .....	ha	18,9	21,7	26,7	28,0
Familienarbeitskräfte .....	1 000	1 337,3	1 099,2	901,7	822,1
Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	82,6	72,0	99,1	99,0
Nicht ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	96,9	77,2	267,4	240,0
Betriebliche Arbeitsleistung insgesamt .....	1 000 AK-E	705,9	571,1	499,6	456,0
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	6,0	4,9	4,3	4,0
Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen					
Betriebe .....	1 000	618,0	533,5	416,9	390,5
LF .....	1 000 ha LF	11 650,5	11 541,7	10 629,0	10 424,3
LF je Betrieb .....	ha	18,9	21,6	25,5	26,7
Familienarbeitskräfte .....	1 000	1 337,3	1 099,2	901,7	822,1
Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	70,2	62,6	45,1	41,9
Nicht ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	93,0	74,3	233,1	202,7
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	694,2	562,2	451,9	406,1
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	6,0	4,9	4,3	3,9
Betriebe der Rechtsform Personengesellschaften					
Betriebe .....	1 000	X	X	13,6	14,3
LF .....	1 000 ha LF	X	X	812,5	873,1
LF je Betrieb .....	ha	X	X	59,6	61,0
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	X	X	44,3	46,8
Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	X	X	28,4	31,8
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	X	X	38,6	40,3
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	X	X	4,7	4,6
Betriebe der Rechtsform juristische Personen					
Betriebe .....	1 000	3,0	2,4	1,9	2,0
LF .....	1 000 ha LF	103,9	95,9	88,8	96,5
LF je Betrieb .....	ha	34,6	39,6	45,7	48,3
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	12,4	9,3	9,7	10,3
Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	3,9	2,9	5,9	5,5
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	11,7	8,9	9,1	9,5
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	11,3	9,2	10,2	9,9

werden. Über 70 % der betrieblichen Arbeitsleistung (in AK-E) in Deutschland wurden in den Familienbetrieben des früheren Bundesgebietes erbracht. 93,3 % aller Betriebe (406 800) befinden sich im früheren Bundesgebiet, in ihnen waren 87,8 % (921 100 Personen) der Familienarbeitskräfte und der ständig mit betrieblichen Aufgaben betrauten familienfremden Arbeitskräfte Deutschlands beschäftigt. Von den 406 800 landwirtschaftlichen Betrieben im früheren Bundesgebiet wurden 390 500 Betriebe in der Rechtsform des Einzelunternehmens geführt, die über 10,4 Mio. ha LF verfügten (91,5 % der LF aller landwirtschaftlichen Betriebe im früheren Bundesgebiet oder 61,4 % der LF aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland), und in denen 822 100 Familienarbeitskräfte beschäftigt waren. 95,6 % aller Familienarbeitskräfte in Deutschland arbeiteten im Jahr 2001 im früheren Bundesgebiet.

Im Gegensatz dazu ist eine Dominanz der Familienbetriebe für die neuen Länder nicht feststellbar. Die Familienbetriebe hatten zwar auch hier den größten Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben (78,2 %), sie verfügten jedoch nur über 36,8 % der ständig Beschäftigten und über 24,0 % der LF. In den landwirtschaftlichen Betrieben der neuen Länder waren 2001 rund 127 600 Personen ständig mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt, darunter 38 000 (29,8 %) als Familienarbeitskräfte. Die landwirtschaftlichen Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen verfügen über 1,3 Mio. ha LF oder 24,0 % der LF der neuen Länder; sie hatten eine durchschnittliche Betriebsgröße von 58,5 ha und waren flächenmäßig etwa doppelt so groß wie die Familienbetriebe im früheren Bundesgebiet.

### **Zahl der Familienbetriebe und der Familienarbeitskräfte stark rückläufig**

Die Zahl der landwirtschaftlichen

Betriebe hat sich insgesamt in Deutschland gegenüber 1991 um rund 206 600 Betriebe verringert, die der ständig Beschäftigten um 725 400 Personen. Die AK-E nahmen im gleichen Zeitraum um 456 900 ab. Das Ausscheiden von mehr als 500 000 Familienarbeitskräften betraf vor allem Betriebe in den Größenklassen unter 50 ha LF im früheren Bundesgebiet.

In den neuen Ländern gab es von 1991 bis 2001 per saldo insgesamt 226 700 ständig beschäftigte Personen im landwirtschaftlichen Bereich weniger. Anders als im früheren Bundesgebiet traf der Rückgang in den neuen Ländern die Betriebe der Rechtsform juristische Personen. Vor allem zwischen 1991 und 1993 verließen aus diesem Bereich 211 500 Personen die Betriebe, vorwiegend durch Ausgliederung von Betriebsteilen mit nichtlandwirtschaftlichem Charakter.

### **Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet**

406 800 landwirtschaftliche Betriebe wurden in den alten Bundesländern für das Jahr 2001 nachgewiesen, 214 300 Betriebe weniger als 1991. Da sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche nur um 3,1 % verringerte, stieg die durchschnittliche Betriebsgröße von 18,9 ha im Jahr 1991 auf 28,0 ha im Jahr 2001 an.

Die Beschäftigten aller landwirtschaftlichen Betriebe erbrachten 2001 insgesamt eine Arbeitsleistung von 456 000 AK-E, die gegenüber 1991 vor allem durch die rückläufige Zahl der Familienarbeitskräfte um 250 000 zurückgegangen ist. Je 100 ha wurden 4,0 AK-E eingesetzt.

### **80 % der Familien-AK in Betrieben unter 50 ha LF**

Die Familienarbeitskräfte der Betriebe mit der Rechtsform Einzelunternehmen konzentrieren sich mit 671 300 Personen (81,7 % der Familienarbeitskräfte) im Jahr 2001 auf Betriebe unter

50 ha LF. Gegenüber 1991 waren im Jahr 2001 rund 534 300 Familienarbeitskräfte weniger in Einzelunternehmen dieser Größenklasse, deren bewirtschaftete Fläche sich um 2,67 Mio. ha LF verringerte, tätig. Die Betriebe der Größenklasse 50 bis unter 100 ha haben im Jahr 2001 mit 115 200 Familienarbeitskräften in etwa gleich viele wie 1991; ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche hat zugenommen. Nur die Betriebe der Größenklasse ab 100 ha LF verdoppelten die Anzahl ihrer Familienarbeitskräfte auf 35 500 Personen und ebenso ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Die Zahl der ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte verzeichnet von 1991 bis 2001 einen Rückgang von 3,6 % in den Familienbetrieben unter 10 ha LF.

Wie schon 1991 war im Jahr 2001 von den 822 100 Familienarbeitskräften nur jede vierte vollbeschäftigt. Der Grad der Vollbeschäftigung der Betriebsinhaber/innen lag mit 39,1 % wesentlich höher als der von Familienangehörigen, welcher 10,6 % betrug. Zwei von drei der ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte waren vollbeschäftigt.

Bezüglich der Altersstruktur der Familienarbeitskräfte sank der prozentuale Anteil von Personen unter 35 Jahren um 6,1 Punkte auf knapp 20 %. Stark angestiegen ist der Anteil der 35- bis 54-jährigen, während der Prozentsatz der älteren leicht zurückging.

### **Ergebnisse für die neuen Länder und Berlin-Ost**

Im Jahr 2001 lagen mit 29 400 landwirtschaftlichen Betrieben 6,7 % der landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands in den neuen Ländern. Mit 5,6 Mio. ha LF hatten sie einen Anteil an der LF Deutschlands von 32,9 %. Von den ständig beschäftigten Arbeitskräften in Deutschland waren im Jahr 2001 127 600 oder 12,2 % in den neuen Ländern tätig und erbrachten 100 100 AK-E. Gegenü-

## noch Tabelle 1: Ausgewählte Ergebnisse zur Beschäftigung in den landwirtschaftlichen Betrieben

### Ergebnisse der repräsentativen Agrarstrukturerhebungen

Gegenstand der Nachweisung (LF = Landwirtschaftlich genutzte Fläche)	Einheit	1991	1995	1999	2001
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>					
Landwirtschaftliche Betriebe zusammen					
Betriebe .....	1 000	21,7	31,0	29,5	29,4
LF zusammen .....	1 000 ha LF	5 282,3	5 519,4	5 588,8	5 583,6
LF je Betrieb .....	ha	243,8	178,0	189,7	190,2
Familienarbeitskräfte .....	1 000	33,2	47,9	39,1	38,0
Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	321,2	106,2	96,9	89,6
Nicht ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	7,6	7,4	32,9	34,1
Betriebliche Arbeitsleistung insgesamt .....	1 000 AK-E	312,4	127,3	112,8	105,5
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	5,9	2,3	2,0	1,9
Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen					
Betriebe .....	1 000	17,7	27,9	23,2	23,0
LF .....	1 000 ha LF	456,6	2 341,9	1 307,7	1 342,1
LF je Betrieb .....	ha	25,8	84,0	56,4	58,5
Familienarbeitskräfte .....	1 000	33,2	47,9	39,1	38,0
Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	5,1	25,1	9,5	9,0
Nicht ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte .....	1 000	1,5	4,0	9,7	11,1
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	20,5	47,2	26,6	25,6
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	4,5	2,0	2,0	1,9
Betriebe der Rechtsform Personengesellschaften					
Betriebe .....	1 000	X	X	3,2	3,2
LF .....	1 000 ha LF	X	X	1 279,4	1 279,5
LF je Betrieb .....	ha	X	X	405,6	404,8
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	X	X	22,1	21,3
Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	X	X	10,2	10,0
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	X	X	21,8	21,1
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	X	X	1,7	1,6
Betriebe der Rechtsform juristische Personen					
Betriebe .....	1 000	3,9	3,1	3,1	3,2
LF .....	1 000 ha LF	4 825,7	3 177,5	3 001,7	2 962,0
LF je Betrieb .....	ha	1 224,5	1 018,1	955,7	913,6
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	316,1	81,1	65,2	59,4
Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte .....	1 000	6,1	3,4	13,0	12,9
Betriebliche Arbeitsleistung .....	1 000 AK-E	291,9	80,2	64,4	58,8
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF .....	AK-E je 100 ha LF	6,0	2,5	2,1	2,0

ber 1991 waren das rund 225 700 Personen oder 64 % weniger. Hinzu kamen Saisonarbeitskräfte mit 5 400 AK-E. Je 100 ha LF wurden in allen landwirtschaftlichen Betrieben 1,9 AK-E eingesetzt, was weniger als die Hälfte des Arbeitskräftebesatzes in den alten Bundesländern entspricht.

Im Durchschnitt bewirtschaftete jeder Betrieb in den neuen Ländern 190 ha LF, das siebenfache eines Betriebes im früheren Bundesgebiet.

### Personengesellschaften verfügen im Durchschnitt über 405 ha LF

Neben 23 000 Einzelunternehmen existierten 2001 in den neuen Ländern 3 200 Betriebe der Rechtsform Personengesellschaften, die im Durchschnitt 405 ha

LF bewirtschafteten, sowie 3 200 Betriebe der Rechtsform juristische Personen mit durchschnittlich 914 ha LF.

In den bäuerlichen Familienbetrieben der neuen Länder waren 2001 rund 47 000 ständig beschäftigte Arbeitskräfte tätig, davon 9 000 familienfremde Personen. Die Personengesellschaften beschäftigten 21 300 ständige Arbeitskräfte und die juristischen Personen 59 400.

Die Personengesellschaften der neuen Länder verfügten 2001 über eine durchschnittliche LF, die siebenmal größer war als die der Personengesellschaften in den alten Ländern. Für diese Betriebe ergaben sich 1,6 AK-E je 100 ha LF. Der etwas größere Arbeitskräftebesatz von 2,0 AK-E je 100 ha LF in den landwirtschaftlichen

Betrieben der Rechtsform juristische Personen entstand auch durch rund 200 spezialisierte Betriebe, die über weniger als 2 ha LF verfügen.

2001 dominierten in den neuen Ländern die großen und häufig spezialisierten Betriebe. So verfügten die Betriebe der Rechtsformen Personengesellschaften und juristische Personen über 76 % der LF; hier arbeiteten 63,2 % der ständig mit betrieblichen Tätigkeiten Beschäftigten in den neuen Ländern. Während wie im früheren Bundesgebiet nur ein Viertel der Familienarbeitskräfte der neuen Länder vollbeschäftigt waren, wiesen die Personengesellschaften im Jahr 2001 einen Vollbeschäftigungsgrad von 83,7 % und die juristischen Personen von 90,1 % auf.

## QS in der kritischen Phase?

### Eine empirische Studie zeigt Systemschwächen und Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung auf

Gabriele Jahn, Martina Peupert, Achim Spiller\*

**Die Einführung des QS-Systems (s. a. Ländlicher Raum 06/2002) in der deutschen Fleischwirtschaft im Jahr 2002 stellt weitreichende Anforderungen an die gesamte Wertschöpfungskette. Die Diffusion des Systems ist allerdings noch nicht sichergestellt. Nach wie vor gibt es Widerstände in der Politik und bei kritischen Anspruchsgruppen, aber auch in Teilbereichen der Wertschöpfungskette.**

In den letzten Monaten haben ca. 32 000 Landwirte einen Vertrag mit der QS GmbH abgeschlossen: Das sind immerhin rund 20 % der schweinehaltenden und 3 % der rinderhaltenden Unternehmen in Deutschland. Die Durchsetzung des Systems ist damit jedoch noch nicht gewährleistet. Schätzungen zu Folge muss die Teilnehmerrate innerhalb der nächsten drei Jahre mindestens 50 % der gesamten Produktion umfassen. Zum Vergleich: Um eine Beteiligung von rund 80 % zu erzielen, hat das niederländische IKB-System ca. 4 – 5 Jahre benötigt. Es ist offensichtlich, dass die Verbreitung des QS-Systems und die Höhe der Standards konfliktär zueinander stehen: Wenn das QS-System als „Gütezeichen“ ein hohes Qualitätsniveau prämiieren soll, wird es, wie bereits andere Gütesiegel (z. B. der Umweltsiegel), nicht mehr als ca. 10 bis höchstens 30 % des Marktvolumens einbinden dürfen. Geht es dagegen, wie geplant, um ein Prüfzeichen ähnlich dem TÜV-Siegel, wird der Zertifizierungsstandard nur relativ knapp über den gesetzlichen Anforderungen liegen können. Die notwendige breite Beteiligung wird nur bei einer positiven Einstellung der Zielgruppe und bei

Zufriedenheit der ersten Teilnehmer zu erreichen sein.

Vor diesem Hintergrund ist die Akzeptanz des Systems in der Landwirtschaft von hoher Bedeutung für die Gewinnung einer notwendigen kritischen Teilnehmermasse. In einem Studienprojekt des Instituts für Agrarökonomie der Universität Göttingen wurden in einer ersten Studie 94 Landwirte überwiegend aus den Veredelungsregionen Niedersachsens zu ihrem Qualitätsbewusstsein, ihrer Einstellung und ersten Erfahrungen mit der Zertifizierungspraxis befragt. Da im Wesentlichen gut ausgebildete Betriebsleiter leistungsfähiger „Zukunftsbetriebe“ interviewt wurden, geben die Resultate einen vertieften Einblick in die für die Durchsetzung des QS-Systems wichtigste Kerngruppe.

#### Polarisierte Positionen

Folgende Ergebnisse konnten herausgearbeitet werden:

- Die Teilnahme an QS erfolgt vornehmlich unter externem Druck (s. Tab. 1). Die Landwirte selbst schätzen in ihrer Mehrheit die Qualitätsprobleme als eher gering ein. Eine eigenstän-

dige Motivation zum Qualitätsmanagement und insbesondere zur Zertifizierung fehlt.

- Sowohl Teilnehmer als auch unentschlossene bzw. ablehnende Landwirte befürchten einen steigenden Bürokratisierungsgrad durch die Zertifizierung.
- Auffallend ist die polarisierte Einstellung zum QS-System. Es konnten vier Gruppen innerhalb der Landwirtschaft identifiziert werden:

1. **Abnehmerorientierte QS-Befürworter (n = 42):** Zu dieser Gruppe, die QS auf Druck ihrer Abnehmer hin einführen (wollen), gehört knapp die Hälfte der Befragten. Allerdings erwarten sie keine Optimierung ihres Qualitätsmanagements, sondern rechnen mit zunehmender Bedeutung vertikaler Bindungen und erhoffen sich eine Verbesserung des Fleischimages insgesamt. Interessant ist, dass die Befürworter keinen Mehrpreis am Markt für QS-Produkte erwarten.
2. **Pauschale Ablehner (n = 32):** Rund ein Drittel der Landwirte lehnt das QS-System ab.

\* Gabriele Jahn, Martina Peupert, Achim Spiller, Institut für Agrarökonomie, Lehrstuhl Marketing für Agrarprodukte und Lebensmittel



tem ab. Insbesondere werden zukünftig Probleme in der Zusammenarbeit mit den Schlachtunternehmen und ein hoher bürokratischer Aufwand erwartet. Die Teilnahme erfolgt daher nur, weil diese Gruppe sich einem starken Druck ausgesetzt sieht.

3. **Verbraucherorientierte QS-Befürworter (n = 15):** Eine kleine Gruppe von 15 Landwirten steht dem Konzept aus Überzeugung positiv gegenüber. Diese Befragten erhoffen sich einen Imagegewinn für ihren Betrieb und ggf. auch Mehrpreise am Markt. Sie sind weniger aus Zwang als aus Überzeugung Systemteilnehmer und erhoffen sich eine Erhöhung des Qualitätsbewusstseins der Landwirtschaft.

4. **Massive QS-Ablehner (n = 4):** Einige wenige Landwirte lehnen das Konzept durchgehend ab. Es handelt sich um Ökobetriebe bzw. Direktver-

markter, die keinen Nutzen in einer Zertifizierung knapp oberhalb des gesetzlichen Niveaus erkennen können. Sie halten den Ansatz für unglaublich und bürokratisch, stehen allerdings grundsätzlich einem Qualitätsmanagement positiv gegenüber.

### Keine großen innovativen Wirkungen

Insgesamt zeigt die Analyse, dass die QS GmbH noch erhebliche Überzeugungsarbeit und z. T. wohl auch Änderungen am Konzept vornehmen muss, wenn sie mehr Landwirte vom Nutzen des Zertifizierungsmodells überzeugen will. Eine größere innere Motivation ist bisher bei vielen Befürwortern nicht vorhanden. Größere innovative Wirkungen bzw. Qualitätsoptimierungen gehen von QS, nach Auskunft der bisherigen Teilnehmer, nicht aus. Für die meisten Betriebe halten sich allerdings auch die Investitionen in Grenzen. Änderungen der Betriebsabläufe

sind meist nicht notwendig. Einige Landwirte mussten jedoch aus ihrer Sicht relativ viel Zeit für die Vorbereitung auf die Erstprüfung und die spätere Dokumentation aufwenden. Die Arbeit der Zertifizierer wird von den bereits überprüften Betrieben überwiegend als kompetent bewertet.

### Fazit

Die Teilnahmebereitschaft am QS-System fällt unter den Landwirten verhältnismäßig hoch aus. Von der inhaltlichen Systemkonzeption selbst ist jedoch nur eine kleine Gruppe der befragten Tierproduzenten überzeugt. Zurückzuführen ist die Teilnahmebereitschaft im Wesentlichen auf den externen Druck. Die QS GmbH steht nun vor der Herausforderung, den Landwirten den potenziellen Nutzen eines eigenständigen Qualitätsmanagements näher zu bringen. Die Schlachtunternehmen müssen ihr Geschäftsbeziehungsmanagement überdenken, da die Betriebe häufig eine Ver-

Tabelle 1: Gründe für die Teilnahme am QS-System

Was hat Sie dazu bewogen, am QS-System teilzunehmen bzw. zukünftig teilzunehmen?		
Gründe	Zahl der Nennungen	Anteilig an Gesamtzahl der Teilnehmer (in %)
Druck des Abnehmers	21	32,3
Absatzsicherung	16	24,6
Preisvorteile	16	24,6
Drohender Preisabzug	10	15,4
Qualitätsverbesserung	5	7,7
Verbrauchervertrauen stärken	5	7,7
Erhoffte Wettbewerbsvorteile	3	4,6
Geringer Aufwand zur Umsetzung	3	4,6
Eigene Motivation	2	3,1
Optimierung der Betriebsprozesse	2	3,1
Haftungsbeschränkung durch Dokumentation	1	1,5
Gesellschaftliches Interesse	1	1,5

(Quelle: Eigene Erhebung, n = 65, Mehrfachantworten möglich)

schlechterung der Zusammenarbeit durch QS erwarten.

Abbildung 1 skizziert die Einstellung der Landwirte zum QS-Konzept im Überblick.

### Anregungen zur Optimierung des QS-Konzeptes

Nach Auffassung der Verfasser/-innen sollten bei der Optimierung des QS-Konzeptes folgende Maßnahmen im Vordergrund stehen:

- Der Zusammenhang zwischen Einstellung und Verhalten (i. S. von Beteiligung an QS) ist nicht sehr ausgeprägt. Viele Betriebe aus der Gruppe der „Ablehner“ sind Vertragsnehmer, allerdings nicht aus Überzeugung. Damit die kognitiven Dissonanzen dieser Gruppe nicht noch ausgeprägter werden, sollte die QS GmbH eine offensive Kommunikationspolitik mit der Zielgruppe „bereits teilnehmende Landwirte“ betreiben. Diese könnte

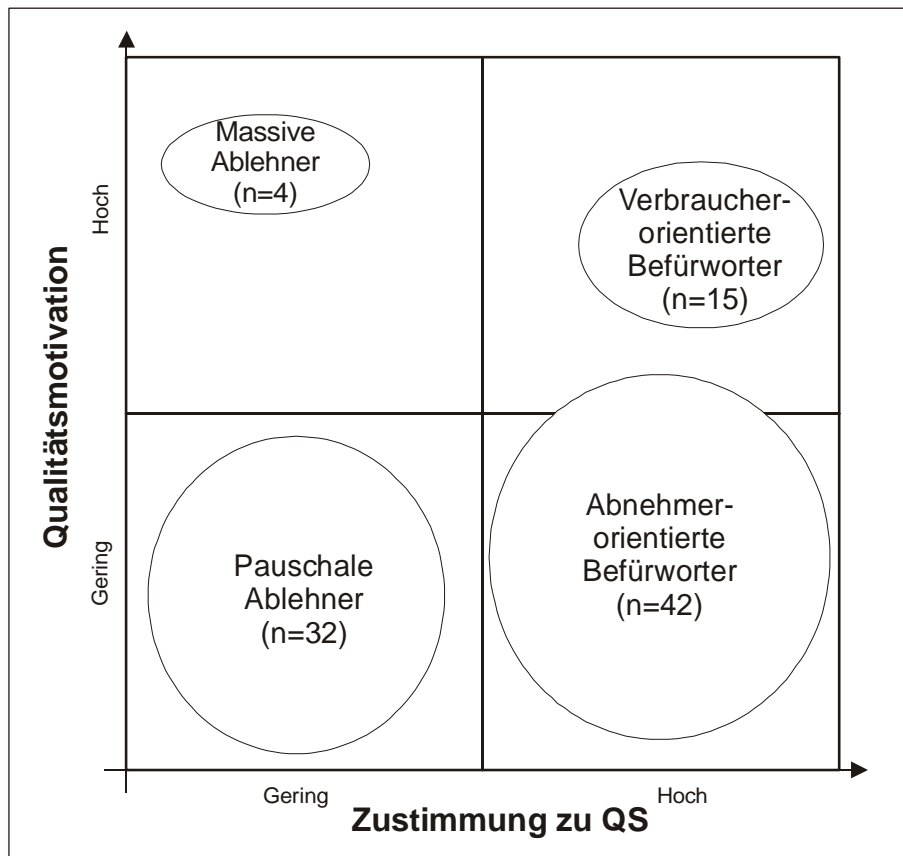
zumindest zwei Elemente beinhalten:

- Offene Diskussion mit den Landwirten über Prüfungskriterien und den Prüfungsablauf in der einzelbetrieblichen Umsetzung. Vermeidbare bürokratische Hürden können so im Laufe der Zeit eliminiert werden.
- Gezielte Nutzung von Meinungsführern. Landwirte sind in ihrer Kommunikation stark an ihrem sozialen Umfeld orientiert, so dass überzeugte und erfolgreiche QS-Teilnehmer über eine hohe Glaubwürdigkeit verfügen.
- Wichtig für die ablehnende Haltung vieler Landwirte ist allerdings nicht direkt das QS-Konzept, sondern das ausgeprägte Misstrauen gegenüber den Schlachtunternehmen. Eine Verbesserung der Geschäftsbeziehungen zwischen den Land-

wirten und ihren Abnehmern durch ein konsequentes Supply Chain Management der Schlachtbranche steht aus.

- Eine schärfere Definition des Systems als Prüfsiegel und die entsprechende Kommunikation gegenüber Landwirtschaft und Verbrauchern. Die Gruppe der „Verbraucherorientierten Landwirte“, die mit hohem Engagement hinter dem Konzept steht, setzt möglicherweise zu große Hoffnungen in den Marketingwert des Zeichens. QS ist kein Gütesiegel, das zu Wettbewerbsvorteilen einzelner Betriebe führt, sondern ein Mindeststandard zur Vertrauenssicherung einer ganzen Branche.
- Aufbau eines am Konzept der Balanced Scorecard orientierten Controlling: Die QS GmbH sollte als Steuerungsinstrument ein umfassendes Kennzahlensystem einsetzen, welches u. a. auch die Zufriedenheit der Mitgliedsbetriebe auf allen Stufen der Wertschöpfungskette regelmäßig erfasst.

Abbildung 1



Insgesamt verdeutlicht die Befragung die großen Herausforderungen, vor denen die deutsche Fleischwirtschaft bei ihrem innovativen Versuch steht, ein Zertifizierungssystem über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg aufzubauen. Während die Qualitätssicherung in den Niederlanden oder Dänemark in vertikale Integrationsysteme eingebunden ist und damit vertraglich durchgesetzt werden kann, muss die QS GmbH stärker auf Motivation setzen. Die Studie verweist auf die vielfältigen Potenziale, die sie in dieser Beziehung noch in der Landwirtschaft erschließen kann.

## Tiroler Genossenschaft Bioalpin:

# Das Beste kommt vom Berg

**Der bäuerlichen Genossenschaft Bioalpin im österreichischen Tirol scheint gelungen, wovon manche nur träumen können: Die Besonderheit einer regional begrenzten landwirtschaftlichen Produktionsweise in den Alltag der Menschen und aus der Nischenexistenz in den Großhandel zu bringen.**

Seit November 2002 bietet die Genossenschaft Bioalpin in der Tiroler Supermarktkette MPREIS ein Bio-Sortiment mit der Markenbezeichnung „BIO vom BERG“ an. Die Marke wirbt vor allem mit zwei Qualitäten: Die Produkte stammen aus traditioneller tiroler Berglandwirtschaft und sind zusätzlich den Kriterien des biologischen Anbaus unterworfen. Ins Leben gerufen wurde die Genossenschaft im Mai 2002 von der Tiroler Agrarmarketing (ein vom Land Tirol, der Landwirtschafts- und Wirtschaftskammer sowie der Tirolwerbung getragener Verein zur Förderung landwirtschaftsnaher Firmen), dem ERNTE-Verband (Biologischer Anbauverband) und dem Tiroler Bauernbund.

Um die 40 Mitglieder hat die Genossenschaft bereits, davon die Mehrzahl Bio-Bergbauern, zudem sieben tiroler Bio-Sennereien, eine Bio-Metzgerei, aber auch Prominente wie den tiroler Landeshauptmann Herwig van STAA. Beliefert wird die Genossenschaft von ca. 700 Betrieben, Tendenz steigend, so Heinz GSTIR, Obmann und Geschäftsführer von Bioalpin, selbst Landwirt mit 17 Milchkühen.

Um dem Projekt eine breitere Öffentlichkeit zu verschaffen, luden Bio-Bergbauern aus Tirol, Südtirol und Deutschland am 9. und 10. Mai 2003 gemeinsam mit Bioalpin zu ihrem Bergbauernfest in Hall bei Innsbruck ein. Bei musikalischer Untermauerung wurden

die Bürger/-innen mit Produkten vom Berg verköstigt, konnten an einem Preisrätsel teilnehmen (Wie viel Liter Milch enthält ein 80 kg schweres Käserad?)<sup>1</sup> und wurden über das Anliegen der Bergbauern informiert.



### Besonderheiten Tirols als Absatzchance

Das Land Tirol weist – im Vergleich zu anderen Ländern Österreichs – gleich mehrere Besonder-

heiten auf. Zum einen gibt es in Tirol mit einem Anteil von ca. 25 % überdurchschnittlich viele Bio-Betriebe, des weiteren liegt die große Mehrzahl der Betriebe in Bergregionen mit erschwerten Anbaubedingungen und schließlich existiert eine erstaunlich enge Liaison zwischen dem Tiroler Bauernbund und der biologischen Landwirtschaft.

Dass sich diese Besonderheiten gegenseitig bedingen, liegt auf der Hand. Denn für eine überlebens-



Foto: bioalpin

Käsesommelier Hannes STÖCKEL, Geschäftsführer der Sennerei Kolsass. Sein ausschließlich in Handarbeit und aus 100 % silofreier Milch erzeugter „Korbkäse“ wurde 2002 von der DLG mit gold prämiert.

<sup>1</sup> Knapp 1 000 l Milch

fähige Landwirtschaft in Bergregionen gibt es wenig Alternativen, so dass die grundsätzliche Nähe der tiroler Landwirtschaft zur naturnahen Produktion schon durch die Produktionsbedingungen der Landwirte gegeben ist. Die sog. „Bio-Schiene“ ist hier eher eine Frage der Vermarktung denn der Umstellung der Produktionsweise, die den Kriterien biologischer Landwirtschaft meist schon sehr nahe kommt oder gar entspricht. Die Vermarktung der Produkte unter dem Qualitätskriterium „biologisch“ bietet den Landwirten jedoch die Chance, trotz widriger Bedingungen ihr Überleben zu sichern.

So stellt sich hier die leidige Frage nach „besserer“ und „schlechterer“ Landwirtschaft von vornherein gar nicht, denn, so Björn RASMUS, Produktmanager von Bioalpin, „es gab in Tirol immer nur eine Landwirtschaft und heute ist die biologische Landwirtschaft sozusagen Aushängeschild einer sowieso naturnahen Berglandwirtschaft“. Daraus erklärt sich auch die von Anfang an gute Zusammenarbeit von Bioalpin mit dem Bauernbund, ohne den der erste Teil der Aufgabe, die

Suche nach interessierten Höfen und der Aufbau einer Infrastruktur, kaum zu lösen gewesen wäre.



### „Qualität Tirol um Berge besser“

Die Strategie der Genossenschaft Bioalpin ist in der Theorie denkbar einfach: die erschwerten Bedingungen der tiroler Landwirtschaft werden mit Qualitätskriterien verknüpft. Aus der ersten Sondierungsphase entstand die Idee der Eigenmarke BIO vom BERG, die den Verbraucher nicht nur auf die Art der Erzeugung, sondern auch auf die besondere Herkunft der Produkte hinweisen soll. Die Botschaft der Marke ist, „die Besonderheit der Berglandwirtschaft bedarf eines höheren Deckungsbeitrages, garantiert aber gleichzeitig auch höhere Qualität“, so Rasmus. Die Initiatoren zählen dabei nicht nur auf das ökologische Bewusstsein der Käufer, sondern auch auf ihre Eigenschaft als „patriotische Einkäufer“.

Dass der Kunde für den höheren Preis ein qualitativ hochwertiges Produkt bekommt, wird in mehrfacher Hinsicht garantiert. Die Tiroler Agrarmarketing gibt

das Gütesiegel „Qualität Tirol“ mit dem sinnreichen Zusatz „um Berge besser“, das die Herkunft der Produkte garantiert. Zusätzlich entsprechen die Produkte von BIO vom BERG den Bio-Richtlinien der EU-Verordnung 2092/91 und des ERNTE-Verbandes sowie den Qualitätskriterien der AMA (Agrar Marketing Austria), die durch zusätzliche sensorische Prüfungen ergänzt werden.



### Erweiterte Produktpalette

Noch liegt der Schwerpunkt der Genossenschaft – aufgrund der Kapazitäten und der größeren Liefersicherheit – auf Milchprodukten wie Joghurt, Milch und verschiedenen Käsesorten. Auch einige Fleischprodukte werden angeboten. Allerdings gibt es in Tirol nur zwei Schlachthöfe, die EU-Normen entsprechen, für Schweine existiert gar keiner, und die einzige Bio-Metzgerei in Tirol verfügt zwar über eine EU-gerechte Fleischverarbeitung, kann aber nicht selbst schlachten. Das bedeutet, dass die Lieferung von Bio-Fleischprodukten der Bauern an Bioalpin über die beiden Schlachthöfe in Tirol – bzw. außerhalb Ti-



Foto: M. Gröner

Die Produkte von „Bio vom Berg“ stammen aus traditioneller tiroler Berglandwirtschaft und sind den Kriterien des biologischen Landbaus unterworfen.



rols für Schweine – nur über einen Bio-Metzger in Kufstein erfolgen kann. Langfristiges Ziel ist deshalb, eine zentrale Bio-Schlachtplatz in Kufstein einzurichten.

Ab Juni 2003 soll auch Bio-Gemüse angeboten werden. Angedacht ist darüber hinaus die Vermarktung von Kartoffeln, Fleisch, Schafkäse, Ziegenkäse, Äpfeln und Getreide aus alten Landsorten. Gstir betont jedoch, dass die Genossenschaft sich erst eine Marktposition gesichert haben müsse, um danach auch kleinere Produktparten eingliedern zu können.



### Erweiterte Märkte

Durch den Zusammenschluss der Landwirte und die dadurch garantierte Liefersicherheit ist es der Genossenschaft gelungen, die Firma MPREIS als Vertriebspartner zu gewinnen. Mit 117 Filialen in Tirol und einer zentralen Verteilerstelle, an die geliefert werden kann, ein idealer Partner. Die überregionalen Ketten Billa und Spar, die bereits ihre eigene Biomarke („natur pur“ bzw. „ja natürlich“) vertreiben, waren dagegen nicht bereit, die Eigenmarke der tiroler

Bauern in ihr Sortiment aufzunehmen.

An diesem Punkt wird sich erweisen, ob das Projekt langfristig halten kann, was es verspricht. Geplant ist, die Vermarktung auf Südtirol und Bayern auszudehnen, desgleichen auch das Einzugsgebiet der Lieferanten. Die Herausforderungen, die dabei auf die Genossenschaft zukommen werden, sind vor allem der in Deutschland bereits enge Markt für Bioprodukte sowie der harte Preiskampf und die Schwierigkeit, mit einer Eigenmarke ins Sortiment des Großhandels aufgenommen zu werden. Immerhin hat MPREIS kürzlich in Südtirol seine erste Filiale eröffnet, so dass der erste Schritt in dieser Richtung bereits getan ist. In Deutschland zählen die Tiroler auf ihren Ruf als Produzenten hochwertiger Nahrungsmittel, vor allem im Käsebereich.

Im Vergleich zur Situation vor 1995, als sich der Beitritt Österreichs zur EU abzuzeichnen begann und der Versuch einiger Vordenker, sich auf den geöffneten europäischen Märkten strategisch zu positionieren, noch belächelt wurde, sieht die Situation heute anders aus, berichtet Gstir. Die Rahmenbedingungen in Politik

und Gesellschaft hätten sich verändert. Das Ziel, sich zusammenzuschließen und die verschiedenen Spezialitäten der tiroler Bauern gebündelt auf den Markt zu bringen, sei sehr viel näher gerückt. Gstir: „Wir haben eine Handelsmarke, die den Bauern selbst gehört und nicht dem Handel“, diese Chance müssten die Bauern nutzen, denn es ist „die einzige Chance, in Tirol vernünftig Landwirtschaft zu betreiben“.

Die neuerdings verkündete Strategie Österreichs, das Land für den Wellness-Tourismus auszubauen, stellt für die tiroler Bergbauern nun eine Möglichkeit dar, ihr Vorhaben in einen größeren Rahmen zu stellen und die Qualität ihrer Nahrungsmittel mit dem gesunden Leben auf dem Land und dem Angebot für Erholung suchende Touristen zu verknüpfen, zumal das Land Tirol nach Aussage von Rasmus bislang noch wenig zur Entwicklung Österreichs zum Wellnessland beigetragen hat. - gr -

#### Kontakt:

Bioalpin reg. Gen.m.b.H.  
Björn Rasmus  
Wilhelm-Greil-Str. 9  
6020 Innsbruck  
+43/512/57244230  
info@bioalpin.at

## Basel II: Keine generelle Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die Landwirtschaft

**B**asel II wird wahrscheinlich weder zu einer allgemeinen Verteuerung von Agrarkrediten noch zu einer generellen Einschränkung der Kreditvergabe an die Landwirtschaft führen, da für diese Kredite künftig die Eigenkapitalanforderungen des Retailsegmentes zur Anwendung kommen werden“, so Dr. h.c. Uwe ZIMPELMANN, Mitglied des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main. Statt

einer Eigenkapitalunterlegung von bisher 8 % seien dann nur noch 6 % Eigenkapital erforderlich. Durch Anwendung interner Ratingssysteme ließen sich die Eigenkapitalanforderungen für die Kreditinstitute künftig weiter reduzieren. Da die Landwirtschaft im Vergleich zum gewerblichen Mittelstand mit einer Eigenkapitalquote von über 80 % und einem hohen Anteil mittel- und langfristiger Kredite im Durchschnitt über eine sehr güns-

tige Finanzierungsstruktur verfüge, dürften sich die Finanzierungsbedingungen für zahlreiche Betriebe eher verbessern. Dennoch seien Nachbesserungen bei der Deckelung der durch Anwendung interner Ratingansätze erreichbaren Eigenkapitalentlastung erforderlich. Viel hänge auch von der nationalen Umsetzung des Granularitätskriteriums ab, das insbesondere die Möglichkeit kleiner Banken und Sparkassen im ländlichen

Raum zur Vergabe von Krediten im Rahmen der weniger restriktiven Eigenkapitalanforderungen des Retailsegmentes deutlich einschränke. In diesem Bereich sei zumindest eine Ausnahmeregelung für kleinere Kreditinstitute dringend erforderlich.

### **Stärkere Differenzierung des Agrarkreditgeschäfts**

Da Basel II die Eigenkapitalanforderungen generell stärker am jeweiligen Risikoprofil des Kreditnehmers ausrichte, werde auch das zukünftige Agrarkreditgeschäft durch eine stärkere Differenzierung gekennzeichnet sein. Zwar sei eine generelle Verteuerung von Agrarkrediten allein auf Grund von Basel II nicht zu erwarten, in Abhängigkeit von der jeweiligen Kreditausfallwahrscheinlichkeit könne es dennoch – auch mit Blick auf die Ertragsprobleme zahlreicher Kreditinstitute – bei einzelnen landwirtschaftlichen

Kreditnehmern zu ungünstigeren Konditionen kommen. Im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung würden zukunftsorientierte Kriterien wie eine qualifizierte Unternehmensführung neben den physischen Sicherheiten wahrscheinlich künftig eine größere Rolle spielen als bisher. Insbesondere wachsende Betriebe dürften davon profitieren, dass die negativen Auswirkungen fehlender oder nicht anrechnungsfähiger Sach Sicherheiten auf die Eigenkapitalanforderungen durch eine hohe berufliche Qualifikation des Betriebsleiters kompensiert werden könnten. Unabhängig davon sei es aber erforderlich, grundpfandrechtl. besicherte Kredite mit niedrigeren Risikogewichten zu versehen.

### **Höhere Transparenz zwischen Landwirt und Bank**

Für landwirtschaftliche Kreditnehmer erhöhe die am jeweiligen

Risikoprofil ausgerichtete Neuregelung der Eigenkapitalunterlegung von Kreditengagements durch Basel II in erster Linie die Notwendigkeit, die Geschäftsbeziehung zur Bank möglichst transparent zu gestalten. Das Kreditinstitut müsse eine umfassende Einsicht in alle betrieblichen Unterlagen erhalten. Die Jahresabschlüsse seien durch ein möglichst zukunftsfähiges Finanz- und Investitionskonzept auf der Basis ausführlich dokumentierter Betriebsdaten zu ergänzen. Dabei stünden den insgesamt höheren Dokumentations- und Jahresabschlusskosten dadurch erzielte günstigere Kreditzinsen gegenüber. Auch durch risikomindernde Geschäfte wie z. B. den Abschluss von Ertragsschadenversicherungen oder festen Lieferverträgen mit Abnahmegarantie ließe sich die Bonität steigern.

- Rentenbank -

## **Modellprojekt des dlV: Neue Medien für LandFrauen**

**Seit Januar 2002 führt der Deutsche LandFrauenverband e.V. (dlV) das Modellprojekt „Neue Medien für LandFrauen“ durch. In der Nutzung und Verbreitung der modernen Informations-Technologien (IT) sieht der Verband, der sich maßgeblich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen im ländlichen Raum einsetzt, die Chance, eine nachhaltige Entwicklung insbesondere in entlegenen Regionen voranzutreiben. Das Projekt, dessen Laufzeit drei Jahre beträgt, wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Europäischen Sozialfonds mit insgesamt 1,3 Mio. Euro gefördert.**

**D**as Projekt ist als Drei-Säulen-Modell konstruiert. Es besteht aus der Qualifikation und dem Einsatz von IT-LandFrauen, dem LandPortal zur Online-Vermarktung und der verbandsinternen Vernetzung über das Internet. Das Besondere daran: Die drei Säulen sind miteinander verzahnt, so dass für alle Beteiligten ein Mehr an Nutzen zu erwarten ist.

### **IT-LandFrauen**

Mit der Weiterbildung von LandFrauen zu Fachfrauen für Informations-Technik verfolgt der dlV das Ziel, den Teilnehmerinnen ein neues Erwerbsfeld zu öffnen. Gleichzeitig sollen die IT-LandFrauen als Beraterinnen und Multiplikatorinnen dazu beitragen, die Verbandsmitglieder für die neuen

Medien und das Internet zu sensibilisieren, damit sie diese zu ihrem Vorteil im Erwerbs- und Alltagsleben nutzen können.

Das einjährige Schulungsprogramm fand in sechs Blöcken von jeweils drei Tagen an der Andreas Hermes Akademie in Bonn- Röttgen statt.



Foto: dlV

IT-Landfrauen des Niedersächsischen Landfrauenverbandes Hannover e.V.

Die Teilnehmerinnen erlernten, wie man Websites erstellt und das Internet als Kommunikations- und Marketinginstrument nutzt. Eingeschlossen waren auch Präsentationstechniken und pädagogisch-didaktisches Know-how, um das Erlernte weiter geben zu können sowie Grundlagenwissen, um damit eine selbstständige Tätigkeit aufzubauen. Die Unterrichtsinhalte orientierten sich dabei voll an der Zielgruppe LandFrauenvereine und LandFrauen-Unternehmerinnen.

Um die Hausaufgaben zwischen den Präsenzveranstaltungen erledigen zu können, wurden die Teilnehmerinnen, die aus dem ganzen Bundesgebiet kamen, mit einem Notebook ausgestattet. Ein „virtuelles Klassenzimmer“ bot ihnen auch in Zeiten räumlicher Distanz die Möglichkeit zum Telelernen und zum gegenseitigen Austausch.

Ohne Ausnahme erhielten die 44 IT LandFrauen am 8. April 2003 ihre von Bundesfamilienministerin Renate SCHMIDT und dlV-Präsidentin Erika LENZ unterzeichneten Zertifikate. Zur Abschlussveranstaltung konnten sie auch ihre „Gesellenstücke“ präsentieren. Mehr als drei Viertel der Absol-

ventinnen sind bereits unternehmerisch tätig. Schon während der Fortbildung begannen die IT-LandFrauen, sich ihren Markt zu erobern. Sie probierten sich als Dozentinnen vor LandFrauenvereinen und geben heute beispielsweise Kurse für PC/Interneteinsteiger/-innen. Sie gestalteten Internetpräsentationen für Vereine und Unternehmen. Weit über 100 neue Websites sind so bisher entstanden.

Lenz wies bei der Übergabe der Urkunden darauf hin, dass sich der Arbeitsschwerpunkt im Projekt nach dem Ende der Qualifizierung auf die Weiterentwicklung der Internet-Vermarktung mit Hilfe des LandPortals verlagern werde, wobei den IT-LandFrauen eine bedeutende Rolle zu komme.

### LandPortal

Als zweite Säule des Modellprojekts und als ein weiteres Instrument, das die beruflichen Zukunftschancen der LandFrauen verbessern soll, wurde das LandPortal Anfang 2002 ins Internet gestellt. Entstanden ist so ein „virtueller Marktplatz“, auf dem ausschließlich LandFrauen ihre Erzeugnisse und Dienstleistungen anbieten können. Die regional sortierten

Angebote erscheinen in drei Kategorien (Produkte/Hofläden, LandFrauenservice sowie Urlaub/Freizeit) und stehen allen Verbrauchern offen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Angebote, die schon seit Jahren als „Markenartikel“ der LandFrauen etabliert sind.

Durch das LandPortal soll das unternehmerische Engagement von LandFrauen gefördert werden. Dieses Anliegen steht im Zusammen-

hang mit den übergeordneten Zielen des dlV, wonach interessierte Mitglieder in Bereichen wie Hauswirtschaft oder Landtourismus qualifiziert werden, was die LandFrauen im Idealfall in die Lage versetzt, ihre wirtschaftliche Situation durch die Vermarktung der erworbenen Fähigkeiten positiv zu verändern.

Bisher haben sich über 500 Anbieterinnen in das LandPortal eingetragen. Dessen Angebotsumfang soll im Projektverlauf noch durch Beratungsangebote wachsen. Von der Gruppe der IT-LandFrauen selbst erwirtschaftet knapp die Hälfte ein Zusatzeinkommen mittels landfrauentypischer Tätigkeiten wie z. B. die Leitung einer Serviceagentur.

Fast die Hälfte aller Anbieterinnen im LandPortal hat eine eigene Homepage. Wer noch nicht so weit ist, kann sich mithilfe der IT-LandFrauen ebenfalls bald im Web präsentieren. Der Link zur eigenen Seite ist gewollt und steigert die Attraktivität des LandPortals. IT-LandFrauen sind die idealen Begleiterinnen auf dem Weg ins Netz, denn sie sprechen die Sprache ihrer Kundinnen und wissen, wie deren Produkte online vermarktet werden können, da sie

diese ja aus eigener unternehmerischer Tätigkeit kennen.

### **Verbandsinterne Vernetzung**

Der Aufbau einer modernen Infrastruktur innerhalb des dlV stellt die dritte Säule des Projekts dar. Dazu gehört die Einführung der neuen Medien auf allen Verbands-ebenen, um eine zeitgemäße Kommunikation zwischen den einzelnen Mitgliedern zu gewährleisten.

Neben der technischen Ausstat-

tung ist die Befähigung einer möglichst großen Zahl von Mitgliedern zum Umgang mit der Technik eine wesentliche Voraussetzung, um Internet und E-Mail als universelle Kommunikationsmittel einzusetzen. Auch an dieser Stelle leisten die 44 IT-Land-Frauen, von denen etwa ein Drittel ehrenamtliche Führungskräfte in LandFrauenvereinen sind, einen erheblichen Beitrag, weil sie durch ihre Betätigungsfelder zu Multiplikatorinnen werden und quasi die LandFrauen mit dem „Internetvirus“ anstecken.

Im Zuge der Ausbildung hat sich zudem ein stabiles Netzwerk zwischen den IT-Frauen gebildet. Berufliche Kooperation und Absprachen, Informationsfluss, und Dialog prägen dieses Netzwerk.

Auf Messeauftritten konnten so auch verschiedene Teams der IT-LandFrauen ihre Angebote vorstellen und in der eher männlich dominierten IT-Welt ein Zeichen setzen, unter anderem auf der Grünen Woche Berlin, auf den Agrarcomputertagen in München und der DirektMarkt in Hannover.

- ce -

**Weitere Informationen und Adressenlisten sind im Internet zu finden unter:**

[www.it-landfrauen.de](http://www.it-landfrauen.de)

[www.landportal.de](http://www.landportal.de)

[www.landfrauen.info](http://www.landfrauen.info)

*Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen:*

## **Altersrenten steigen maßvoll**

**Z**um 1. Juli 2003 werden sowohl die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung als auch die der Alterssicherung der Landwirte der Einkommensentwicklung angepasst. Dies gilt gleichermaßen für die Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Erhöhung beträgt in den alten Bundesländern 1,04 % und in den neuen Bundesländern 1,19 %; darauf weist der Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen hin.

Die Rentenberechnung erfolgt unter Berücksichtigung des allgemeinen Rentenwertes. Dieser beträgt ab 1. Juli 2003 in der Alterssicherung der Landwirte 12,06 Euro in den alten und 10,60 Euro in den neuen Bundesländern. Die

Veränderung des Rentenwertes folgt der jeweiligen Einkommensentwicklung.

### **Alterskassen zahlen monatlich ca. 600 000 Renten aus**

Die Altersrenten belaufen sich in der Alterssicherung der Landwirte im Durchschnitt auf monatlich 487,00 Euro für Landwirte und 218,00 Euro für Ehefrauen. Unter Einschluss der Renten wegen Erwerbsminderung sowie der Witwen-, Witwer- und Waisenrenten zahlen die Alterskassen monatlich etwa 597 000 Renten aus, auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entfallen etwa 163 000 Rentenzahlungen pro Monat. Dafür bringt die Alterssi-

cherung der Landwirte ca. 2,8 Mrd. Euro pro Jahr auf; mit etwa 74 % beteiligt sich der Bund an diesen Ausgaben, so der Gesamtverband. In der Unfallversicherung betragen die jährlichen Rentenleistungen etwa 437 Mio. Euro; hier beträgt der Bundesmittelanteil etwa 30 %.

Genauer über die Rentenberechnung in der Alterssicherung der Landwirte ist in der Broschüre „Renten an Landwirte und mitarbeitende Familienangehörige“ beschrieben. Sie kann unter der Internetadresse [www.LSV-D.de](http://www.LSV-D.de) abgerufen oder direkt bei den landwirtschaftlichen Alterskassen angefordert werden.

- ssl -



## Gartenbau

### Die Sparten des Gartenbaus

Am 26. und 27. April d. J. fand der bundesweite „Tag der offenen Gärtnerei 2003“ statt. Hier hatte die Öffentlichkeit die Chance, sich über die Vielfalt des deutschen Gartenbaus zu informieren. Die Strukturen der einzelnen Sparten dieser Branche zeigt die folgende Aufstellung.

Dieter Aust\*

#### Blumen- und Zierpflanzenbau, Stauden

Verkaufserlöse: 1,5 Mrd. Euro/a

Betriebsformen:

- Topfpflanzen
- Schnittblumen
- Stauden

Vermarktungsformen:

- Vermarktung über Absatzrichtungen
- insbesondere in Anbauswerpunkten, Niederrhein
- Direktvermarktung an Verbraucher
- Einzelhandelsgärtnereien

#### Gemüsebau

Verkaufserlöse: 1,4 Mrd. Euro/a

Betriebsformen:

- Unterglasgemüsebau
- Gärtnerisch intensiver Freilandanbau
- Intensivanbau auf dem Freiland
- Großflächiger Freilandanbau für den Frischmarkt
- Vertragsanbau für die Verarbeitungsindustrie
- Spargelanbau als Sonderform

Vermarktungsformen:

- Genossenschaften (überwiegend)
- Direktabsatz an Verbraucher (regional bedeutsam)

#### Obstbau

Verkaufserlöse: 0,6 Mrd. Euro/a

Betriebsformen:

- Kernobstbetriebe
- Beerenobstbau
- Erdbeeranbau als Sonderform

Vermarktungsformen:

- Genossenschaften (überwiegend)
- Direktabsatz an Verbraucher (regional bedeutsam)

#### Baumschulen

Verkaufserlöse: 0,9 Mrd. Euro/a

Betriebsformen:

- Ziergehölze
- Obstgehölze
- Forstbaumschulen

Vermarktungsformen:

- Großabsatz (überwiegend Norddeutschland und Großbetriebe)
- Gartenbaumschulen (Direktabsatz an Verbraucher)

#### Friedhofsgärtnereien

Verkaufserlöse: 1,1 Mrd. Euro/a

Betriebszweige:

- Grabneuanlage
- Grabpflege, insbesondere vertragliche Dauergrabpflege
- Friedhofsrahmenpflege
- Floristik
- Blumengeschäft (am Friedhof)

- teilweise noch Eigenproduktion

#### Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau

Verkaufserlöse: 4,3 Mrd. Euro/a

Betriebszweige:

- Neuanlage von Gärten und Parks
- Pflege im privaten, gewerblichen und öffentlichen Grün
- Renaturierung, Entsiegelung
- Verkehrsbegleitgrün
- Gebäudenaturierung (-begrünung)
- Anlage von Schwimmteichen
- Baumsanierung, Parkpflegewerke

#### Sonderformen

- Ökologisch wirtschaftende Betriebe (überwiegend Gemüsebau bzw. im landwirtschaftlichen Verbund)
- Weihnachtsbaumkulturen (in Baumschulen, Landwirtschafts-/Forstbetrieben)
- Jungpflanzenbetriebe (Zierpflanzen und Gemüsepflanzen)
- Samenbau (größere Unternehmen meist im internationalen Verbund)
- Pilzanbau (Champignons, Shiitake, Austernpilze u. a., Anzucht von Pilzbrut für Weiterkultur)

\* Dieter Aust, Landwirtschaftskammer Rheinland, Bonn. Aus: VDL Journal 02/2003.

### Branchendaten des deutschen Gartenbaus

Auf 1 % der landwirtschaftlichen Flächen werden rd. 1/7 des Wertes der agrarischen Produktion erzeugt.

60 000 Betriebe, davon

- 37 000 Betriebsbereich Gartenbau

- 23 000 Verbund- und Kombinationsbetriebe Landwirtschaft

300 000 Arbeitskräfte (in Vollbeschäftigungseinheiten umgerechnet)

17 000 Auszubildende

10 Mrd. Euro jährliche Marktleistung (ohne Handelsware), davon

- 4,5 Mrd. Euro aus gartenbaulicher Urproduktion

- 5,5 Mrd. Euro aus gartenbaulicher Dienstleistung (GaLaBau, Friedhofsgärtner)

(im Vergleich: 28 Mrd. Euro Landbau und tierische Produktion in der Landwirtschaft)

## Auszeichnung der „Gärtnerei des Jahres 2003“ in Niedersachsen und Bremen

Mit dem Ziel, den gärtnerischen Facheinzelhandel zu stärken und seinen Marktanteil

langfristig zu erhalten, wird in mehreren Bundesländern die „Gärtnerei des Jahres“ ausgezeichnet.

erfolgreich standhalten können.

Den ersten Platz und somit den Titel „Gärtnerei des Jahres 2003“ errang der Betrieb „Blumen Seil“ in Bleckede, Landkreis Lüneburg. Als zweiter Sieger ging die „Gärtnerei Arkenau“ in Delmenhorst, Landkreis Oldenburg, aus dem Wettbewerb hervor. Der „Gemüse- und Pflanzenhof Lüske“ in Höttinghausen, Landkreis Cloppenburg, belegte den dritten Platz. Mit einem Sonderpreis wurde die Gärtnerei „Blumen und Pflanzen Jaeger“ in Quakenbrück, Landkreis Osnabrück, ausgezeichnet.



Stimmungsvolle, ideenreiche Warenpräsentation



Modernster Technikeinsatz

Fotos: H. Bartels

In Niedersachsen und Bremen veranstalteten die Landwirtschaftskammern Hannover und Weser-Ems, die Gartenbaukammer Bremen, der Nordwestdeutsche Gartenbauverband e.V. sowie der Landesverband Gartenbau Niedersachsen den Wettbewerb zum siebten Mal und ehrten am 28. April 2003 vier Betriebe für ihre besonderen Leistungen in den Bereichen Verkauf, Produktion und Dienstleistung. Die ausgewählten Betriebe besitzen Vorbildcharakter und geben Entwicklungsstrategien vor, mit denen Einzelhandelsgärtnereien dem Konkurrenzdruck von Seiten fachfremder Anbieter, die Blumen und Pflanzen meist zu niedrigeren Preisen vermarkten,

### Gärtnerei des Jahres 2003: Blumen Seil

1927 gründete Heinrich SEIL den Betrieb, der heute von dessen Sohn und Enkel geleitet wird, als Gemüse- und Friedhofsgärtnerei. Seit der Eröffnung eines Blumengeschäftes Ende der 60er Jahre rückte der Zierpflanzenbau in wachsendem Maße in den Vordergrund. Seit 1990 erfolgten neben dem Neubau der Aktions- bzw. Saisonhalle verschiedene Erweiterungs- sowie Modernisierungsmaßnahmen wie die Einführung der Ebbe-Flutbewässerung.

Für die Produktion von Stauden, Beet- und Balkonpflanzen, Topf- und Schnittblumen stehen 1 600 m<sup>2</sup> Gewächshausfläche zur Verfügung. Der Vertrieb spielt sich sowohl auf einer 1 000 m<sup>2</sup> großen Verkaufsfläche unter Glas als

auch auf einer Freiverkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> ab. Zusätzlich zu vier Familienangehörigen (zwei Floristinnen, zwei Gärtnermeister) arbeiten ein Auszubildender, zwei weitere Floristinnen und sechs Aushilfen auf dem Betrieb.

Der Betrieb überzeugte durch eine stimmungsvolle, ideenreiche Warenpräsentation, die Vielfalt und Qualität in der Pflanzenproduktion sowie eine qualifizierte Kundenberatung. Durch ihr außergewöhnliches Marketing und ihr Dienstleistungsangebot hob sich die sog. Erlebnisdüngerei, die seit 1998 mit dem „Team kreativer Gärtner und Floristen“ kooperiert, von den anderen Wettbewerbsteilnehmern/-innen ab. Ein Beispiel ist der Frühpflanzservice: Die Balkonkästen der Kunden werden am Frühjahrsanfang bepflanzt und so lange in der Gärtnerei gepflegt, bis das Wetter es zulässt, sie ins Freie zu bringen.

Wie in den vergangenen sieben Jahren fand die Ehrung der Preisträger/-innen auf dem Siegerbetrieb statt. Dr. Ralf PAESCHKE, Ministerialdirigent im Niedersächsischen Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz überreichte die Urkunde „Gärtnerei des Jahres 2003“ und die Medaillen.

### Gärtnerei Arkenau

Die Gründung des in der vierten Generation geführten Betriebes geht auf das Jahr 1905 zurück. In drei Bauabschnitten wurde die Gärtnerei erweitert und mit modernster Technik ausgestattet, dazu gehören Energieschirme, Assimilationsbelichtung und Klimacomputer.

Etwa 100 000 Beet- und Balkonpflanzen, die überwiegend im eigenen Laden verkauft werden, wachsen in den Gewächshäusern mit einer Gesamtfläche von ca. 5 000 m<sup>2</sup>. Das vielseitige und hinsichtlich der Artenauswahl und Floristik hervorragende Sortiment

an Pflanzen und Blumen liegt in der Qualität weit über dem üblichen Standard.

Ralf ARKENAU, dessen Betrieb den zweiten Platz belegt hat, beschäftigt einen Gärtnermeister, sechs Floristinnen in Voll- bzw. Teilzeit und ein bis drei Auszubildende.

### Gemüse- und Pflanzenhof Lüske

Beim dritten Sieger handelt es sich um einen ehemals landwirtschaftlichen Betrieb. 1960 erfolgte die Umstellung zum Gemüseanbau, dem sich rund zehn Jahre später die Produktion von Beet- und Balkonpflanzen anschloss.

Der Verkauf der Erzeugnisse auf heute 2 800 m<sup>2</sup>

Fläche wurde in den 90er Jahren zunehmend professionalisiert: Es wurden zwei Verkaufsgewächshäuser, in denen Pflanzen, Gartenbedarf und Geschenkartikel angeboten werden, sowie eine marktähnliche Anlage für Obst und Gemüse errichtet. Zudem stach der Betrieb von Wolfgang LÜSKE durch seinen vorbildlichen Internetauftritt hervor.

Auf dem Gemüse- und Pflanzenhof gehen sechs Vollzeitkräfte, zehn Teilzeitkräfte und auch die Eltern des Betriebsleiters den gärtnerischen und floristischen Tätigkeiten nach.

Vorbildlicher Internetauftritt



Vorbildliche Marketingaktivitäten

### Blumen und Pflanzen Jaeger

Aufgrund seiner ausgedehnten Marketingaktionen erhielt der Betrieb von Annemarie und Helmut JAEGER einen Sonderpreis in Form einer Münze. „Gartenevents“ wie die Advents-Nachtshow steigerten den Bekanntheitsgrad der erst vor zehn Jahren eröffneten Gärtnerei erheblich.

Im Unternehmen mit einer 5 000 m<sup>2</sup> umfassenden Verkaufsfläche, von der 900 m<sup>2</sup> überdacht sind, arbeiten neben dem Inhaberehepaar drei Floristinnen und sechs Teilzeitmitarbeiter/-innen.

- ce -



## Ländlicher Raum

ASG-Erhebung zu Grundschulstandorten im ländlichen Raum:

### Große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Offke Schmidt\*

In einer bundesweiten Umfrage der ASG bei den Kultusministerien der Länder (mit Ausnahme der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg) und den Statistischen Landesämtern wurde nach der Entwicklung der Zahl der Grundschulen, der Schülerzahlen und der Einschulungen seit 1995 gefragt. Außerdem wurden Fragen nach der Mindestschülerzahl für Grundschulklassen, den Gründen für Schulschließungen sowie nach Alternativen zu Schulschließungen gestellt. Die Antworten aus neun Bundesländern sind in die Auswertung eingeflossen und werden im Folgenden vorgestellt.



Mit der Konzentration der Schulstandorte – meist in neugeschaffenen Schulzentren – verlängerten sich die Schulwege der Schüler/-innen

Die Infrastrukturausstattung auf dem Lande ist permanenten Veränderungen unterworfen. Generell ist sie in ländlichen Gemeinden schwächer ausgebildet als in städtischen. Diese Diskrepanz verstärkt sich tendenziell in Richtung peripherer ländlicher Gebiete (vgl. Henkel 1995:235). Die Gründe hierfür liegen vielfach in den Kosten von Infrastruktureinrichtungen, die durch die meist geringere Anzahl der Nutzer/-innen – gerade im ländlichen Raum – sehr hoch sind. Deshalb kommt es immer wieder zur öffentlichen Diskussion um deren Auslastung und Rentabilität.

Dem gegenüber steht die Frage, welchen Richtwerten eine optimale Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen folgen sollte. Die Raumordnungspolitik strebt gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Staates an. Diese schließen eine angemessene Infrastrukturversorgung in zumutbarer Entfernung in ländlichen Regionen ein. Es zeigt sich jedoch, dass es keine eindeutigen quantitativen und qualitativen Sollwerte für Mindeststandards an In-

Fotos: M. Busch

\* Offke Schmidt, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ASG



Infrastruktur für die unterschiedlichen Raum- und Siedlungstypen gibt, die ggf. eine Unter- oder Überversorgung anzeigen könnten. Daraus folgt, dass die Ermittlung des Bedarfs an Infrastruktur letztlich auch eine politische Entscheidung ist, die von Bundesland zu Bundesland oder von Kommune zu Kommune variieren kann und variiert.

Wie andere Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum unterlag und unterliegt auch die Schullandschaft seit einigen Jahrzehnten den Einflüssen von Bevölkerungsrückgang, politischen Entscheidungen und finanziellen Vorgaben.

### Von der Dorfschule zum Schulzentrum

In den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts gab es noch in nahezu jedem, auch kleineren Dorf in Deutschland eine Schule. Je nach Anzahl der Schulkinder wurden mehrere Jahrgänge in einem Klassenverband zusammengefasst. Mitte der 60er Jahre kam es infolge einer umfassenden Reform des ländlichen Bildungswesens, der die Identifizierung einer deutschen „Bildungskatastrophe“ vorausging, zu einer massiven Zentralisierung der schulischen Bildungseinrichtungen. Konkret bedeutete dies flächenhafte Schulschließungen auf dem Lande (vgl. Henkel 1995:243). Im gesamten Bundesgebiet lag die Zahl der Schulschließungen vor 1990 bei etwa 10 000. In einigen Regionen kam es zu drastischen schulischen Ausdünnungen. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg etwa wurde die Zahl der Schulstandorte von 80 im Jahr 1970 auf 18 im Jahr 1977 reduziert. Mit der Konzentration der Schulstandorte – meist in neugeschaffenen Schulzentren – verlängerten sich die Schulwege der Schüler/-innen um ein Vielfaches und der Schulbus wurde das mit Abstand am meisten genutzte Verkehrsmittel der Schüler.

Erst später wurden die Nachteile der Schulschließungen und -konzentration wahrgenommen. Besonders bei den kleinen Kindern kam es zu physischen und psychischen Belastungen durch den Bustransport und die längere Abwesenheit vom Elternhaus. Pädagogen begannen, die Schule nicht nur unter dem Leistungsaspekt zu sehen, sondern auch als Erziehungsraum zu Kooperation und Kommunikation. Der Verlust der Dorfschule brachte zudem nicht nur Nachteile für betroffene Kinder und Eltern, sondern mit der Schule verlor das gesamte Dorf seine kulturelle und soziale Mitte. Henkel stellt fest, dass die Dorfgemeinschaft ihren wesentlichen Zusammenhalt durch die gemeindliche Selbstverwaltung sowie kommunale Gemeinschaftseinrichtungen wie Schule und Feuerwehr erhielt (vgl. Henkel 1995:73). Die Ausstattung mit Schulen trägt somit zum Wohnwert eines Ortes bei, weil die dörfliche Schule neben ihrer Funktion als Bildungsstätte eine wichtige Rolle für das lokale öffentliche Leben spielt.

Zu einer erneuten Wende in der Schulpolitik kam es 1986, als das Kultusministerium in Baden-Württemberg die Eröffnung dörflicher Grundschulen ab 40 Kindern erlaubte. In den meisten in Frage kommenden Gemeinden kam es zu sofortigen Wiedereinrichtungen von Schulen. Gleichwohl bestanden schon damals große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen z. B. lag die Mindestschülerzahl zur Neu- bzw. Wiedereinrichtung einer dörflichen Grundschule bei 120 Kindern. Nach Henkel gab es z. B. in Nordrhein-Westfalen zahlreiche große Dörfer, aus denen täglich etwa 100 Grundschüler/-innen mit Bussen in entfernte Schulzentren transportiert wurden, während in den Dörfern selbst große historische, bisweilen denkmalgeschützte Schulen leer standen. Seit der Wiedervereinigung ist eine neuer-

liche Wandlung der Schullandschaft zu beobachten.

### Wohnortnähe ist in Ostdeutschland vielerorts nicht mehr gewährleistet

Die Zahl der Grundschulen in **Sachsen** hat sich von insgesamt 1 235 im Jahr 1995 auf heute 885 verringert (s. Tab. 1). Davon waren Orte mit mehr als 2 000 Einwohnern/-innen prozentual weniger stark betroffen als kleinere Dörfer und Gemeinden. In Orten mit über 2 000 Einwohnern/-innen nahm die Zahl der Grundschulen um 26 % ab, in Orten mit weniger als 2 000 Einwohnern/-innen um 54 %. In Orten mit weniger als 1 000 Einwohnern/-innen gab es 1995 sieben Grundschulen, im Jahr 2000 waren es noch zwei, heute gibt es keine mehr. Von den 97 Grundschulen, die es 1995 in den Orten Sachsens mit weniger als 2 000 Einwohnern/-innen gab, existieren heute noch 45.

In **Mecklenburg-Vorpommern** hat sich die Zahl der Grundschulen von insgesamt 557 im Jahr 1995 auf 428 im Jahr 2000 und schließlich auf den heutigen Stand von 382 vermindert. Das entspricht einem Rückgang um 31 % in acht Jahren.

In **Thüringen** waren es 1995 690 Grundschulen, 2000 noch 527, heute gibt es in Thüringen 501 Grundschulen und damit 27 % weniger als 1995.

In **Rheinland-Pfalz** dagegen gibt es heute 14 Grundschulen mehr als im Jahr 1995, als es 977 waren. 1995 befanden sich in Orten mit weniger als 2 000 Einwohnern/-innen 374 Grundschulen, im Jahr 2000 waren es in diesen Orten 366 und heute sind es 365. Die Zahl der Grundschulen in Dörfern unter 500 Einwohnern/-innen sank von 19 auf 17 und liegt heute bei 15. Ortschaften mit mehr als 2 000 Einwohnern/-innen hatten 1995 603 Grundschulen, 2000 waren es 620 und heute sind es 626. Das bedeutet, dass die

Grundschulen in kleineren Gemeinden nur geringfügig weniger geworden sind (2 %), während sie in den größeren Ortschaften von Rheinland-Pfalz leicht zunahm (um knapp 4 %).

Ein ähnliches Ergebnis liefert **Niedersachsen**. 1995 hatte Niedersachsen 1 862 Grundschulen, fünf Jahre später waren es 1 875, heute sind es 1 877, d. h. es gibt in Niedersachsen heute 15 Grundschulen mehr als noch vor acht Jahren.

Auch in **Bayern** hat sich die Zahl der Grundschulen seit 1995 von insgesamt 2 312 auf 2 323 im Jahr 2000 erhöht und liegt heute gleichbleibend bei 2 323.

Im **Saarland** gab es 1995 270 Grundschulen, heute ist es eine weniger.

### **Rückgang der Schülerzahlen an Grundschulen in Ostdeutschland um mehr als die Hälfte**

Die Entwicklung der Zahl der Grundschulen hängt in den neuen Bundesländern unmittelbar mit dem Rückgang der Schüler/innenzahlen zusammen. Während es in **Sachsen** 1995 noch 222 803 Grundschüler/-innen gab, sind es heute nur noch 95 195, das entspricht einer Abnahme um 57 %. Ähnlich sieht es in **Thüringen** und **Mecklenburg-Vorpommern** aus. Die Zahl der Grundschüler/-innen sank in Mecklenburg-Vorpommern von 105 006 (1995) auf 50 909 (2000) und liegt heute bei 39 883. Die Zahl hat sich damit in acht Jahren um 62 % verringert. Auch in Thüringen gibt es heute im Vergleich zu 1995 59 % weniger Grundschüler/-innen. Waren es 1995 noch 128 882, sind es heute 52 777.

Der starke Rückgang der Schüler/innenzahlen ist eine Folge von Abwanderung und Geburtenrückgang in Ostdeutschland. Zwischen Ende 1949 und Ende 1999 verringerte sich die Bevölkerung in der

ehemaligen DDR bzw. in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin um 3,5 Mio., wobei der Höhepunkt der Abwanderung 1989/90 lag. Seit 1998 fällt auf, dass die Entwicklungen bei Männern und Frauen unterschiedlich ausfallen. Während sich bei den Männern die Zu- und Fortzüge annähernd die Waage halten, ziehen mehr Frauen aus den neuen Bundesländern weg als hinzu. Vor allem 18- bis 25-jährige Frauen haben die neuen Länder verlassen (vgl. Werz 2001:27).

In **Mecklenburg-Vorpommern** z. B., dem Land mit der geringsten Bevölkerungsdichte Deutschlands, lag der Bevölkerungsverlust nach 1990 aufgrund von Migration bei 90 000 Personen oder 4,5 %, die Geburten gingen um zwei Drittel auf 12 589 im Jahr 1999 zurück. Von den jungen Frauen, der „demographisch aktivsten Gruppe“, würden von 1 000 neugeborenen Mädchen nach dem derzeitigen Trend 700 im Land bleiben, während es bei den neugeborenen Jungen 850 wären.

In **Sachsen**, dem bevölkerungsreichsten und am dichtesten besiedelten neuen Bundesland ist die Bevölkerung in zehn Jahren um 570 000 Einwohner/-innen zurückgegangen, das entspricht einem Rückgang um 11,3 %. Infolge der rapiden Abnahme der Zahl der Jüngeren durch niedrigere Geburtenzahlen und Wanderungsverluste, schreitet die Alterung der Bevölkerung weiter voran.

Insgesamt verringerte sich die Zahl der Grundschüler/-innen in Ostdeutschland im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 % (bundesweit um 2,1 %) (vgl. Statistisches Bundesamt 2003). Da die jeweilige Bevölkerungsvorausberechnung Arbeitsgrundlage der Landesregierungen für die Planung im Bildungs- und Schulbereich ist, zeigen sich die Konsequenzen des starken Geburteneinbruchs im Zuge des politischen Umbruchs und der Transformation besonders im Schulbereich.

### **Leichter Rückgang der Schülerzahlen in Westdeutschland**

Obwohl die Schüler/innenzahlen auch in einigen alten Bundesländern zurück gingen, haben die Rückgänge bei weitem nicht eine solche Dimension erreicht wie in den neuen Bundesländern. In **Rheinland-Pfalz** beispielsweise waren es 1995 179 199 Grundschüler/-innen, heute sind es 172 433 (die Abnahme liegt bei 3,7 %). Auch im **Saarland** und in **Nordrhein-Westfalen** sank die Zahl der Grundschüler/-innen von 1995 bis heute, im Saarland um 9 % und in Nordrhein-Westfalen um 2,7 %. In einigen alten Bundesländern ist die Zahl der Grundschüler/-innen leicht gestiegen, so in **Bayern** und **Niedersachsen**.

In Westdeutschland gab es insgesamt 1,8 % weniger Grundschüler/-innen als im Vorjahr (vgl. Statistisches Bundesamt 2003).

### **Mehr Einschulungen in Ostdeutschland**

Die Zahl der Einschulungen stieg im Vergleich zum Vorjahr in den neuen Ländern mit 6,6 % deutlich stärker als im früheren Bundesgebiet mit 1,6 %. In Ostdeutschland gibt es erstmals seit der Wiedervereinigung mehr Schulanfänger/-innen als im Vorjahr (vgl. Statistisches Bundesamt 2002). Dennoch war die Zahl der Einschulungen im Schuljahr 2002/2003 in Ostdeutschland mit rund 108 700 nur noch etwa halb so hoch wie 1992/1993.

In **Mecklenburg-Vorpommern** ist die Zahl der Einschulungen von 24 751 im Jahr 1995 auf 9 619 im Jahr 2000 gefallen. Im laufenden Schuljahr gab es in Mecklenburg-Vorpommern 10 339 Einschulungen. In **Sachsen-Anhalt** ist die Zahl der Einschulungen auch nach 2000 nicht wieder angestiegen. 1995 gab es in Sachsen-Anhalt 34 417 Einschulungen, 2000 waren es 15 527, in diesem Schuljahr wurden 15 109 Schüler/-innen

Tabelle 1: Anzahl der Grundschulen, Schüler/-innen und Einschulungen

	Anzahl der Grundschulen			Anzahl der Schüler/-innen			Anzahl der Einschulungen		
	1995	2000	2002/03	1995	2000	2002/03	1995	2000	2002
<b>Bayern</b>	2 312	2 323	2 323	505 228	524 587	513 215	129 182	124 719	121 766
<b>Hessen</b>	1 186	1 205	-	253 123	258 151	-	64 159	606 20	-
<b>Mecklenburg-Vorp.</b>	557	428	382	105 006	50 909	39 883	24 751	96 19	10 339
<b>Niedersachsen</b>	1 862	1 875	1 877	342 006	361 837	347 410	86 981	86 188	84 847
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	3 424	3 464	3 462	804 701	824 229	782 765	-	-	-
<b>Rheinland-Pfalz</b>	977	986	991	179 199	183 005	172 433	45 888	44 498	41 684
<b>Saarland</b>	270	269	269	45 435	44 742	41 248	11 547	10 621	10 102
<b>Sachsen</b>	1 235	987	885	222 803	118 170	95 195	5 1937	23 071	24 527
<b>Thüringen</b>	690	527	501	128 882	65 693	52 777	30 432	13 068	13 818

Quelle: ASG 2003

eingeschult. In **Sachsen** fiel die Zahl der Einschulungen von 51 937 im Jahr 1995 auf 23 071 im Jahr 2000. Im laufenden Schuljahr gab es 24 527 Einschulungen.

In den westdeutschen Bundesländern sind die Einschulungen seit 1995 kontinuierlich zurück gegangen. In **Niedersachsen** wurden 1995 86 981 Kinder eingeschult, 2000 waren es 793 weniger, im laufenden Schuljahr wurden erneut 1 341 Kinder weniger eingeschult. Die Zahl lag bei 84 847. Eine ähnliche Tendenz lässt sich in **Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern** und im **Saarland** beobachten, wo es überall zu einem Rückgang der Einschulungszahlen gekommen ist.

### Mindestschülerzahlen variieren von Bundesland zu Bundesland

Die Festlegung der Mindestschülerzahl von Klassen und der Mindestklassenzahl von Grundschulen ist Berechnungsgrundlage bei der Entscheidung, ob Grundschulstandorte geschlossen werden. Ist die Mindestschülerzahl zu hoch angesetzt, so wird die erforderliche Klassenstärke

schwerer erreicht und die Minimalgröße leichter unterschritten, was ein Anlass zur Schulschließung sein kann. Insbesondere Grundschulen in ländlichen Regionen haben Schwierigkeiten, die erforderliche Schüler/-innenzahl bzw. die nötige Anzahl an Klassenzügen zu erreichen. Daher drohen insbesondere Schulschließungen kleiner ländlicher Standorte. Die Regelungen für die Mindestschülerzahl variieren von Bundesland zu Bundesland und werden teilweise auch von den geographischen Bedingungen einzelner Bundesländer vorgegeben.

So gibt es beispielsweise in **Schleswig-Holstein** auf den Inseln und Halligen manchmal nur eine/-n Schüler/-in pro Klasse und zahlreiche 2-klassige oder 1-klassige Schulen. Nach Auskunft des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur würden in Schleswig-Holstein kleine Schulen bestehen bleiben, wenn der Schulträger es für richtig halte.

In **Niedersachsen** ist für Grundschulen eine Mindestschüler/-innenzahl von 20 vorgesehen, es muss außerdem mindestens eine

Klasse pro Jahrgang geben. Die Mindestschülerzahl darf in Niedersachsen nur bei Einzügigkeit unterschritten werden.

In **Hessen** beträgt die Mindestklassengröße für die Grundschule 13 Schüler/-innen. Vorgaben für die Mindestgröße von Schulen gibt es in Hessen nicht.

**Baden-Württemberg** geht von einer Mindestklassengröße von 16 Schülern/-innen aus und hat keine Minimalgrößen für Schulen festgelegt.

In **Bayern** beträgt die Mindestschüler/-innenzahl 13. Eine selbstständige Grundschule muss aus mindestens zwei (jahrgangskombinierten) Klassen bestehen. Grundschulen mit jahrgangskombinierten Klassen müssen in Bayern eine Gesamtheit von mindestens 40 Schülern/-innen aufweisen.

Im **Saarland** gibt es keine Vorgaben zur Minimalgröße einer Klasse. Die kleinsten Grundschulen müssen insgesamt mindestens zwei Klassen bilden. In diesem Fall werden die Schüler/-innen der ersten und zweiten so-



Grundschulen in ländlichen Regionen haben zunehmend Schwierigkeiten, die vorgegebenen Schülerzahlen zu erreichen.

wie der dritten und vierten Klassenstufe gemeinsam unterrichtet.

**Mecklenburg-Vorpommern** sieht für die Klassenbildung mindestens 14 Schüler/-innen vor. Eine Grundschule kann ab 56 Schüler/-innen gebildet werden. Bei der Teilnahme am Programm „Grundschule auf dem Lande“ und jahrgangsübergreifendem Unterricht sind sieben Schüler/-innen pro Jahrgangsstufe und 28 Schüler/-innen pro Grundschule ausreichend.

In **Sachsen** sind 15 Schüler/-innen je Klasse und eine Klasse pro Jahrgang vorgeschrieben. Angesichts der Entwicklung der Schülerzahlen in Sachsen ist dies eine sehr rigide Vorgabe, die mit verantwortlich ist für die Ausdünnung der Grundschulen in den kleinen Dörfern.

### Schließung von Grundschulstandorten vor allem in Ostdeutschland

In Folge des Rückgangs der Schüler/-innenzahlen wurden vielerorts die vorgegebenen Mindestschülerzahlen unterschritten und es kam zu Schulschließungen. Diese Entwicklung birgt die

Gefahr einer Konzentration der Schülerströme auf große Schulstandorte in den Städten, was sich dort in größeren Klassen niederschlägt. Gleichzeitig trägt die mangelhafte Schulversorgung auf dem Land zu einer ungleichen Verteilung der Bildungschancen in ländlichen Regionen bei.

In **Thüringen** waren nach Auskunft des Kultusministeriums der ländliche und der städtische Raum gleichermaßen von der Schließung von Grundschulstandorten betroffen. Die Schließung von Grundschulstandorten führt das Kultusministerium des Freistaates Thüringen auf den dramatischen Rückgang der Geburten nach 1989/90 zurück. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in **Mecklenburg-Vorpommern** gibt als Gründe stark rückläufige Schülerzahlen an. Das **Sächsische** Staatsministerium für Kultus verweist auf ein „Fehlen des öffentlichen Bedürfnisses“.

Dem gegenüber ist es in den alten Bundesländern seit 1995 nur ganz vereinzelt zur Schließung von Grundschulstandorten gekommen. Im **Saarland** wurden aus ökonomischen Gründen im Zusammenhang mit einem Schüler-

rückgang und wegen Standortverlagerungen zwei Grundschulen geschlossen. Die Bundesländer **Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hessen** und **Bayern** gaben an, dass seit 1995 keine Grundschulen geschlossen worden seien.

### Modell „Kleine Grundschule“ als Alternative zur Schulschließung

Im Zuge des fortschreitenden Schülerrückgangs haben einige Bundesländer Anstrengungen unternommen, um Grundschulstandorte zu erhalten.

Dazu zählt das Programm „Grundschule auf dem Lande“, das das Kultusministerium **Mecklenburg-Vorpommern** 1996 ins Leben gerufen hat.

Darin wird auch die Bedeutung der Schule für das Dorfleben hervor gehoben. Die Idee besteht darin, auf die sinkenden Schüler/-innenzahlen mit neuen pädagogischen und organisatorischen Maßnahmen zu reagieren. Diese sollen dazu führen, Grundschulen, die unter die Einzügigkeit, also unter die für die Bildung einer Grundschulklasse festgesetzte Zahl pro Jahrgang sinken, nicht aufzulösen, sondern sie als „Kleine Grundschulen“ bestehen zu lassen. Erst wenn die Mindestschüler/-innenzahl von 28 Schülern/-innen pro Schule unterschritten ist und die Schulwegzeit der dann in Anspruch zu nehmenden Schule unter 2 x 40 Min. bleibt, soll es möglich sein, die Schule zu schließen.

Es gibt zwei Formen der „Kleinen Grundschule“: als selbstständige Schule oder im Schulverbund, d. h. als unselbstständige Außenstelle einer woanders gelegenen Grundschule. Der Unterricht findet jahrgangsübergreifend bzw. in Lerngruppen statt. Neben Mecklenburg-Vorpommern haben auch **Brandenburg, Sachsen-Anhalt** und **Thüringen** das Modell der „Kleinen Grundschule“ eingerichtet. In **Sachsen** gibt es Forderun-



gen, die Mindestschüler/-innenzahl an Grundschulen von bisher 15 auf zehn zu senken, um Schulstandorte erhalten zu können. Diese Forderungen sind von der Landesregierung bisher jedoch abgelehnt worden. Hier gibt es keine Kleinen Grundschulen und keinen Unterricht in jahrgangsübergreifenden Klassen.

**Mecklenburg-Vorpommern** führt heute Unterricht in 43 „Kleinen Grundschulen“ durch. In **Thüringen** gab es 1995 13 Grundschulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen, 2000 waren es 69, im laufenden Schuljahr wird an 55 Grundschulen in klassenstufenübergreifenden Klassen unterrichtet. Derzeit erhalten in Thüringen 3 039 Kinder Unterricht in jahrgangsübergreifenden Klassen.

Auch in einigen westdeutschen Bundesländern ist Unterricht in jahrgangsübergreifenden Klassen möglich. In **Hessen** gibt es in einzelnen Regionen Schulversuche. Jahrgangsübergreifende Klassen müssen gebildet werden, wenn die Mindestgröße von 13 Schülern/-innen unterschritten wird. Die Zahl solcher Klassen und der betroffenen Schulen ändert sich von Jahr zu Jahr. In einigen Schulträgerbereichen in Hessen gibt es Kernschulen mit Außenstellen.

Auch in **Bayern** und **Baden-Württemberg** können bei besonderen örtlichen Gegebenheiten an den Grundschulen ausnahmsweise zwei Jahrgangsstufen in einer Klasse zusammen gefasst werden. 1995 gab es in Bayern 64 Grundschulen mit zwei bzw. drei Klassen, 2000 waren es 29, heute gibt es 26 Grundschulen, in denen klassenübergreifend unterrichtet wird. In Baden-Württemberg hatten im Jahr 2001 neun Schulen sog. Kombinationsklassen.

### **Grundsatz der Wohnortnähe ist wichtiges Kriterium für Schulerhalt**

Auf die Frage, welche Überlegungen beim Erhalt von Grund-

schulstandorten im ländlichen Raum eine Rolle spielen, gab das Kultusministerium **Mecklenburg-Vorpommern** den Erhalt eines wohnortnahen Grundschulangebots an.

Auch **Hessen** und **Bayern** lassen sich vom Grundsatz der wohnortnahen Grundschule leiten. In Hessen ist letztlich die Qualität des Schulangebots maßgeblich. Bayern prognostiziert, dass auch in Zeiten des jetzigen Schülerrückgangs das Netz der Grundschulen keiner grundsätzlichen Korrekturen bedarf. Eine etwaige Auflösung von Grundschulen wird sich auf ganz wenige Ausnahmefälle beschränken.

Im **Saarland** sind keine nennenswerten Überlegungen zum

Erhalt von Schulstandorten im ländlichen Raum bekannt. Bei einem erheblichen Rückgang der Schülerzahlen in der Zukunft seien Schulschließungen, auch im ländlichen Raum, unvermeidlich.

### **Grundschulversorgung in Ostdeutschland wird zur bildungspolitischen Herausforderung**

Die dargestellte Entwicklung der Grundschulen und der Schülerzahlen in den neuen und den alten Bundesländern legt folgende Schlüsse nahe:

- es gibt bundesweit große Unterschiede, insbesondere in der Entwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland,



Die Ausstattung mit Schulen trägt zum Wohnwert eines Ortes bei

- während Grundschulschließungen in Westdeutschland in den letzten acht Jahren kaum vorkamen, stellen sie in den neuen Ländern ein massives Problem dar,
- vom Abbau der Grundschulen ist der ländliche Raum wesentlich stärker betroffen als die städtischen Gebiete.

In Ostdeutschland ist die Grundschulversorgung im ländlichen Raum zur bildungspolitischen Herausforderung geworden, auf die teilweise bereits mit konkreten Maßnahmen reagiert wird. Dabei hat sich der jahrgangsübergreifende und altersgemischte Unterricht als eine Option heraus gestellt, die nicht nur den zurück gehenden Schülerzahlen entgegen kommt, sondern auch aus pädagogischer Sicht sinnvoll erscheint. Gleichwohl wird diese Ansicht nicht in allen Bundesländern geteilt. Die Landesregierung in Sachsen lehnt jahrgangsgemischte Klassen nach wie vor ab, weil sie erfolgreiches Lernen nur in relativ großen, homogenen Gruppen gewährleistet sieht. Empirisch sei diese Einschätzung jedoch kaum haltbar, so Fehrmann (2003), der auf gute Erfahrungen mit kleinen, jahrgangsgemischten Klassen in anderen Ländern verweist. Nicht zuletzt fördere die Auseinandersetzung mit Kindern anderer Ent-

wicklungsstufen in hohem Maße die soziale Kompetenz. Die Schüler/-innen entwickelten in Kleinschulen eine besondere Kultur der Solidarität im Hinblick auf die Organisation der selbstständigen Arbeit (vgl. Sutter-Moosbrugger 2002:4).

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) geht von einer weiteren Westverlagerung der Bevölkerung mit einem weiter sinkenden Anteil Ostdeutschlands an der Gesamtbevölkerung aus. Zu den benachteiligten Gebieten zählen vor allem der ländliche und periphere Raum. (vgl. Werz 2001:28). Vor diesem Hintergrund wird es in Ostdeutschland auch in Zukunft darauf ankommen, Möglichkeiten zu finden, mit denen zum einen der Grundsatz der Wohnortnähe von Grundschulen gewahrt werden kann und die zum anderen die Schule als kulturellen Kern eines Dorfes erhalten. Nicht zuletzt sind dabei auch die Lehrkräfte mit innovativen Ideen und der Bereitschaft gefragt, alternative Schulmodelle zu realisieren.

### Ausblick

Die Suche nach innovativen Konzepten wird umso wichtiger, als sich die Bevölkerungszahlen in den kommenden Jahrzehnten auch im Westen aller Voraussicht

nach verändern werden. Nach Ergebnissen der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird die Bevölkerung Deutschlands in den nächsten 50 Jahren um mindestens 12 Mio. abnehmen (vgl. Statistisches Bundesamt 2002). Die Einwohnerzahl Deutschlands wird von heute 82 Mio. auf 65 bis 70 Mio. – je nach Annahmen zur Zuwanderung – fallen. Es wird davon ausgegangen, dass in den kommenden fünf Jahrzehnten – wie in den letzten drei – mehr Menschen sterben als Kinder geboren werden.

Vor dem Hintergrund dieser demographischen Entwicklung verdienen die Schulkonzepte in Ostdeutschland, die bereits auf das Problem zurück gehender Schülerzahlen reagieren, besondere Beachtung. Es sind gewissermaßen Modellprojekte, die versuchen, pragmatische Antworten auf die Frage zu finden, wie eine sinkende Zahl von Schülern/-innen wohnortnah sowie pädagogisch sinnvoll und finanziell machbar unterrichtet werden kann. Die Erfahrungen mit diesen Konzepten werden im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit nach Westdeutschland, ihren pädagogischen Erfolg und ihre Bedeutung für den ländlichen Raum in Zukunft von wachsendem Interesse für die alten Bundesländer sein.

## LITERATUR

- Fehrmann, Dominik: Die Schule im Dorf lassen. In: Süddeutsche Zeitung vom 25.02.2003
- Henkel, Gerhard: Der Ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart 1995
- Sutter-Moosbrugger, Marina: Blick über die Grenzen: Altersgemischtes Lernen – hier und anderswo. Appenzell 2002
- Statistisches Bundesamt: Pressemitteilungen vom 05.03.2003, 14.11.2002 sowie Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050
- Werz, Nikolaus: Abwanderung aus den neuen Bundesländern von 1989 bis 2000. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 39-40/2001, 23-31

# Ökologische Siedlungsentwicklung aktiv gestalten – das Beispiel Offensen

Klaus Karweik\*

Als Beitrag zur Expo 2000 wurde in der Gemeinde Wienhausen für das Dorf Offensen das Detailprojekt „Ökologische Siedlungsentwicklung aktiv gestalten“ im Rahmen der Bund-Länder-Initiative „DORF 2000“ entwickelt. Die Siedlungserweiterung soll in der einmaligen Flächen- und Gebietswidmung „besonderes Wohngebiet (WB)“ dem ländlich-dörflichen Grundgedanken von Wohnen und Arbeiten am Lebensort im Einklang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und dem unmittelbaren Umfeld Rechnung tragen. Ihren Ursprung hatte die Idee einer überschaubaren Siedlungsentwicklung Jahre vorher im Arbeitskreis Dorferneuerung.

## Ständiger Wandel prägt Dörfer

Die Gestalt der Dörfer unterliegt einem ständigen Wandel. Nicht nur in Niedersachsen, sondern

weltweit sind die Zeichen der Veränderung spürbar und erlebbar. Gleichwohl gibt es eindeutige Merkmale, die das dörfliche Leben und Wirken von dem in städtischem Gefüge unterscheiden. Unbenommen des stetigen Rückzugs der Landwirtschaft aus den Gebäuden und den Dorflandschaften sind eindeutige Merkmale noch kennzeichnend und latent vorhanden. Dieses gilt vor allem für die historisch gewachsenen Ortslagen der Dörfer.

Dazu gehören die regionaltypische Bauweise durch Verwendung von Materialien des unmittelbaren Umfelds des Dorfes, die Art des Verbauens der Materialien, die Umsetzung dieser Baustoffe und die Verarbeitung zu Formen, die den Funktionen Wohnen und Arbeiten gerecht werden. Die Anordnung der daraus entstehenden Gebäude zu Höfen, die wiederum in ihrer Vielzahl die Siedlungsstruktur des Dorfes ausmachen, das darin enthaltene Geflecht arbeitswirtschaftlicher und sozialer Beziehungen der Dorfgemeinschaft, aber auch der direkt an den Standort gebundene technische Betrieb der Gebäude sowie die Verflechtungen mit Natur und Landschaft sind nur einige, aber wesentliche Merkmale. Diese ge-

Offensen, ein landwirtschaftlich geprägtes Dorf mit etwa 400 Einwohnern, liegt ca. 3 km östlich von Wienhausen an der Kreisstraße 50 im Landkreis Celle.

Die Siedlungsstruktur Offensens ist nach wie vor stark landwirtschaftlich geprägt. Das Dorf entstand unmittelbar südlich der Aller auf niedrigen Dünen. Die Anordnung der weitläufig gelegenen Hofstellen mit den dazwischen befindlichen vielfältigen Freiräumen lässt einen dreieckigen Siedlungsgrundriss erkennen.

Besonders ortsbildprägend erscheint dem Betrachter der westliche Ortsrand mit der für die Region typischen Bebauung, dem das Hofensemble bildenden niederdeutschen Hallenhaus und die es umstellenden Neben- und Wirtschaftsgebäude, die in einen alten Eichenbestand eingebettet sind, der gleichzeitig die Straße alleeartig säumt.

ben das Detail und das Ganze in eine daraus resultierende Form als baulich materieller Spiegel dieser Wirkungszusammenhänge.

## Leitbild der Ortserweiterung: Vorbild und nicht Ebenbild, Nachempfinden und nicht Nachahmen

Vor dem Hintergrund der Entscheidung, eine harmonisierende, adaptive und nicht kontrapunkt-



Fotos: D. Nikolaus

Die Art des Verbauens der Materialien ist kennzeichnend für Dorflandschaften

\* Klaus Karweik, Amt für Agrarstruktur Verden



sche Siedlungsentwicklung für den Ort Offensen zu gestalten, galt es diese unverwechselbaren Kennzeichen des Dorfes aufzuspüren und zu verorten, sich aber dabei auf das Wesentliche zu konzentrieren, das Detail zu berücksichtigen, sich aber nicht im Detail zu verlieren und dabei zeitgemäßen Anforderungen des modernen Menschen Raum für Ideen und Zukunftsvisionen zu geben. Aus diesen Ansprüchen heraus sollte sich die Siedlungsentwicklung für Offensen in den Hauptmerkmalen Gestaltung, Formgebung, Raumbildung, soziokulturelle Beziehungen, unmittelbare Integration von Wohnen und Arbeiten, landschaftliche Einbindung und Durchdringung, Energie, Stoffkreisläufe, Umfeldnähe der Materialien, innovative Gestaltung und aktive Mitwirkung und Mitgestaltung der ortsansässigen Bevölkerung wiederfinden.

Nach intensiver Diskussion im Gemeinderat und in Abstimmung mit dem Arbeitskreis Dorferneuerung wurden Projektmerkmale festgelegt, die dem umfassenden Anspruch einer sowohl ökologisch als auch sozial verträglichen Siedlungsentwicklung Rechnung tragen sollten. Das Leitbild des Projektes lässt sich demnach wie folgt formulieren: Vorbild, nicht Ebenbild im Sinne von Nachempfinden und nicht Nachahmen ist die unverwechselbare Gestalt und Eigenart des Dorfes Offensen bei der Ortserweiterung.

Das Vorhaben untergliedert sich in Leitziele und Maßnahmen einer ökologischen und integrierten Siedlungsentwicklung, die sich wie folgt beschreiben lassen:

### **1. Einsatz am Standort verfügbarer Energie- und Stoffressourcen**

#### **„Wasserkraft“**

Umnutzung der Staustufe in der Aller zur Gewinnung von Energie

#### **„Holz“**

Baustoffmaterial und Material für die Heizung

#### **„Sonne“**

Nutzung der Solarenergie

Verschiedene Varianten sowohl regenerativer Energien, aber auch konventioneller Energieträger waren denkbar und wurden diskutiert – z. B. „Holzhackschnitzelblockheizkraftwerk“ oder zentraler Gasanschluss. Der Standort intonierte jedoch wegen der Nähe zur Aller eindeutig die Variante Wasserkraftnutzung. Auch kulturhistorisch schien diese Lösung besonders geeignet zu sein, da es sich um ein altes Stauwehr der Rieselfelderbewirtschaftung des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts handelt, das der regulierten Feldbewässerung diene. Somit konnte der kulturbauliche „Eingriff“ eine neue Nutzung nach Maßgabe moderner Vorzeichen bzw. zeitgemäßer Themen erfahren. Mehrere Landwirte schlossen sich zu einer Investorengemeinschaft zusammen, um den Umbau des Stauwehrs und den Einbau einer Kaplan-Strömungsturbine zu realisieren. Ein Unterfangen, das technisch und organisatorisch nicht einfach war bzw. ist, da die Aller als Flachlandfluss kaum Gefälle hat und eine Baugenehmigung wegen divergierender Vorstellungen des Naturschutzes, der Fischerei und des Wasserbaus sowie ökonomischer Zwänge der Betreiber noch nicht erlangt werden konnte. Das technische Problem hingegen war relativ schnell und wirtschaftlich lösbar. Wärmepumpen sowie Fotovoltaik- und Fotothermieanlagen, die die Anforderungen an das Niedrigenergiehaus nach der Wärmeschutzverordnung noch um 25 % unterschreiten, dienen der Komplettierung des gewählten Energiekonzeptes. Dazu kommt die Berücksichtigung weiterer Kriterien wie u. a. die Vermeidung langer Transportwege für Baumaterial sowie

FCKW-freie und mit einer vertretbaren Energie- und Emissionsbilanz hergestellte Baustoffe.

### **2. Dezentrales Wasserkreislaufkonzept**

#### **„Kleinkläranlagen“**

- Pflanzlich gestützte Reinigung von Hausabwässern in grundstücksbezogenen Kleinkläranlagen
- Einrichtung von Einzel- und Sammelkläranlagen als Dauerlösung zur mechanischen und biologischen Abwasserbehandlung

#### **„Vererdung der Klärschlämme für die Feldausbringung in der Landwirtschaft“**

- Einrichtung einer gemeinschaftlich betriebenen Hausklärschlammvererdungsanlage zur Behandlung der in den Klärgruben anfallenden Schlämme und Sickerwässer auch für das Baugebiet
- Rückführung des Vererdungsproduktes zu den Abwasserproduzenten oder Verwertung in der Landwirtschaft

#### **„Regenwasserversickerung und Wasserrückführung in den Haushalt“**

- Versickerung des Oberflächenwassers auf den Grundstücken und Regenwassernutzung sowie die Wiederverwendung gereinigter Abwasser auf den privaten Grundstücken oder in geeigneter Form in den privaten Haushalten durch Wasserrückführung

Das Dorf Offensen sowie einige Nachbardörfer haben sich für ein dezentrales Wasserkreislaufkonzept entschieden. Dieses findet auch Anwendung in der ökologischen und sozial verträglichen Siedlungsentwicklung Offensens. Insofern ist es folgerichtig, dass sämtliche Grundstücke über pflanzlich gestützte Reinigungs-



anlagen ihre Hausabwässer behandeln. Gleiches gilt für die Behandlung der anfallenden Klärschlämme und Sickerwasser in der dörflichen Vererdungsanlage. Mit diesem Ansatz wird versucht, ein Modell bzw. ein Beispiel für ein geschlossenes Stoffkreislaufsystem auf lokaler Ebene zu schaffen. Natürlich handelt es sich hier im streng logischen Sinne nur um ein theoretisch geschlossenes System, denn zur praktischen Umsetzung würde gehören, dass auch die Nahrungsmittel, die in den privaten Haushalten verwendet werden, aus regionalem Anbau kommen und letztlich auch wieder in die regionale landwirtschaftliche Produktion einfließen. Das dezentrale Wasserkreislaufkonzept ist von den Einwohnerinnen und Einwohnern des Dorfes mit Hilfe externer Experten selbst entwickelt worden und wird eigenverantwortlich organisiert bis hin zur technischen Wartung und Überprüfung der Einzelanlagen und dem Finanzmanagement.

### **3. Entwicklung zeitgemäßer ländlicher Lebens-, Wohn- und Nutzungsformen**

#### **„Grundstücksgröße“**

Nebeneinander von ländlichen Zier- und Nutzgärten

#### **„Gebäudeanordnung“**

Optimale räumliche Nutzung der Grundstücke und der Gebäude

#### **„Nutzungsformen“**

Integrierte Nutzung von Wohnen und Arbeiten am Lebensstandort als Aspekt ländlichen Siedlungswesens und dörflicher Gemeinschaft

#### **„Nachbarschaften“**

Die attraktive städtebauliche Anordnung sorgt für soziale Verknüpfungen

Die Eigenart der niedersächsischen Dörfer ist geprägt von ei-

nem vielfältigen Neben- und miteinander unterschiedlicher Nutzungs- und Funktionsansprüche. Speziell die dem ländlichen Raum eigenen Hauptfunktionsansprüche Wohnen und Arbeiten fanden direkt nebeneinander statt. Im Niederdeutschen Hallenhaus, das in unmittelbarer Nähe zueinander sowohl dem Wohnen als auch dem Wirtschaften, dem Arbeiten und den Tieren Platz bot, kommt dieses Funktionsgefüge besonders zum Ausdruck.

Die Entwicklung der Dörfer in den letzten 50 Jahren weicht zunehmend von diesen Funktionszusammenhängen und Funktionsüberlagerungen ab. Der Rückgang der Landwirtschaft führt zu einer stärkeren Trennung zwischen Wohnen und arbeitswirtschaftlicher Tätigkeit. Gleichwohl sind die meisten Dörfer immer noch geprägt als Gemengelage verschiedenster Funktionen wie Wohnen, Handel, Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft. Wenn zwischenzeitlich das Wohnen in den meisten Dörfern auch stark überwiegt, ist es nach wie vor dörfliche Eigenart und Merkmal der Lebensumstände im ländlichen Raum, dass auch in der Freizeit verstärkt Aktivitäten handwerklich-landwirtschaftlicher oder auch gewerblicher Natur in den Dörfern stattfinden.

Um diesem Merkmal auch für die Zukunft in einer Siedlungsentwicklung beispielhaft bzw. modellhaft Raum zu geben, ist es Ziel des Projektes, sowohl durch die Grundstücksgröße und die Gebäudeanordnung als auch durch die Nutzungsformen ein integriertes und sozial verträgliches Nebeneinander von Wohnen, handwerklich-gewerblichem Wirken und Hobbytierhaltung stattfinden zu lassen. Obwohl, wie bereits durch die Gebietswidmung „Besonderes Wohngebiet“ deutlich wird, auch hier ein gewisses Hauptaugenmerk auf der Funkti-



Das Handwerk ist eine Eigenart des dörflichen Lebens

on Wohnen liegt. Das Wohnen soll jedoch – wie die Gebietswidmung ebenfalls zum Ausdruck bringt – „besonderen“ Lebensansprüchen genügen, die der konsequenten Entwicklung einer funktionalen dörflichen Gemengelage Rechnung tragen. Dieser Ansatz findet seine Grenze in Dimensionen, die dem städtebaulichen Grundkonzept nicht mehr entsprechen und dieses „sprengen“ würden. Dazu gehören produzierendes Gewerbe genauso wie handwerklich-gewerbliche Einrichtungen mit über die vorgesehenen Grundstücksgrenzen und Bebaubarkeitsmöglichkeiten hinausgehenden Flächenansprüchen und erheblich störenden Emissionen. Landwirtschaft ist in diesem Gebiet ebenfalls ausgeschlossen, Hobbytierhaltung jedoch ausdrücklich zugelassen. In Abstimmung mit dem Städtebaudezernat der Bezirksregierung in Lüneburg wurde als Gebietswidmung „WB“, „Besonderes Wohnen“, gewählt

mit z. T. freier Definition der zulässigen Nutzungen. Dieses erschien deshalb sinnvoll, weil zum einen Wohnen und Arbeiten integrativ ermöglicht werden sollten, zum anderen eindeutige Schwerpunkte in Richtung Gewerbe (GE) und Landwirtschaft (MD) genauso wie für Wohnen (WA, WR) ausgeschlossen sein sollten.

#### **4. Intensive Begrünung, großzügige Freiräume mit Übergängen in die freie Landschaft**

##### **„Organische Struktur“**

Unregelmäßige Wegeführung/  
interessante Raumwirkung

##### **„Landschaftsverbund“**

Eingrünung und Freiräume als  
Verbindung zur umgebenden  
Landschaft

##### **„Einheimische Pflanzen“**

Standorttypische Bepflanzungen  
auf den Grundstücken

Die Dörfer Niedersachsens leben  
in ihrer traditionellen und gewachsenen  
Struktur nicht in der Kul-

turlandschaft, sondern mit der Kulturlandschaft. Ein permanentes Durchdringen kulturlandschaftlicher Strukturen in und durch das Dorf ist Ausdrucksmerkmal dörflicher Siedlungsgrundrisse. Sie wirken zu naturräumlichen Einzelstrukturen konsequent verbindend und vernetzend. Dieses Phänomen des sanften und harmonisierenden Hineinfließens von Natur bzw. Kulturraum in den Siedlungsbereich ist auch Gestaltungsmerkmal der Siedlungsentwicklung Offensen. Daher wurde der Siedlungsgrundriss von vornherein so gestaltet und die Einbindung in die Natur so vorgenommen, dass durch die Anordnung der Gebäude auf den Grundstücken und die Zuordnung der Grundstücke zueinander großzügige Grünflächen entstehen, die der lockeren Bebauungsstruktur der Dörfer der Region entsprechen und gleichzeitig ein permanentes Einströmen des umgebenden Naturraumes durch sog. Landschaftsfenster bzw. Landschaftskorridore in das Baugebiet zulassen. Für die Grünflächen wurden standorttypische, einheimische Pflanzen ausgewählt.

#### **5. Moderne Architektur und Gestaltung unter Berücksichtigung lokaler Bautradition**

##### **„Gebäudestruktur“**

Orientierung an der regional typischen Formensprache

##### **„Baumaterialien“**

Verwendung der regional vorkommenden Materialien

##### **„Gestaltung“**

Nach Maßgabe des Überlieferten

Die Dörfer des Celler Landes sind geprägt von einer Jahrhunderte alten Bautradition, die einem stetigen, aber harmonischen Wandel unterlegen war. Massive Einbrüche in diesen sich anpassenden Wandel sind erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts durch die Ausweisung von Baugebieten und die damit verbundene eigene Form-, Gestaltungs- und Farbensprache feststellbar. Die ökologische und sozial verträgliche Siedlungserweiterung Offensen will nicht das Rad zurückdrehen, sondern neuen Architekturformen im Verständnis des langsam gewachsenen und sich verändernden Dorfbildes Rechnung tragen. Insofern gibt es Grundzüge der Gestaltung, die einzuhalten sind und den Rahmen bilden für die entstehenden Neubauten. Auf der anderen Seite ist aber auch das Ziel formuliert, diese traditionellen Gestaltungsmerkmale in einer zeitgemäßen oder sogar zukunftsweisenden Architektur und Gestaltungssprache aufgehen zu lassen. Auch hier handelt es sich natürlich um ein Experiment, das stark abhängig ist von der individuellen Kreativität der einzelnen Bauherren und ihrer Planer und bewusst keinem vorgegebenen visionären Dogma unterliegt. Dieser Ansatz findet sich in einem Merkmal dörflicher Gestaltwerdung wieder, das sich



Weiche Naturformen und geometrische Architektur geben ein harmonisches Ganzes

grundsätzlich an einer an den jeweiligen Lebensumständen und Funktionsansprüchen orientierten bewussten Einzelentscheidung festmacht und ihre rahmengebenden Kriterien in der technischen Machbarkeit der baulichen Umsetzung, der Zugreifbarkeit der Materialien und bereits im 19. Jahrhundert auch in gewissen administrativen Gestaltungsvorgaben gefunden hat. Es handelt sich um einen Mix aus traditioneller Bauweise mit Langzeiterfahrung, individuellen Ansprüchen und administrativen Vorgaben.

## 6. Einbeziehung und Unterstützung lokaler Wirtschaftsbetriebe

- Berücksichtigung bei der baulichen Umsetzung
- Integration in Ablauf und Beratung

Die Einbeziehung und Unterstützung lokaler Wirtschaftsbetriebe soll zum einen eine Stärkung der regionalen Kräfte bewirken, auf der anderen Seite aber auch das traditionelle, vor Ort vorhandene Wissen einfließen lassen.

## 7. Integration von Neubürgern und soziale Verträglichkeit

### „Mitwirkung und Mitgestaltung durch die Bevölkerung“

- Motivation zur Mitarbeit
- Mitwirkung bei Planungs- und Entscheidungsprozessen
- Mitarbeit bei der Realisierung von Vorhaben
- Übernahme von Pflichten und Aufgaben zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Projekte

### „Generationsverbund“

- Zusammenleben von älteren und jüngeren Bevölkerungsteilen
- Möglichkeit verschiedener dorf-

typischer Nutzungsformen im verträglichen Nebeneinander wie Wohnen, Gewerbe, Handwerk finden neue Formen

### „Dreistufiges Vermarktungskonzept“

- Reservierung von Bauplätzen für Einheimische und Öffnung nach außen in räumlichen Distanzradialen regionaler Identität

### „Bauteam“

Gremium aus Experten und Vertretern der Dorfgemeinschaft zur Abstimmung von Inhalten, Umsetzung des Projektes, Beratung von Neubürgern und Planern sowie Bearbeitung von Bauanträgen.

Die unmittelbare Einbindung der ortsansässigen Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse und deren Mitwirkung bei der Gestaltung des Vorhabens ist nach dem Selbstverständnis der Dorferneuerung in Niedersachsen grundsätzlich Bestandteil des Projektes. Auch geschichtlich betrachtet sind es immer die direkt betroffenen Menschen gewesen, die durch ihre Ansprüche und ihr Handeln die Dörfer gestaltet haben. Ferner ist es auch wichtig, den Aspekt der soziokulturellen Beziehungen nicht ausschließlich im inneren Gefüge des Baugebietes zu verorten, sondern im Sinne von Neubürgerintegration auch in den Wechselbeziehungen zur Dorfbevölkerung. Denn ein unmittelbares und direktes, manchmal geradezu hautnahes soziales Beziehungssystem der Dorfgemeinschaften ist auch ein Merkmal der Gestalt der Dörfer. Gleichwohl galt es zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft heute neue Akzente hin zu einer stärkeren Individualisierung der Menschen setzt.

Das dreistufige Vermarktungsmodell sollte durch ein Mindestkontingent für Einheimische sicherstellen, dass Bauwillige aus dem Dorf bei schneller Umsetzung eine konkrete Chance behalten, gleichzeitig aber auch offensives

Vorgehen am Markt bei stagnierendem Absatz ermöglichen. Insofern besteht das Baugebiet aus drei zeitlich und räumlich definierten sog. Aktionsringen der Vermarktung: dem lokalen Ring, dem regionalen Ring und dem überregionalen Ring. Das Bauteam ist ein Gremium von Experten sowie Vertretern der Gemeinde und des Dorfes, das Interessenten qualifiziert berät und den Aspekt der Bürgerbeteiligung und der Integration von Neubürgern berücksichtigt.

## Fazit

In den vorliegenden Ergebnissen des Umsetzungsprozesses zeigen sich die Stärken und Schwächen des Vorhabens. Das Projekt versucht ein vielfältiges Spektrum dezentraler und struktureller sowie städtebaulicher Siedlungsansätze in sich zu vereinen. Hervorzuheben sind dezentrale Stoff- und Energiekreisläufe, Wohnen und Arbeiten (Wirken) am Ort, regional und lokal orientierte Gestaltung in ausgewogener Offenheit gegenüber zeitgemäßen und zukunftsweisenden neuen Akzenten, ökologisch ausgerichtete Bauweise, gelebte Nachbarschaft, Kommunikationsräume, Integration von Neubürgern und regionale Identität.

Nach nunmehr vier Jahren ist ein Drittel der Grundstücke bebaut. Dass der Anteil so gering ist, liegt z. T. an der allgemein stagnierenden Nachfrage nach Bauland, aber offensichtlich auch an der nicht konsequenten Umsetzung der vereinbarten Vermarktungsstrategie und dem damit einhergehenden geringen Interesse an den besonderen Zielen des Baugebietes bei potenziellen Käufern. So wurde z. B. der von der Gemeinde positiv gedachte Ansatz, die Grundstückspreise auf einem niedrigen Niveau festzulegen, um damit eine Förderung, finanzielle Anreize für Einheimische, aber auch für den mit den Forderungen verbundenen Mehraufwand zu schaffen, nicht

zuletzt auf Grund entsprechend einseitiger Werbemaßnahmen falsch verstanden und führte zu einem Nachfrageboom – allerdings bei Bauherren, die nur billiges Bauland suchten. Der überregionale Ring wurde nie ernsthaft akquiriert. Ein so komplexes System ökologischer, energetischer, gestalterischer und sozialer Rahmengenbung ist nicht einfach umzusetzen, da es wenig

populär und der Anspruch schwer vermittelbar ist. Einzelaspekte wie z. B. die Wärmepumpe, das rote Dach oder die Kleinkläranlage werden nicht immer akzeptiert. Nur in Einzelfällen wurden die Projektinhalte zu 100 % gebaute Realität.

Umsetzungsdynamik und Innovationsog der Expo sind längst vorbei. Erste Tendenzen zur Auf-

weichung der selbst gesetzten Kriterien für das Baugebiet seitens der lokalen Politik und Verwaltung sind vernehmbar und an Einzelobjekten inzwischen wahrnehmbar.

Die einst gesuchten Bauherren, die sich mit dem Projekt identifizieren und es vor Ort bereits leben, wünschen sich Nachbarn – jedoch Gleichgesinnte. ■

## Kräuter für regionales Wachstum

Wolfgang Kleine-Limberg und Vera Huber\*

**Mehr als ein Kraut sorgt in der Wiesteniederung (Landkreis Rotenburg/Wümme) für die Steigerung der regionalen Wertschöpfung. In den Gemeinden Horstedt, Reeßum, Mulmshorn, Gyhum und Sottrum lassen vielfältige Kräuterprojekte neue Kooperationen entstehen.**



### Gemeinsam fit für die Zukunft

Seit Juni 2001 werden im Rahmen des Landforums „Kräuterregion Wiesteniederung“ die Potenziale der Region zwischen Bremen und Hamburg effektiv ausgebaut. Bei einem Besuch in der Region erkannte die damalige Regierungspräsidentin, Ulrike WOLFF-GEBHARDT, welche Entwicklungsmöglichkeiten in den Gemeinden entlang der Wieste stecken. Die Dorferneuerung in Horstedt gab dann den Anstoß zur gemeinsamen Initiative der fünf Gemeinden, ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie des Amtes für Ag-

rarstruktur Verden, der Bezirksregierung Lüneburg, der Landwirtschaftskammer Hannover – Kreisstelle Zeven – und des Büros für nachhaltige Prozess- und Regionalentwicklung, mensch-und-region aus Hannover.

Den Ausgangspunkt bildeten die Kräutergärtnerei RÜHLEMANN, das Essig- und Ölkontor in Horstedt sowie Führungen der Landwirtschaftskammer Zeven zum Thema Kräuter. Aus der Idee, mehr aus der Region zu machen, entstand ein lebendiges Entwicklungsprojekt und aus wenigen „Einzelkämpfern“ und interessierten Privatpersonen bildete sich in zwei Jahren ehrenamtlicher Arbeit ein Netzwerk von derzeit über 50 aktiven Personen, Betrieben und Einrichtungen. Es verfolgt eine gezielte Vermarktungsstrategie und ruft immer neue Projekte ins Leben, die in den Bereichen Natur und Tourismus sowie Landwirtschaft, Gastronomie und Handel gesundes Wachstum bewirken.

Ein Besuch der Kräuterregion Wiesteniederung eröffnet inzwischen vielfältige Möglichkeiten. Seminare und Führungen in einer Kräutergärtnerei zeigen, was sich mit über 600 Kräutern wärzen oder heilen lässt. Die Brennessel-Giersch-Suppe kann in einer Gastwirtschaft probiert werden. Vielleicht ist aber auch die (Kräuter-)Essigherstellung interessant und mit einem Besuch im gerade eröffneten (Kräuter-)Bibelgarten zu verbinden.

Mittlerweile bestehen für die unterschiedlichsten Zielgruppen Angebote für Führungen und Seminare zum Thema Kräuter sowie touristische Pauschalangebote für gesundheits- und naturbewusste Tages- und Übernachtungsgäste, die durch die Vielfalt der Kräuterattraktionen auch weite Anreisewege in Kauf nehmen. Dabei wird eng mit dem Touristikverband Rotenburg/Wümme und der AG Urlaub und Freizeit auf dem Lande zusammengearbeitet.

\* Wolfgang Kleine-Limberg und Vera Huber, mensch-und-region, Böhm, Kleine-Limberg GbR, Hannover



## „Wir sind etwas Besonderes und das zeigen wir auch“

In der Region ist ein neues Selbstbewusstsein und eine neue Identität gewachsen. Ein studentischer Wettbewerb der nahegelegenen Fachhochschule legte die Grundlage für ein gemeinsames Logo. Die Website „www.kraeuterregion.de“ zeigt nicht nur die Angebote, sondern wird zum Netzknoten für Kräuterprojekte und -regionen ausgebaut. Präsentationen wie z. B. auf der „Grünen Woche Berlin“ und die Erstellung von Informationsmaterialien sind Teil der professionellen Öffentlichkeitsarbeit. Der Erfolg gibt den engagierten Mitstreitern Recht: beim 1. Kräutertag der Region im Juni 2002 wurden mehr als 2 500 Besucher gezählt, die Verkaufs-, Informationsstände und Kräuterattraktionen der Region besuchten. Mit der Einweihung des (Kräuter-)Bibelgartens in Horstedt begann am 22. Juni 2003 der 2. Kräutertag, bei dem an fast 50 Ständen Betriebe und Initiativen aus der Region sowie eingeladene Partner zeigen, was sie zum Thema Kräuter zu bieten haben.

### Synergieeffekte

Die einzelnen Projekte der Kräuterregion stehen miteinander in einer intensiven Wechselwirkung und erzielen Synergieeffekte, die sich entwicklungsfördernd auf das Gesamtprojekt auswirken. So führt die „Kräuterroute“ als Radwanderrundweg mit direkter Anknüpfung an überregionale Radwanderwege die Bewohner und Besucher der Region zu gastronomischen Betrieben, die kulinarische Kräuterspezialitäten anbieten. Dort erhalten die Besucher Informationen zu den Attraktionspunkten und Angebote entlang der Kräuterroute. Dazu gehören auch Betriebe, die Kräuterprodukte anbieten. Ihre Artikel werden demnächst gemeinschaftlich über



Kräutertag in Horstedt

einen „Schrank für regionale Produkte“ vermarktet, der in den Hotels und Gaststätten sowie im Handel präsentiert wird. Erste neue „Kräuterprodukte“, z. B. in Form eines Kalenders für das Jahr 2004, entstehen.

### Landwirtschaft als integrierter Bestandteil

Die Kräuterregion Wiesteniederung kann noch nicht wie andere Regionen in Deutschland (z. B. Thüringen) auf einen landwirtschaftlichen Kräuteraanbau verweisen. Das „Landforum Kräuterregion Wiesteniederung“ zeigt in einer agrarstrukturellen Untersuchung deshalb auch die Probleme der Landwirtschaft sowie die Handlungsmöglichkeiten zu ihrer Stärkung auf, denn die Entwicklungsperspektive der Kräuterregion Wiesteniederung ist langfristig eng mit den landwirtschaftlichen Betrieben verbunden. Der Anbau von Kräutern oder die Vermarktung von Kräuterheu können für einzelne landwirtschaftliche Betriebe ein neues Standbein werden. Insbesondere lassen sich so die kommenden Auflagen der FFH-Ausweisung entlang der Wieste mit den Entwicklungspers-

pektiven der Betriebe kombinieren. Hinzu kommen Maßnahmen der Flurneuordnung und der Dorferneuerung.

Unter dem Motto „Region als Kräutergarten“ dienen die Aussaat von Kräutern und Blumen auch der Entwicklung eines attraktiven Landschaftsbildes und eines naturbezogenen Tourismus.

### Über den eigenen Kräutergarten hinausschauen

Voneinander lernen ist für regionale Entwicklungsprojekte eminent wichtig. Bundesweit stehen viele ähnliche Initiativen vor den gleichen Problemen, z. B. der Vermarktung ihrer Produkte, dem Aufbau neuer Kooperationen etc. Mit der jeweiligen Spezialisierung besetzen sie Marktnischen, die durch gemeinsame Aktionen, z. B. den Austausch von „Kräuterprodukten“, verstärkt werden können. Deshalb baut die Kräuterregion systematisch Kontakte zu interessierten Einrichtungen und Personen aus Niedersachsen, anderen Bundesländern oder auch aus anderen Teilen Europas auf. Unter dem Focus „Erhöhung regionaler Wertschöpfung durch Kräuterprojekte“ wird voraussicht-

lich im Herbst 2003 zu einem Expertengespräch eingeladen. Die Vernetzung bestehender Kräuterprojekte soll einen impulsgebenden Wissenstransfer auslösen, von dem alle Partner profitieren.

### **Weiter wachsen**

Sind „Kräuter“ nun das Allheilmittel für regionales Wachstum? Sicher ist, dass sie entlang der Wieste durchaus Wirkung gezeigt

haben. Damit eine Region sich weiter entwickeln und wachsen kann, ist allerdings mehr nötig als „nur“ eine gute Idee. Es gilt Menschen zu finden, die eine solche Idee aufgreifen. Die rasante Entwicklung, die besonders durch immer neue Kooperationen gefördert wurde, macht den Nutzen für diese Region deutlich. Bisher wurde die Initiative der Gemeinden durch eine externe Prozessorga-

nisation begleitet und ein Jahr aus Mitteln der niedersächsischen Agrarstrukturverwaltung finanziell gefördert. Neben die Fortführung und Weiterentwicklung der Aktivitäten tritt nun die Herausforderung, eine neue Organisations- und Finanzierungsstruktur aufzubauen, die sich langfristig selbst trägt. An der Wieste ist man sich jedoch sicher: Die Saat wird weiter aufgehen. ■

## **Informationen zum feldmäßigen Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen**

Prof. Dr. Ulrich Bomme\*

**Der Bedarf der Pharma- und Gewürzmittelindustrie an guter Rohware verschiedenster Heil- und Gewürzpflanzen ist groß. Gleichzeitig sind die Abnehmer wegen der meist in größeren Mengen benötigten einheitlichen Rohware nur selten bereit, mit einzelnen Landwirten Anbau- und Lieferverträge einzugehen. Trotz deutlichen Interesses am heimischen Anbau reagieren die Verarbeitungsbetriebe sehr vorsichtig und ohne sich auf bestimmte Mengen oder gar Preise festzulegen. Die Preise stehen zudem unter starkem ausländischen Druck und können von Jahr zu Jahr schwanken.**

### **Gemeinschaftlicher Anbau empfehlenswert**

Wegen dieser Unwägbarkeiten kommt der größere feldmäßige Anbau gegenwärtig nur gemeinschaftlich in Frage. Bei einer einheitlichen Aufbereitung des Erntegutes können Kosten bei den Investitionen gespart und größere Mengen einheitlicher Qualität produziert werden. So ist u. U. auch ein Direktabsatz an Wurst- und Brotfabriken, Metzgereien, Großküchen, Drogerien, Spezialgeschäfte usw. möglich.

### **Hochwertige Qualität entscheidet auf dem Markt**

Heil- und Gewürzpflanzen können auf allen Böden angebaut werden, die sich auch für gärtne-

rische und landwirtschaftliche Kulturen eignen. Am günstigsten sind nicht zu schwere, humose, tiefgründige, bei Wurzelfrüchten unbedingt siebfähige, nicht stau-nasse und möglichst unkrautarme Böden. Eine Beregnung ist in vielen Kulturen, insbesondere wenn gepflanzt werden muss, angebracht. Die Pflanzen müssen gezielt nach ihrem spezifischen Bedarf gedüngt werden, um gute Erträge bei gleichzeitig hoher Qualität zu gewinnen und Nährstoffaus-trag zu vermeiden. Wegen der relativ kleinen Anbauflächen gibt es für Heil- und Gewürzpflanzen nur wenige für die einzelnen Arten zugelassenen Pflanzenschutzmittel. Rechtzeitig vor einem eventuell notwendigen Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel muss daher grundsätzlich die amtliche

Pflanzenschutzberatung befragt werden, welche Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommen können. Nur durch äußerst sorgfältigen Umgang mit dem chemischen Pflanzenschutz im Heil- und Gewürzpflanzenanbau kann sich die inländische Produktion positiv von den Importen abheben und eine rückstandsmäßig unbedenkliche Rohware, wie sie heute allgemein verlangt wird, auf den Markt bringen.

Saatgut kann nach rechtzeitiger Bestellung von verschiedenen Firmen bezogen werden. Bei manchen Arten gibt es allerdings keine oder nur wenige einheitliche Sorten, sondern oft nur Wildmaterial mit teilweise ungenügender Keimfähigkeit und Triebkraft. Bei größerem Bedarf empfiehlt sich

\* Prof. Dr. Ulrich Bomme, Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL), Institut für Pflanzenbau, Freising-Weihenstephan



Feldanbau von Zitronenmelisse

daher eine eigene Saatgutvermehrung.

### **Anschaffung von Spezialmaschinen kostspielig**

Für die Ernte können in den wenigsten Fällen die sonst in der Landwirtschaft üblichen Geräte ohne Veränderung verwendet werden. Einige Betriebe haben sich beispielsweise für die Ernte verschiedener Blattfrüchte wie Dill, Petersilie, Pfefferminze usw. ihre vorhandenen Mähdrescher umgebaut. Da Spezialmaschinen sehr teuer sind, werden die Wurzel-

früchte in der Regel mit dem Schwingsiebroder oder dem Siebkettenroder gerodet, u. U. ist auch der Einsatz von Kartoffel- oder Zuckerrübenschnitzern möglich.

Üblicherweise ist eine Trocknung des Erntegutes notwendig, da nur wenige Abnehmer Frischware benötigen. Eigene Aufbereitungsanlagen mit Kosten von mehreren hunderttausend Euro rentieren sich bei der Neuaufnahme solcher Kulturen in der Regel jedoch noch nicht. Hier wäre zu prüfen, ob sich in der Nähe z. B. Hopfendarren, Wagentrocknungsanla-

gen für Getreide oder andere Trocknungsanlagen nutzen lassen. Die Trocknung sollte zur Schonung der Inhaltsstoffe nur bei 40 - 60°C erfolgen.

### **Absatzmöglichkeiten im Vorfeld prüfen**

Die Entscheidung, welche Pflanzen im einzelnen angebaut werden, hängt in erster Linie von den zur Verfügung stehenden Absatzmöglichkeiten ab. Der Anbau dieser Pflanzengruppe ist nicht einfach und erfordert teilweise noch viel Handarbeit. Daher sollte zuvor unbedingt geklärt werden, welche Produkte zu welchem Preis sicher, d. h. vertragsmäßig gebunden, abgesetzt werden können. Es gibt im Normalfall keinen freien Markt bei Heil- und Gewürzpflanzen.

Foto: U. Bommé

Wenn der Absatz gesichert ist, liegt der Deckungsbeitrag pro ha normalerweise deutlich höher als bei Getreide, bezogen auf die eingesetzte Arbeitsstunde allerdings niedriger. Wird der Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen erwogen, sollten auf kleinen Flächen mehrere Arten probeweise angebaut werden, um erste Erfahrungen sammeln und den Firmen bei der Absatzsuche kleine Produktmuster anbieten zu können.

## Termine

### **► Dorferneuerungswettbewerb Rheinland-Pfalz**

## **Jugendpreis 2003**

Das Ministerium des Innern und für Sport sucht pffige Ideen von jungen Leuten, die frischen Wind und neuen Schwung in die Dörfer bringen, und Projekte, die nach den Vorstellungen von Jugendlichen geplant wurden oder werden. Der Einsendeschluss ist der 12. September 2003.

Weitere Informationen können eingeholt werden unter: Planungsbüro B-Plan, Dr.-Ing. Christine Halfmann, Welzbachstr. 35a, 55437 Appenheim, Tel.: 06725/6943 oder Fax: 06725/307983.

## ► Tag des offenen Denkmals am 14. September 2003

### Tag des offenen Bauernhauses

Im „Jahr des Bauernhauses“ findet die zentrale Eröffnungsveranstaltung des „Tages des offenen Denkmals“ in Lübeck unter dem Motto „Geschichte hautnah – Wohnen im Baudenkmal“ statt. Die Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V. (IGB) hat sich in den Jahren 2001 und 2002 mit wachsendem Erfolg am Tag des offenen Denkmals beteiligt. Sie kommt damit dem Wunsch von Interessierten nach, Objekte, deren Inneres sonst nicht zugänglich ist, zu besichtigen.

Weitere Informationen sind zu erhalten unter: IGB, Tel.: 0700/22 83 76 42 87, Fax: 04792/4717, E-Mail: igbauernhaus@t-online.de oder Internet: www.IGBauernhaus.de.

## ► 5. Oktober 2003

### Tag der Regionen

Ein von 29 Organisationen und Verbänden aus dem Umfeld von Landwirtschaft, Hotel- und Gaststättengewerbe, Kirchen sowie Umwelt- und Naturschutzorganisationen getragenes bundesweites Aktionsbündnis veranstaltet auch in diesem Jahr wieder den Tag der Regionen. Die vielseitigen ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Stärken der Regionen werden an diesem Tag kreativ und fantasievoll erlebbar, regionale Aktionen werben für heimische Produkte und Dienstleistungen.

Wer sich beteiligen möchte oder nähere Informationen sucht, kann diese erhalten bei:

⇒ Koordinationsbüro Nord, Tel.: 05643/94 85 37, Fax: 05643/94 88 03

⇒ Koordinationsbüro Süd, Tel.: 09852/1381, Fax: 09852/4895

## Personalien

### Franz Sauter 75 Jahre

**A**m 30. Juni 2003 feierte Franz SAUTER seinen 75. Geburtstag. Der gelernte Landwirtschaftsmeister, der im südlichen Schwarzwald einen landwirtschaftlichen Betrieb besitzt, engagiert sich seit seinem 25. Lebensjahr in der Kommunalpolitik und hat in seiner Gemeinde und im Kreis zahlreiche Ämter bekleidet. In der Zeit als Bundestagsabgeordneter von 1972 bis 1990 war er unter anderem Vorsitzender des

Unterausschusses „Welternährung, Weltlandwirtschaft, Weltforstwirtschaft“ sowie Mitglied der Bundestagsfachausschüsse „Agrarpolitik“ und „Entwicklungshilfe“. Von 1985 bis 1997 übernahm Sauter den Bundesvorsitz der Katholischen Landvolkbewegung Deutschlands. 1998 wurde er anlässlich seines 70. Geburtstages für sein langjähriges politisches Engagement mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienst-

ordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Von 1989 bis 1998 war Sauter Mitglied des Vorstandes der ASG. Die ASG gratuliert Franz Sauter herzlich zu seinem Geburtstag, wünscht ihm Glück und Gesundheit und hofft, dass er die Arbeit der ASG weiterhin interessiert begleiten wird.

### Albrecht Löblein als Vorsitzender des Deutschen Bundesverbandes der Landwirte im Nebenberuf bestätigt

**Z**um dritten Mal ist Albrecht LÖBLEIN zum Vorsitzenden des Deutschen Bundesverbandes der Landwirte im Nebenberuf (DBN) gewählt worden. Seit 1995 ist der Nebenerwerbslandwirt aus Baden-Württemberg in dieser Funktion tätig, hat die aktuelle Agrarpolitik kritisch begleitet und

sich für eine sinnvolle Ergänzung des traditionellen Berufsstandes eingesetzt. Seine Wiederwahl wertete Löblein als Bestätigung seiner bisherigen Arbeit für den DBN.

Als Stellvertreter im Bundesvorstand bleiben Alois SCHNEIDER aus Bayern, Gerhard GOMPEL-

MANN aus Rheinland-Pfalz sowie Margrit WEIMEISTER aus Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus wurde Matthias SCHREIER aus Sachsen in den DBN-Bundesvorstand gewählt.



## Für Sie gelesen

# Regionale Vermarktung in Nordrhein-Westfalen –

## Acht Beispiele aus der Praxis mit Hintergrundinformationen



*Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Regionale Vermarktung in Nordrhein-Westfalen – Acht Beispiele aus der Praxis mit Hintergrundinformationen. Texte: Dr. Marianne Sturbeck, Christiane Närmann-Bockholt. Düsseldorf 2002, 51 Seiten. Kostenfrei zu bestellen unter: Tel.: 0211/4566-0, Fax: 0211/4566-388, E-Mail: poststelle@munlv.nrw.de.*

**R**egionalvermarktung muss den angemessenen gesellschaftlichen Stellenwert bekommen. Noch viel mehr Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich mit dem Einkaufskorb für unsere regionalen Lebensmittel entscheiden. Frei nach dem Motto „Global denken – regional Handeln“, fordert Bärbel HÖHN, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Land-

wirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen im Vorwort der von ihrem Ministerium herausgegebenen Broschüre. Darin werden acht landwirtschaftliche Vermarktungsinitiativen vorgestellt, die beispielhaft zeigen, wie Verbraucherschutz und Landwirtschaft, Naturschutz, Verarbeitung und Handel erfolgreich kooperieren können.

Zwar unterscheiden sich die Kooperationsformen und die vermarkteten Produkte, gemeinsam jedoch ist den Vermarktungsinitiativen, dass sie auf regionale Qualität setzen. Zwei Initiativen werden im Folgenden vorgestellt.

In einem Beispiel beliefern die Betriebe ihre Hofläden gegenseitig mit den jeweils erzeugten Produkten. Auf diese Weise können Frische und Regionalität der Waren garantiert werden, die Betriebe haben für einen Teil ihrer Produktion feste Abnehmer und müssen nicht zu deutlich niedrigeren Preisen an den Großmarkt liefern. Auch wenn Produktionsüberschüsse durch Sonderangebote an die Kundschaft gebracht werden müssen, helfen sich die Betriebe gegenseitig. Alle Höfe setzen gleichermaßen auf Transparenz bei der landwirtschaftlichen Produktion und investieren Zeit und Geld in die Öffentlichkeitsarbeit. Unter gemeinsamem Logo präsentieren sich die direktvermarktenden Höfe mit ihrem Angebot in einem farbigen Falblatt.

In einer weiteren Regionalvermarktungsinitiative haben sich landwirtschaftliche Betriebe, Forellenzuchtbetriebe, das örtliche

Bundesforstamt, der Einzelhandel und der Wochenmarkt zusammengeschlossen. Ihre Produkte müssen neben Regionalität und Qualität bestimmte Umweltschutzkriterien erfüllen, d. h. es wurden Mindestanforderungen an Boden- und Gewässerschutz beschlossen. Ein Verein legt als Inhaber der Regionalmarke die Vergabe und die Nutzungskriterien fest. Vereinsmitglieder sind neben den Betrieben unter anderem die Verbraucherzentrale NRW e.V., der Hotel- und Gaststättenverband und ein Landfrauen-Service. Sie alle sorgen dafür, dass die Regionalmarke, die auch unter einheitlichem Logo vermarktet, bekannt gemacht wird. Die Initiative wird finanziell unterstützt aus Mitteln des Programms zur Förderung der Regionalvermarktung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Höhn hebt im Vorwort der Broschüre den Vorteil solcher Kooperationen hervor: Da nicht alle Betriebe von der Direktvermarktung leben könnten und wollten, sei es angesichts der Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels und der Ernährungswirtschaft sinnvoll, wenn sich auch landwirtschaftliche Betriebe zu Produktions- und Vermarktungsinitiativen zusammen schlossen und ein regionales Angebot auf den Markt brächten. Durch die Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel könnten Verbraucher/-innen die Vorteile regionaler Produkte in größerem Umfang nutzen.

Die einzelnen Beispiele werden in der DIN-A4-Broschüre sehr gut präsentiert. Sie sind mit Fotos illustriert, farblich abgesetzte Kästen liefern nützliche Zusatzinfor-

mationen. Am Schluss des Hefes sind die Logos der acht Initiativen abgebildet und die jeweiligen Ansprechpartner aufgeführt. Es finden sich außerdem Hinweise zur Förderung regionaler Vermark-

tungsinitiativen und zu Forschungsaktivitäten in dem Bereich. Auf die Ergebnisse von Forschungsprojekten wird in einem Publikationsverzeichnis verwiesen. Die Broschüre ist informativ

und gibt denjenigen, die darüber nachdenken, ähnliche Initiativen zu gründen, nützliche Anregungen.

- OS -

## Vision Lebensqualität

### Nachhaltige Entwicklung – ökologisch notwendig, wirtschaftlich klug, gesellschaftlich möglich



Rudolf Häberli, Rahel Gessler, Walter Grossenbacher-Mansuy, Daniel Lehmann Pollheimer: *Vision Lebensqualität: Nachhaltige Entwicklung – ökologisch notwendig, wirtschaftlich klug, gesellschaftlich möglich*. Zürich 2002, vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, 345 S., 29,90 Euro; ISBN 3 7281 2808 2.

Lust auf ein unvergessliches Abenteuer? (...) Willkommen auf der Reise in Richtung Nachhaltige Entwicklung.“ So beginnt der vorliegende Band, der die Leser/-innen auf dieser „Reise in die Zukunft“ begleiten will.

In sieben Kapiteln setzt sich das Werk mit der zentralen Frage auseinander, wie sich nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verwirklichen lässt. Dazu werden in Kapitel 2 zunächst Geschichte und Bedeutung des Nachhaltigkeitsbegriffes erläutert sowie grundsätzliche Strategien für eine nachhaltige Entwicklung aufgezeigt. Sodann wird in Kapitel 3 eine Diagnose über den Zustand der Umwelt in der Schweiz erstellt. Kapitel 4 widmet sich der Globalisierung als einer Realität, die die Handlungsspielräume für eine nachhaltige Entwicklung bestimmt. Sie müsse daher auch als Chance begriffen werden, diese Handlungsspielräume mit zu gestalten. Gleichwohl räumen die Autor/-innen ein, dass es bisher nicht gelungen sei, Globalisierung und nachhaltige Entwicklung miteinander zu verbinden. Der/die Leser/-in bekommt in Kapitel 5 und 6 Lösungswege und Instrumente aufgezeigt, mit denen gesellschaftliche Veränderungen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung herbei geführt und umgesetzt werden können. Das Buch fordert die Leser/-in zum Abschluss auf, sich Gedanken über ihren persönlichen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung zu machen.

In dem Band sind zehn Jahre Forschungsarbeit im Rahmen des vom Schweizer Parlament be-

schlossenen Schwerpunkt-Forschungsprogramms Umwelttechnologie und Umweltforschung zusammen gefasst. Obwohl sich der Fokus in erster Linie auf die Schweiz richtet, wird der internationale Kontext immer wieder hinzu gezogen. Das Buch ist für Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit sowie für weitere Interessierte, die in ihrem persönlichen oder beruflichen Umfeld Prozesse in Richtung nachhaltige Entwicklung mit gestalten möchten, gedacht. Es ist ansprechend aufgemacht und enthält viele Fallbeispiele, Graphiken und Stellungnahmen von Experten/-innen, die den Text untermauern.

Ob die direkte Ansprache, mit der die Leser/-innen am Ende ihrer „Reise“ aufgefordert werden, selbst zu handeln, ankommt oder am Schluss eines solchen Buches, das hinreichend Beispiele und Hinweise zum konkreten Handeln enthält, nicht eher dazu führt, dass sich der/die Leser/-in etwas bevormundet fühlt, ist Geschmackssache. Vielleicht ist es auch nur Ausdruck des Engagements, mit dem die Autor/-innen dazu anregen wollen, die Reise in Richtung nachhaltige Entwicklung zu beginnen und durch entsprechendes Handeln aus der Vision Lebensqualität Realität werden zu lassen.

- OS -

## Zitate - Folge 57 - Zitate - Folge 57

„Es gibt kein Zurück zu einem binnenmarktorientierten Ansatz in der EU-Agrarpolitik, sondern nur eine Fortentwicklung in Richtung weiterer Marktöffnung, Abbau der Agrarstützung in den Industrieländern und Umbau der Stützung.“

- Aus: Diskussionspapier der von Dr. Martin Wille, früherer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, geleiteten Arbeitsgruppe Agrarpolitik des SPD-Parteivorstandes -

„So geht's aber nicht. Es kann kein Geld geben, weil jemand Bauer war, sondern er muss Geld bekommen, weil er in Zukunft Bauer bleibt.“

- Prof. Dr. Manfred Köhne zu der Aussage, dass die Entkopplung auf die Besitzstandswahrung abziele -

„Der Milchmarkt war noch nie so stabil wie heute, weil bis auf Neuseeland alle Erzeugerländer über eine Produktionsbegrenzung verfügen.“

- Heinz-Christian Bär, Präsident des Hessischen Bauernverbands, zu den Vorschlägen von EU-Kommissar Fischler, die Produktion zu steigern und gleichzeitig die Milchpreise zu senken -

„Das niedrige Biosiegel-Niveau hat die ausländische Konkurrenz auf Kosten der deutschen Bauern stark gemacht.“

- Dr. Heinrich Graf von Bassewitz, Vorsitzender des Fachausschusses Ökologischer Landbau des Deutschen Bauernverbandes -

„Kein Verbraucher fragt mehr nach Sicherheit und Qualität.“

- Rolf Heidenberger, Geschäftsführer der EDEKA-Nord-Fleischwerke -

## Zitate - Folge 57 - Zitate - Folge 57

## IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

**Herausgeber** Agrarsoziale Gesellschaft e.V.  
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

**Geschäftsführer**  
Dr. Dieter Czech

**Redaktion**  
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning  
0551 / 49 70 9 - 22  
Layout: Nicolo Martin  
0551 / 49 70 9 - 25

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

**Erscheinungsweise:** sechsmal im Jahr

**Druck** Konrad Pachnicke  
Güterbahnhofstraße 9  
37073 Göttingen

**Papier** 100 % Recycling-Papier

**Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):** Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf. Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

**Bestellungen und Abonentenservice**  
Gerda Moers  
Telefon 0551/ 49 70 9 - 0  
Telefax 0551/ 49 70 9 - 16  
E-Mail [asggoe@gwdg.de](mailto:asggoe@gwdg.de)  
Internet [www.asg-goe.de](http://www.asg-goe.de)

Die letzten drei Ausgaben können als pdf-Datei von der ASG-Hompage heruntergeladen werden.

**Preise** Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36 Euro inkl. Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der ASG-Mitgliedsbeitrag beträgt 72 Euro, Studenten zahlen 36 Euro.

**Konto** Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:  
Sparkasse Göttingen;  
Konto-Nr. 108 700 6,  
BLZ: 260 500 01

## Wie geht's weiter?

# WTO – Agrarpolitik zwischen Liberalisierung und globaler Gerechtigkeit

**6. und 7. November 2003 in Göttingen**

Im Mittelpunkt der Tagung wird die agrarpolitische Reformdebatte über den Weg und das Ausmaß der weiteren Agrar-Liberalisierung stehen. Folgende Begriffe werden mit Inhalt zu füllen sein:

Liberalisierung – Nachhaltigkeit und Multifunktionalität –  
ökologische Probleme – Preisdumping – Tierschutz –  
Lebensmittelsicherheit – Subventionen – ökonomische  
Erfordernisse – soziale Lage – globale Gerechtigkeit –  
Welternährung – Marktregulierung – Weltagrarmärkte –  
globale Agrarpolitik